

10 Dringlichkeitsanträge

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.32 Uhr).

10.1 Schulsportplätze im Sommer gratis nutzen (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auch via Video. Hinter dem Gedanken dieses dringlichen Antragsthemas, Schulsportplätze des Pflichtschulbereichs in Graz bereits im bevorstehenden Sommer gratis nutzen zu können, stehen mehrere Überlegungen. Erstens waren unsere Kinder und Jugendlichen nun seit März, und sind es noch immer teilweise, in starkem Ausmaß in ihrem Sport- und Bewegungsdrang eingeschränkt. Zweitens gab es am zehnten Juni in der Gratiszeitung „Die Woche“ ein Interview dem Thema entsprechend mit Herrn Landesrat Christopher Drexler, aus dem ich zum einen zuerst zitieren darf: „Sport ist die Fortsetzung der Gesundheitspolitik mit anderen Mitteln.“ Wir haben ja schon das sehr gelungene Angebot über das Internet. Der Begriff heißt venuzle.at, dort findet man unter Sportamt die Eintragung, dass während des ganzen Jahres auf 28 Bezirkssportplätzen und 2 Langlaufloipen 46 Sportkurse kostenfrei angeboten werden. Wirklich überaus wichtig und ganz großartig. So denke ich, dass auch die Schulsportplätze der Pflichtschulen in Graz nach diesem Vorbild in der Zeit der langen Sommerferien gratis genutzt werden sollen. Mit einem solchen Angebot wäre zum einen dem Umstand Rechnung getragen, dass es in manchen Bezirken nur mehr sehr wenig frei zugänglichen Grünraum gibt, andererseits Hausordnungen zufolge beispielsweise das beliebte Fußballspielen in Innenhöfen untersagt ist. Es kommt dazu, dass auch die Eintrittskarten der Freibäder, von denen wir ja bekanntlich in Graz zu wenige haben, vor allen Dingen im Osten, stark kontingentiert sind und dass viele Familien vor allem aus finanziellen Gründen heuer und vielleicht auch darüber hinaus nicht ohne weiters verreisen werden können. Bezüglich der Haftungsfragen seitens der

Schulerhalter darf ich hiermit nochmals Herrn Landesrat Drexler zitieren: „Probleme gibt es etwa im Haftungsbereich, es kann aber nicht sein, dass es daran scheitert.“ Das denke ich auch, das denken wir auch und was die Haftung angeht, bestünde doch die Möglichkeit, wie es bereits jetzt schon für die Spielplätze geregelt ist, auf die freiwillige Begleitung bzw. Aufsicht durch die Erziehungsberechtigten zu setzen und noch galanter, weil generöser, wäre die Lösung, weil es ja schließlich auch zu bedenken gibt, dass Eltern und Erziehungsberechtigte berufstätig sein müssen, angehende Sportler oder ausgebildete TrainerInnen während der Ferienwochen zu finanzieren. Damit wäre die ordnungsgemäße Nutzung der Schulsportplätze garantiert. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der kostenlosen Öffnung der Schulsportplätze des Pflichtschulbereiches in den Sommerferien zu prüfen, entsprechende Details bezüglich der Haftung mit den Schulerhaltern abzuklären und noch vor Beginn der diesjährigen Sommerferien ein Konzept gemäß dem Motiventext zu entwickeln.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die aktuelle Corona-Pandemie schränkt die Bewegungsmöglichkeiten und den Drang von Kindern und Jugendlichen, sich im Freien auszutoben, bereits über lange Wochen stark ein. Gerade das wäre aber, wie wir alle wissen, enorm wichtig für die Entwicklung, die Gesundheit und auch das psychische Wohlbefinden.

„Sport ist die Fortsetzung der Gesundheitspolitik mit anderen Mitteln“, formulierte es Sportlandesrat Drexler in einem Interview der „Woche“ vom 10. Juni 2020.

Beim Eintrag „venuzle.at“ erfährt man unter „Sportamt“, dass mittlerweile über 7.000 Kindern und Jugendlichen 365 Tage im Jahr auf 28 Bezirkssportplätzen und zwei

Langlaufloipen 46 Sportkurse kostenfrei angeboten werden. Das ist ein ganz großartiges Angebot.

Auch die Schulsportplätze der Pflichtschulen in Graz sollten nach diesem Vorbild in der Zeit der langen Sommerferien gratis genutzt werden können. Mit einem solchen Angebot wäre zum einen dem Umstand Rechnung getragen, dass es in manchen Bezirken nur mehr sehr wenig frei zugänglichen Grünraum gibt und sich andererseits Hausordnungen häufen, die beliebte Sportarten, wie beispielsweise das Fußballspielen, in den Innenhöfen verbieten. Gerade jetzt wäre eine kostenlose Öffnung der Schulsportplätze besonders wichtig, da viele Familien wegen der Corona-Pandemie den Sommer zuhause verbringen werden und gleichzeitig die Eintrittskarten der Freibäder stark kontingentiert sind.

Bezüglich der Haftungsfrage der Schulerhalter verweise ich erneut auf Sportlandesrat Drexler, der dazu sagte: „Probleme gibt es etwa im Haftungsbereich, es kann aber nicht sein, dass es daran scheitert.“ - Das meine ich auch.

Eine Möglichkeit wäre, wie es bereits jetzt schon für Spielplätze geregelt ist, auf die freiwillige Begleitung bzw. Aufsicht durch die Erziehungsberechtigten zu setzen. Eine noch bessere Lösung wäre freilich, angehende SportlehrerInnen oder ausgebildete TrainerInnen während der Ferienwochen zu finanzieren. Dies würde auch die ordnungsgemäße Nutzung der Schulsportplätze garantieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der kostenlosen Öffnung der Schulsportplätze in den Sommerferien zu prüfen, entsprechende Details bezüglich der Haftung mit den Schulerhaltern abzuklären und noch vor Beginn der diesjährigen Sommerferien ein Konzept gemäß dem Motiventext zu entwickeln.

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Danke für deinen dringlichen Antrag. Ich glaube, das Thema der Sommer nach Corona, dieses Thema ist ein wichtiges Thema. Das beschäftigt ganz viele Familien; was die Betreuung anbelangt, gibt es da einen größeren Bedarf, weil viele Eltern den Urlaubsanspruch bereits aufgebraucht haben. Kinder haben oft 2 Monate lang ihre Freunde nicht gesehen, das ist uns sehr bewusst, deswegen haben ich vor einigen Wochen bereits mit meinen Ämtern wirklich emsig daran gearbeitet, dass wir das größte Sommerbetreuungsangebot der Geschichte von Graz überhaupt bereitstellen. Das ist gelungen. Ich bin wirklich stolz, möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Abteilungen bedanken, die hier mitgeholfen haben. Das sind die Abteilungen Sport, das Jugendamt bzw. die Bildungsabteilung, wir haben insgesamt rund 10.000 Plätze zusammengebracht. Das ist wirklich gut, da ist wirklich für jede, jeden etwas dabei. Ich kann jetzt nur kurz den Bereich Sport herausnehmen. Da haben wir ja die traditionellen Sportkurse. Insgesamt kann man 40 Sportarten kennenlernen. Wir haben aber darüber hinaus auch auf Anregung unseres Bürgermeisters Sportwochen konzipiert, wo die Kinder von 9-16 Uhr mit einer Verpflegung hier begleitet werden und das ist eine Woche und wir haben hier einen Preis von 150 Euro für SozialCard-Inhaber, die zahlen nur die Hälfte, ist das wirklich für alle Familien erschwinglich. Da ist uns etwas gelungen.

Aber zu deinem dringlichen Antrag kann ich drei Punkte sagen, die unterstreichen, dass dein dringlicher Antrag nicht dringlich ist. Der erste Punkt, du forderst mich auf oder ersuchst mich, dass ich mit den Schulerhaltern in Diskussion trete, liebe Frau Gemeinderätin, wir sind Schulerhalter als Stadt Graz. Das heißt, ich kann das mit mir selbst ausmachen. Zweiter Punkt, du forderst ein, dass die Schulhöfe geöffnet werden und gratis bereitgestellt werden sollen. Die Schulhöfe sind zum großen Teil offen. Da möchte ich dir jetzt kurz die Liste weitergeben. Ich bitte vielleicht auch, dass du das auch über deine KPÖ-Homepage den Familien weitergibst. Offen sind die Volksschule Andritz, Fischerau, Brockmann, NMS Sport-Bruckner, auf dem Gelände finden auch die Sportkurse statt. Volksschule und NMS Engelsdorf, Volksschule Elisabeth bzw. NMS

Leonhard, da geht es unter der Woche, am Wochenende nicht. NMS Fröbel, nur mit der Betreuung durch Fratz Graz, Volksschule Mariatrost, Peter Rosegger, Volksschule und NMS Puntigam, Volksschule und NMS St. Johann, Volksschule St. Veit, Schönau, NMS Straßgang und die Volksschule Triester. Wir versuchen, diese Liste jedes Jahr upzudaten. Schauen, wo ist es möglich, wo ist es nur unter einer Betreuung möglich. Das, was du angeregt hast, machen wir und der dritte Punkt, den ich noch mitgeben möchte: Wenn du jetzt Bundesschulen meinst, dann ja, da bin ich nicht zuständig, da sind wir nicht zuständig, da ist die Bildungsdirektion zuständig und diesen Wunsch werde ich der Bildungsdirektion weitergeben. Aber ich denke, unser Angebot, das wir mit unseren Abteilungen in der Stadt Graz auf die Beine gestellt haben, das kann sich sehen lassen und ich bedanke mich wirklich noch einmal abschließend bei allen, die mitgeholfen haben. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf im Namen unserer Fraktion, der SPÖ, zu diesem dringlichen Antrag Stellung beziehen. Das, was der Herr Stadtrat jetzt in seinen Ausführungen dargelegt hat, ist sicherlich sehr positiv, kann aber, so glaube ich, nicht das ersetzen, was die Kollegin meint, weil ich gehe davon aus, die Kollegin meint, dass man wohnortnah möglichst flächendeckend in Graz ein permanentes Angebot zur Verfügung stellt. Dass die Sportkurse etwas Tolles sind und auch die Möglichkeit bieten, dass Jugendliche in neue Sportarten hineinschnuppern und vielleicht dann ständig diese Sportarten zu betreiben, das kann man nur unterstreichen, das ist ein tolles Zusatzangebot und dass man es so ausgeweitet hat, ist gerade heuer auch sehr wichtig, das kann ich nur unterstreichen und unterstützen, weil auch als Betriebsratsvorsitzender eines großen Betriebes bekomme ich täglich mit, vor welchen Herausforderungen die Eltern in diesem Jahr stehen, weil einfach durch die Thematiken des Stillstandes viele Urlaubstage nicht geplant verbraucht wurden und dadurch in der Kinderbetreuung wirklich in diesem Jahr eine besonders große Herausforderung auf uns zukommt. Das

kann ich alles nur unterstreichen. Aber ich glaube auch, dass der Antrag der Kollegin Heinrichs unterstützenswert ist, auch wenn es Teile gibt, die schon geöffnet sind, gibt es sicherlich noch viele Bereiche, wo noch Flächen nutzbar sind und wir sollten nicht nur heuer, sondern generell, versuchen, in dieser Stadt so viel wie möglich Flächen für Bewegung und Spiel für Kinder einfach offen zu halten und da alle Ressourcen ausschöpfen, die nur möglich sind. Wenn das Thema Haftung usw. am Tapet ist, die Frau Kollegin Heinrichs hat es eh angesprochen, dann wird es dafür sicher auch eine Lösung geben, die man gemeinsam finden kann, und von unserer Seite wird das Ganze auf jeden Fall unterstützt. Danke.

Heinrichs:

Danke vielmals, erstens möchte ich mich für die Zustimmung bedanken, zweitens darf ich noch einmal sagen, großes Lob an das, was bereits besteht, das habe ich auch schon im Antrag gesagt. Zweitens, diese Aufzählung der Schulen, wo die Sportplätze, muss ich noch einmal nachfragen, auch an den Wochenenden oder teilweise offen sind, würde mich bitte interessieren, danke auch dafür und drittens auch vielen Dank, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt, dafür, dass du angedeutet hast oder angeboten hast, dich bei den Bundesschulen dementsprechend einzuschalten. Ich habe die Pflichtschulen von Graz gemeint. Danke vielmals, danke für die Aufmerksamkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

10.2 Einführung einer Vermögenssteuer (GR Eber, KPÖ)

Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Damen und Herren. Die Einführung einer Vermögenssteuer ist ja aus meiner Sicht eigentlich ein Gebot der Stunde. Es gibt in der Bevölkerung eigentlich immer weniger Verständnis dafür, dass gerade die Reichen und Superreichen in unserem Land, sofern ich sie so nennen darf, eigentlich kaum einen Beitrag leisten, beispielsweise jetzt zur Bewältigung der Folgewirkungen der Corona-Krise. Es gibt in unserem Land tatsächlich eine ziemliche Schieflage, was zunächst einmal die Verteilung des Vermögens anbelangt. Nur eine Zahl dazu, zunächst einmal: 320, die 320 reichsten Österreicher und Österreicherinnen verfügen über 1/3 des gesamten Privatvermögens. Andererseits ist es so, dass bereits vor Corona über eine Million Österreicher und Österreicherinnen arm oder armutsgefährdet waren, darunter 130.000 Kinder und Jugendliche, die von Anfang an in eine Situation hineingeboren werden und aufwachsen, wo sie dann eigentlich kaum eine Möglichkeit haben, daraus jemals wieder zu entkommen. Die aktuelle Corona-Krise birgt nun natürlich die Gefahr, dass sich diese Zahl von einer Million, oder rund einer Million, dramatisch erhöht. Wir haben es immerhin mit knapp 500.000 Arbeitslosen zu tun, einer Rekordzahl, und wir haben rund 1,1 Mio. Menschen in Kurzarbeit, die natürlich auch mit Einkommensverlusten zu tun haben. Darüber hinaus kommt noch, dass es natürlich viele selbständige Kleinunternehmer gibt, die zum Teil einen nahezu 100-prozentigen Einkommensverlust verkraften müssen. Es gibt nun auf allen Ebenen, vom Bund, Land bis hin zu den Kommunen, natürlich zahlreiche Hilfspakete, die sind natürlich zunächst einmal sehr positiv zu bewerten. Grundsätzlich einmal allerdings birgt das natürlich auch das in sich, dass 50 Mrd., die der Bund beispielsweise hier aufwenden muss, dass dann natürlich auch die Finanzen der öffentlichen Hand massiv belastet werden. Es gibt in den letzten Jahren einige wenige zumindest Untersuchungen über die Vermögensverteilung in Österreich. Ich habe eine Zahl schon

genannt. Es gibt auch einige Modelle für eine Vermögenssteuer. Unser Vorschlag wäre ein 1/2/3-Modell. Das heißt, wer eine Million oder über eine Million Euro Vermögen besitzt, soll 1 % Steuern bezahlen, dafür bei über zwei Millionen 2 % und ab drei Millionen dann 3 %. Das hört sich jetzt auf den ersten Blick einmal gar nicht so viel an, aber wenn man sich die Vermögen anschaut, beispielsweise, nur um einen der Bekanntesten herauszugreifen, der Herr Mateschitz, der nach Schätzungen rund 20 Mrd. Euro besitzt oder Vermögen hat, dann kann man da schon sehen, was da auch drinnen wäre, sozusagen. Es gibt da auch eine Untersuchung, die geht davon aus, dass selbst bei den Ausweicheffekten, dass natürlich dann Kapital vielleicht hier oder dort auch ins Ausland dann abfließen würde, selbst unter Einrechnung dieser Ausweicheffekte für den Staatshaushalt immer noch über 11 Mrd. Euro jährlich hereinkommen würden. Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Die Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Prüfung oben genannter Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro.
2. Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, finanziert aus den Einnahmen der Vermögenssteuer.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Corona-Krise bringt nicht nur große Herausforderungen für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich mit sich, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich

sind die betroffenen Volkswirtschaften von gigantischen Umbrüchen betroffen. So ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang des BIP in Höhe von 5,2 bis 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, einem Ausmaß, das selbst die Krise von 2008 bei weitem übertrifft.

Auf dutzende Milliarden Euro belaufen sich die Kosten für die öffentlichen Haushalte, vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden. Dass aber Vermögen auch in Österreich vorhanden ist, der gesellschaftliche Reichtum ist groß wie nie zuvor, wird gerne übersehen. Allerdings ist dieses Vermögen extrem ungleich verteilt. Während sich etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger als 3 Prozent des Vermögens teilt, besitzen die oberen 10 Prozent rund zwei Drittel des Gesamtvermögens. Das reichste Prozent (das entspricht rund 90.000 Personen, inkl. Kinder) verfügt über 40 Prozent des österreichischen Vermögens.¹

Auch das Steuersystem wirkt dieser Schieflage nicht entgegen, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten. Während die Steuern auf Arbeit und die Abgabenquote zu den höchsten im OECD-Raum gehören, liegt Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern mit rund einem halben Prozent Anteil am BIP im Schlussfeld der OECD.

Oftmals hört man, eine Vermögenssteuer würde ja nur wenig bringen, weil sie nur wenige belasten würde. Tatsächlich zeigen aber Untersuchungen, dass eine progressive Vermögenssteuer (s. u.) dem österreichischen Budget über elf Milliarden Euro bringen würde, und das unter Einrechnung der „Ausweicheffekte“, sprich Kapitalflucht.










Das Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der JKU hat Modellrechnungen vorgenommen. Wichtiger Ausgangspunkt dabei ist die Schätzung mit Vermögensdaten, die durch die Inklusion „superreicher“ Österreicher erweitert wurden:

¹ Studie des Jahoda Bauer Instituts in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank

Spalte 1 „Bisherige Daten“: Die erste Spalte zeigt die „klassische“ Rechnung mit den bisherigen Daten der HCF-Studie der Europäischen Zentralbank und Österreichischen Nationalbank.

Spalte 2 „Angepasste Daten“: Die zweite Spalte zeigt, dass durch die realistischere Schätzung sowie durch Einbeziehung der Superreichen mit wesentlich höheren Einnahmen zu rechnen ist.

Spalte 3 „Angepasste Daten mit Ausweicheffekten“: Die dritte Spalte rechnet etwaige „Kapitalflucht“ und Steuer-Tricksereien mit ein.

Modell	Bisherige Daten	Angepasste Daten	Angepasste Daten mit Ausweicheffekten
Lineares Modell I			
Freibetrag: 1 Million Euro			
Steuersatz: 1%	2,5 Mrd. 	5,5 Mrd. 	4,2 Mrd. 
Lineares Modell II			
Freibetrag: 500.000 Euro			
Steuersatz: 1%	3.6 Mrd. 	6.7 Mrd. 	5 Mrd. 
Progressive Steuer			
Freibetrag: 1 Million Euro			
Steuersatz:			
1-2 Millionen: 1%			
2-3 Millionen; 2%			
3 Millionen: 3%	5.8 Mrd. 	14.4 Mrd. 	11.1 Mrd. 

Quelle: Kontrast.at²

Zu vergleichbaren Ergebnissen kam die oberösterreichische Arbeiterkammer bereits vor einigen Jahren.³

²<https://kontrast.at/vermoegen-oesterreich-steuern-bildung/>

³ https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Vermögenssteuer_bringt_mehrere_Milliarden.html

Bereits vor der Corona-Krise galten über eine Million Österreicherinnen und Österreicher als arm oder armutsgefährdet, darunter 130.000 Kinder und Jugendliche. Die aktuelle Corona-Krise birgt nun die Gefahr, dass sich diese Zahlen dramatisch erhöhen. 480.896 Arbeitslose (inkl. Schulungen) und rund 1,14 Millionen Menschen in Kurzarbeit (Stand 16. Juni 2020) haben mit z. T. enormen Einkommensverlusten zu kämpfen, dazu kommen noch Selbständige, die z. T. über nahezu 100-prozentigen Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Hilfspakete von Bund, Ländern und Gemeinden leisten wertvolle Unterstützung, können aber den Einnahmefall nicht wettmachen.

Es ist nun höchst an der Zeit, dass mit der Einführung einer Vermögenssteuer entgegengesteuert wird. Schließlich kann niemand ein Interesse daran haben, dass die große Mehrheit der Bevölkerung die Zeche zahlt, während die wirklich Vermögenden in Österreich keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber, folgende Maßnahmen zu treffen:

- 1. Prüfung oben genannter Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro.*
- 2. Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, finanziert aus den Einnahmen der Vermögenssteuer.*

GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, geschätzte KollegInnen im Gemeinderat, lieber Manfred, lieber Antragsteller, ZuhörerInnen im Livestream. Ja, danke für diesen Antrag, danke, dass ihr eine sozialdemokratische Idee aufgenommen habt, die wir schon viele, viele Jahre auf parlamentarischer Ebene oder bzw. überhaupt auf Bundesebene behandeln. Momentan auch aktuell in unserem neuen Programm, nach dem abgeschlossenen Programmprozess 2035 „Wie willst du leben.“ Auch hier haben wir die Millionärssteuer klar ausgeführt. Diese Modelle, die du hier ansprichst und anführst, würden zu Recht mehr Solidarität an den Tag legen und nicht nur bei der Worthülse bleiben. Wir dürfen nicht vergessen, rund 1 % in Österreich besitzt 40 % des Gesamtvermögens. Das ist eine beeindruckende Zahl und ich denke, dass hier durchaus einiges möglich wäre, dieses progressive Modell, was ihr als Punkt 3 angeführt habt, bringt in etwa 11 Mrd., geschätzt. Ich erinnere nur, das wäre eine Verdoppelung des Bildungsbudgets in Österreich, was absolut notwendig wäre, um hier unsere jungen Menschen gut auszubilden oder noch besser auszubilden, um ihnen noch mehr Chancen letztendlich zu ermöglichen. Ich sage nur, wenn dann immer wieder kommt, das ist nicht möglich, und du hast die Kapitalflucht schon angesprochen, hast aber eh ausgeführt, dass die da bei diesen Modellen schon eingerechnet ist, da hat ja die Kammer aus Oberösterreich schon Modelle dazu angeführt, auch bei „Kontrast“ ist es nachzulesen. Aber ich muss sagen, wenn man sich die Finanzierung des Staates einmal wirklich vergegenwärtigt und ansieht, dann kommen 80 % der Einnahmen des Staates aus Steuern und Konsum der arbeitenden Menschen letztendlich. Dann muss ich schon sagen, ja, da gibt es eine Schieflage und dieser Schieflage muss entschieden entgegengetreten werden. Vor allem jetzt mit den Auswirkungen der Pandemie. Wir werden das noch viel stärker spüren, leider, wie es bei der Finanzkrise 2008/2009 der Fall war. Also ist dies ein Gebot der Stunde und auch die Lohnsteuersenkung, wie du sie angesprochen hast natürlich, weil letztendlich das ja nicht, ich sage es jetzt einmal salopp, dem Sparefroh dienen würde, sondern die Leute würden das ja wieder in die Wirtschaft investieren. Das würde wieder Wertschöpfung im eigenen Land letztendlich bedeuten und auch die Wirtschaft

unterstützen und damit auch im gleichen Maße Arbeitsplätze absichern, die derzeit sowieso gebeutelt sind in Österreich, wie wir das leider erleben müssen. Ich glaube, nicht nur als Zeichen der Solidarität, sondern es ist absolut sinnvoll, das spätestens jetzt wirklich einzuführen, für welche Modellvarianten man sich immer auch entscheidet, aber hier wird es von uns zur Dringlichkeit als auch natürlich zum Inhalt ein Ja geben. Danke.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen und ZuseherInnen. Vielen herzlichen Dank, lieber Manfred, für diesen Antrag. Eine Vermögenssteuer ist ja schon seit Jahrzehnten Grüne Position. Eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro. Wir sind hinter dem Thema auch schon lange und massiv unterwegs, seit Jahrzehnten schon. Unser Vizekanzler Werner Kogler fordert immer wieder die Einführung einer Vermögenssteuer. Derzeit ist es leider so, und da machen wir die gleiche Erfahrung, die auch die SPÖ ganz offensichtlich gemacht hat, wenn der Michi Ehmann gesagt hat, dass das auch schon von ihrer Seite lange behandelt wurde. Die gleiche Erfahrung, die ÖVP blockiert momentan. Vielleicht ändert sich das aber angesichts der budgetären Situation, wir werden sehen. Wir bleiben jedenfalls dran und werden dem dringlichen Antrag in beiden Punkten oder der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen.

StR. Dr. **Riegler:**

Dankeschön, danke lieber Klubobmann Eber, dass wir mit deinem, Ihrem Antrag sozusagen einmal die Gelegenheit haben, auch ein so schönes Thema wie die Besteuerung von Vermögen und die Gleichheit oder Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung einmal auch in diesem Rahmen zu diskutieren und da ist es gleichermaßen im Übrigen für mich schon fast traurig festzustellen, wie alt ich schon geworden bin, denn ich war damals noch als junger Student dabei, als die

Vermögenssteuer abgeschafft wurde und, ich weiß nicht, ob sich noch jemand hier im Saal erinnert, ich schau jetzt ganz groß den Michi Ehmann an, es war ein gewisser Ferdinand Lacina, Finanzminister der SPÖ, der damals aus mehreren guten Gründen zunächst die Vermögenssteuer abgeschafft hat und später wurde dann aus noch besseren Gründen auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer abgeschafft. Ein wesentliches Anliegen damals der damaligen Bundesregierung war es, den Kapitalmarkt Standort Österreich attraktiver zu machen und insbesondere die Kapitalverkehrsbilanz zu verbessern. Das hat man z.B. auch durch ein sehr fortschrittliches Privatstiftungsrecht dann auch geschafft. Tatsächlich ist Österreich in der Kapitalverkehrsbilanz sehr positiv. Es gibt viele gute Gründe, warum man die Vermögensbesteuerung sehr kritisch sehen kann. Erster, wichtigster Punkt, sie war vom Aufkommen her immer eine relativ unbedeutende, um nicht zu sagen eine Bagatellsteuer und verursacht im Übrigen einen hohen Administrationsaufwand, denn natürlich muss es in einem Rechtsmittelverfahren dann möglich sein zu sagen, dass das Vermögen möglicherweise nicht den Wert hat, den man zunächst vermutet. Überhaupt ist es ja so, das ist eines der größten Probleme bei der Vermögenssteuer, dass man eben ständige Ungleichheitsprobleme hat. Wenn Sie z.B. Kapitalvermögen, Sparbücher in der Bewertung vergleichen wollen mit Grundstücken, dann ist das nicht so einfach, denn bei Grundstücken haben Sie das Problem der Einheitsbewertung und ein Grundstück kann, ein Haus, 10 Meter weiter einen viel schlechteren Wert haben als ein anderes Haus das 10 Meter davon entfernt steht. Das Nächste sind Unternehmensanteile. Sie können Kommanditgesellschaften so führen, dass sie natürlich ergebnismäßig geringe Ergebnisse erzielen, sie können aber sehr wohl vermögend sein und müssen aber nicht unbedingt ertragsbringend sein. Das heißt, es gibt sehr viele und sehr umfassende Probleme in der Gerechtigkeit der Besteuerung. In der Besteuerungsgerechtigkeit, das war ein Grund, warum der Verfassungsgerichtshof dann 2008 tatsächlich der Bundesregierung, dem Nationalrat aufgetragen hat, die Erbschafts- und Schenkungssteuer neu zu fassen. Es sind Unschärfen in der Bewertung, es gibt noch viele weitere Aspekte, z.B. auch die Ungleichbehandlung mit Pensionen. Wenn Sie nämlich Bezieher von einer Pension sind, dann sind Sie sozusagen nicht der

Vermögensbesteuerung unterliegend, wenn Sie aber aus Eigenem erspartes Geld anlegen, dann würden Sie sehr wohl der Vermögensbesteuerung unterliegen. Diese und andere Ungleichbehandlungen und Probleme haben eben dazu geführt, dass einerseits der Verfassungsgerichtshof aufgetragen hat, Erbschafts- und Schenkungssteuer zu reformieren und hat andererseits dazu geführt, dass man aus gutem Grund bisher davon Abstand genommen hat, und zwar insbesondere rote Finanzminister und rote Bundeskanzler haben davon Abstand genommen, dieses Gesetz wieder einzuführen. Ich möchte Ihnen noch zwei Bemerkungen dazu sagen: Die eine ist, Österreich ist eines der gerechtesten Länder auf der ganzen Welt. Herangezogen wird für diesen Zweck, für den Vergleich der sogenannte Gini-Koeffizient. Das ist eine Maßzahl, die besagt, wie gleich oder ungleich Vermögen und Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind und von den 150 Ländern, die auf Listen geführt werden hinsichtlich des Gini-Koeffizienten gehört Österreich zu einem der gerechtesten Länder. Warum ist das so? Weil wir ein Pensionssystem haben, zweitens weil wir ein Sozialversicherungssystem haben, bei dem Gesundheitsleistungen, Schulleistungen in aller Regel gratis und leistbar sind. Wenn man das bedenkt, dann wird einem klar, dass natürlich in Österreich ohnedies eine wesentlich höhere Vermögensumverteilung von Reich zu Arm stattfindet als in vielen anderen Ländern. Das schlechteste Land in der Beziehung ist übrigens Süd-Afrika. Letzter Punkt, wir haben eine Grundsteuer, wir haben eine Stiftungseingangssteuer, wir haben Grunderwerbssteuern und vor allem haben wir momentan keine Zinsen und die Abwesenheit von Zinsen führt wiederum dazu, dass der Vermögensaufbau erschwert wird. Wir haben daher eigentlich schon eine sehr effektive Vermögensbesteuerung, die darin besteht, dass die Zinsen für Erspartes geringer sind, als es die Inflation ist. Das heißt, Kapitalvermögen werden sowieso in einer Zeit so niedriger Zinsen eigentlich reduziert. Insofern gibt es viele gute und auch ausargumentierte Gründe, nämlich nicht nur einfach aus dem Bauch heraus, sondern ausargumentierte Gründe, warum wir einer solchen Vermögensbesteuerung niemals zustimmen würden (*Appl.*).

Nagl:

Es kann sich pro Fraktion zur Dringlichkeit nur einer melden, deswegen kann ich Frau Kollegin Robosch jetzt nicht drannehmen.

GR. DI Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen, lieber Manfred. Zuerst haben wir gerade geplaudert über dieses Thema. Das klingt natürlich alles fein und schön populistisch, aber der Herr Stadtrat hat ja schon ausgeführt, das mag ich gar nicht näher ausführen. Eine Million klingt natürlich unheimlich viel. Wenn ich das im Waldbesitz hab, dann habe ich rund 10.000 Euro im Jahr abzuliefern und der Wald erträgt das gar nicht. Ich weiß gar nicht, wie das teilweise funktionieren soll. Wenn ich eine Million am Konto habe, dann ist es relativ einfach womöglich, aber das kommt, wie es der Herr Stadtrat gesagt hat, dem kann ich mich nur anschließen. Weil du auch den Namen Mateschitz in den Mund genommen hast. Ich will auf keinen Fall, oder wir wollen auf keinen Fall, dass der Mateschitz z.B., der sein eigenes Vermögen erwirtschaftet hat, unzählige Arbeitsplätze in Österreich geschaffen hat, unheimliche wirtschaftliche Kraft erschaffen hat, der aufgrund so einer Forderung Österreich verlässt und sein Kapital im Ausland anlegt. Deshalb ist es leider eine Forderung, die schön klingt, populistisch klingt, schlussendlich wird wahrscheinlich deutlich weniger dabei herauskommen an Wertschöpfung für die Republik und daher stimmen wir der Dringlichkeit auch nicht zu.

Eber:

Ein kleines Schlusswort bitte. Zunächst vielen Dank an die grüne und an die sozialdemokratische Fraktion für die Zustimmung, die es geben wird. Zum Herrn Stadtrat Riegler möchte ich sagen: Ich danke natürlich für Ihre Ausführungen, die wie immer sehr interessant waren, allerdings einiges kann man da auch nicht ganz unwidersprochen natürlich lassen. Sie haben und auch der Kollege Sickl hat das

angesprochen, das schwer erarbeitete Vermögen, das man sich im Laufe der Jahre anhäuft, soll jetzt besteuert werden, das wäre ganz schrecklich. Nur ein Beispiel, wenn man seinerzeit 1492 mit Christoph Kolumbus in die USA gesegelt wäre und seither, bis zum heutigen Tag, jeden Tag 5000 Euro verdient hätte, täglich, dann wären wir noch nicht einmal bei einer Milliarde. Dass da der Herr Mateschitz jetzt heute über 20 Mrd. Euro verfügt, das nur seine eigene persönliche harte und schwere Arbeit war, da tu ich mir ein wenig schwer, das so zu glauben (*Appl.*).

Ich möchte nur noch kurz auf einen Punkt verweisen. Es wird ja immer gern die OECD herangezogen als Maßstab irgendwie, oder als Vergleichswert. Innerhalb der OECD liegen wir ja an einer der vorderen Plätze, was die Abgabenquote angeht. Die Steuern und Abgaben, die natürlich auch von Arbeitern und Angestellten und allen Menschen in unserem Land bezahlt werden müssen, aber bei den Vermögenssteuern sind wir mit ungefähr 0,5, 0,6 % eines der absoluten Schlusslichter innerhalb der OECD und ich glaube nicht, der Herr Stadtrat hat es ja angesprochen, es ist 1994 die Vermögenssteuer in dieser Form von einem sozialdemokratischen Finanzminister quasi abgeschafft worden. Sie haben die Gründe dafür aufgezählt, aber ich glaube, Österreich hat sich seither eher in Richtung einer Steueroase eigentlich entwickelt schon fast und ich glaube, das ist nicht das, wo wir hin wollen.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Eber:

Von da her glauben wir, dass es sehr notwendig ist, eine Vermögenssteuer, in welcher Art und Weise auch immer, einzuführen und ich glaube, weil der Kollege Sickl das auch angesprochen hat, wie schwierig das alles zu bewerten ist. Ich glaube, wir haben nicht nur in der Stadt, sondern auch auf Bundesebene hervorragende Beamte und Finanzexperten, die da durchaus in der Lage sind, eine Lösung zu finden, die

einigermaßen gerecht ist und niemanden bevorzugt oder benachteiligt. Von daher ersuche ich um Zustimmung, Dankeschön (*Appl.*).

Nagl:

Frau Gemeinderätin Potzinger hat nachgerechnet, die Milliarde ist überschritten, aber es gäbe noch viel dazu zu sagen. Vielleicht eines wäre ganz wichtig, wenn jemand in seinem Leben fleißig arbeitet und Vermögen aufbaut und wenn das vielleicht sogar über Generationen geht und alle Generationen immer mitgeholfen haben mit ihrem Steuergeld, dass es vielen anderen Menschen gut geht, ist es halt schon ein sehr kommunistisches Anliegen, wo es im Übrigen gerade in kommunistischen Ländern viele Milliardäre gibt, die nicht nur durch Cleverness und nicht durch Fleiß zu Milliarden-Vermögen gekommen sind (*Appl.*).

Deswegen möchte ich auch eine Lanze für den Herrn Mateschitz brechen. Er hat es geschafft und er investiert Gott sei Dank auch intensiv in unser Bundesland. Von dem leben viele Menschen, die dann nicht auf Förderungen angewiesen sind.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.

10.3 „Auf einander schauen“ – Bekenntnis zu blockadefreien Demos (GR Mag. Sippel, MPA, FPÖ)

Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer via Livestream. Wir kommen tatsächlich zu einem Thema, das auf städtischer Ebene womöglich gelöst werden kann. Vermögenssteuer ist ja dann doch etwas, wo

man sagen kann, die Stadt Graz ist da die falsche Baustelle. In meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema blockadefreie Demos. Hoffentlich parteiübergreifend. Ich habe mir erlaubt, meinen dringlichen Antrag einmal etwas anders auch einzubegleiten. Mit einem Gedicht, mit einem Reim. Das ist eine lockere Art, ein ernstes Thema auch vorzubringen. Ich habe versucht, eines hier auf den Punkt zu bringen in diesem Gedicht, nämlich die Doppelzüngigkeit, die da vor allem von der grünen Partei auch zu bemerken ist. Beispielsweise haben wir einen grünen Gesundheitsminister namens Rudolf „Angstschober“, der uns die ganze Zeit einimpft: „Abstand halten“, „Maske aufsetzen.“ Vor ein paar Wochen noch alle zuhause bleiben und gleichzeitig gehen die grünen Genossen dicht an dicht auf Demonstrationen, in dem Fall gegen US-amerikanische Polizeigewalt. Es ist rücksichtslos, natürlich ist es das aus dem Grund, weil beispielsweise in Linz auch nachweislich bereits ein Infektionsfall aufgetreten ist, hervorgerufen durch eine dieser Demonstrationen und da würde ich mir ja fast wünschen, dass einmal der Bundespräsident...

*Zwischenruf StR. Mag. **Krotzer** unverständlich.*

Sippel:

Wir sind nicht im Theater, ich brauche keinen Souffleur. Du kannst dich dann gerne zu Wort melden. Ab und zu kommt es mir so vor, als wären wir im Theater, aber ich komm ganz gut ohne Souffleur aus, danke, lieber Herr Stadtrat. Ich würde mir ja manches Mal wirklich mahnende Worte, in diesem Fall vom Herrn Bundespräsidenten, wünschen. In dem Fall geht das natürlich nicht, da war ja irgendetwas, oder? Ich darf für die, die das Gedicht nicht kennen, und vor allem auch für die Zuhörer via Livestream, das auch einmal kurz vorbringen:

„Mit Freunden nicht spazieren geh'n.

Nur zu viert bei Tische steh'n

Lokale zu zur Abenstund'

stets eine Maske vor dem Mund.

Dies alles haben wir erduldet

Covid- 19 war's geschuldet.

Doch kürzlich sah man – dicht an dicht –

Tausende, man glaubt es nicht,

trotz der Gefahr und all der Viren in den Städten demonstrieren.

Ja, wenn das Thema passend richtig, wird sogar der Abstand nichtig!“

Ich glaube, das bringt diese Doppelzüngigkeit vor allem der Grünen, aber auch der kommunistischen Partei, weil ihr wart ja auch dabei, sogar ohne Maske, die Frau Stadträtin, bringt es, so glaube ich, ganz gut auf den Punkt.

Wir erleben derzeit einen Trend hin zu Demonstrationen, was grundsätzlich gut ist, weil als freiheitliche Partei war uns die Meinungsfreiheit, die Demonstrationsfreiheit immer wichtig. Wir sind seit 1848 als drittes Lager immer für diese Grundfreiheiten auch gestanden und werden es auch weiterhin tun. Ich stelle nur die einfache Frage hier auch in die Runde, und da sind Sie, werte Vertreter der Kommunisten, der Grünen, aber auch der SPÖ gemeint und auch ihre Vorfelder wie kommunistische Jugend, grüne Jugend etc., ich stelle die Frage: Muss es wirklich sein, regelmäßig den Joanneumring, den Opernring oder die Herrengasse als bevorzugte Demorouten zu wählen? Es liegt in der Hand der Veranstalter, der Organisatoren, hier auch beispielsweise auch andere Routen zu bestreiten. Es geht nicht darum, das irgendwo hinaus zu verbannen, es gäbe andere Möglichkeiten, die Stadt Graz ist groß genug. Beispielsweise Griesplatz in Richtung Lendplatz über die Griesgasse, Mariahilfer Platz, Lendplatz, wäre bei weitem kein Problem, weil wir in Graz in der Innenstadt einen sternförmigen Verkehr haben und da muss man natürlich schon auch, oder zumindest kann man interpretieren, dass das bewusst in Kauf genommen wird, dass dann der

gesamte Verkehr vom Jakominiplatz ausgehend ins Stocken gerät, dass eben dann die ganze Herrengasse steht, dass die Frequenz zu diesem Zeitpunkt dann halt zurückgeht, das ist auch zu bemerken gewesen und um diesen Appell geht es. Einfach hier Rücksicht zu nehmen, es geht um Rücksichtnahme, es geht um den Zusammenhalt, der uns auch gut durch diese Krise gebracht hat. Sind wir rücksichtsvoll, in diesem Fall auch gegenüber unseren Geschäftsleuten, gegenüber der Wirtschaft, da hängen Arbeitsplätze dran und das ist der einfache Appell an Sie. Ich hoffe auf breite Zustimmung. Der Antragstext liegt Ihnen vor, ich werde ihn jetzt nicht verlesen und tun wir gemeinsam etwas in dem Fall für die Innenstadtkaufleute. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Freunden nicht spazieren geh'n.

Nur zu viert bei Tische steh'n

Lokale zu zur Abenstund'

stets eine Maske vor dem Mund.

Dies alles haben wir erduldet

Covid- 19 war's geschuldet.

Doch kürzlich sah man – dicht an dicht –

Tausende, man glaubt es nicht,

trotz der Gefahr und all der Viren in den Städten demonstrieren.

Ja, wenn das Thema passend richtig, wird sogar der Abstand nichtig!

„Fridays for Future“, „Black Lives matter“ und was kommt danach?

Demonstrationen sind als wesentliches Freiheitsrecht unbestritten und augenscheinlich voll im Trend. Muss es wirklich sein, regelmäßig den Joanneumring, den Opernring oder

die Herrengasse als bevorzugte Demorouten zu wählen? Wie schön wäre es, wenn Demonstrationen verkehrs- - und in dieser sensiblen Zeit – vor allem auch wirtschaftsschonend durchgeführt werden könnten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass Demonstrationen nach Möglichkeit blockadefrei für die Grazer Wirtschaft und den Verkehr durchgeführt werden sollen. Dadurch soll eine geregelte Geschäftstätigkeit möglich sein und Arbeitsplätze nicht in Gefahr geraten. Ebenfalls soll ein ungestörter Verkehrsfluss garantiert werden. Die Parteien sollen darüber hinaus auf die im politischen Umfeld agierenden Veranstalter zugehen, um in der organisatorischen Abwicklung von Demonstrationen eine - für alle Beteiligten - schonende Durchführung zu erwirken.

GR. Dr. **Meister:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer im Livestream. Ein dringlicher Antrag der freiheitlichen Partei, der mit einem Gedicht beginnt, wie schön. Aber wie so oft bei freiheitlicher Argumentation ist da mehr Dichtung als Wahrheit. Ich stelle fest und teile meine Einschätzung mit den Experten Martin Sprenger und Nicolaus Popper, die sie hier sehen und die sie vielleicht auch kennen, im Freien besteht derzeit nahezu keine Ansteckungsgefahr. Die Teilnahme an Demos gegen Rassismus oder Klimazerstörung ist notwendig und gerechtfertigt und, wie gesagt, ungefährlich. Anders ist es mit dem vom Kollegen Sippel in der letzten Sitzung herbeigesehnten Rudelsaufen in der Grazer Nachtgastronomie. Das ist noch immer gefährlich (*Appl.*). Ich bin stolz darauf, dass die

kommunistische Jugend die letzte Demo mitorganisiert und für den reibungslosen Ablauf auch eine positive Rückmeldung von der Grazer Polizei erhalten hat. Zu den Demo-Routen ist festzustellen, der öffentliche Raum gehört nicht nur dem Handel und dem Verkehr. Dieser Raum ist auch dafür da, den Menschen Platz für ihre massenhafte Meinungsäußerung zu geben, das war bereits in Rom und Athen so, warum sollte das in Graz nicht mehr sein? Die Route der letzten Großdemo war übrigens nicht die, die Sie beklagen. Opern- und Jakominiring und auch die meisten Demos von Fridays for Future sind völlig andere Wege gegangen. Die Demo ging diesmal über Grieskai, Neutorgasse, Kaiserfeld- und Hans-Sachs-Gasse, über die Burggasse zum Freiheitsplatz. Die Zustimmung von Passanten und Passantinnen und GastronomieinhaberInnen war deutlich sichtbar. Es wurde vor Lokalen und am Straßenrand oft applaudiert. Unserer Meinung nach erfüllt der Antrag der FPÖ weder die Kriterien der Dringlichkeit noch ist er inhaltlich sinnvoll. Die Festlegung der Demorouten kann der Grazer Gemeinderat ruhigen Gewissens den Veranstaltern und der Polizei überlassen. Die KPÖ lehnt diesen Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach ab (*Appl.*).

GR. Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrter Kolleginnen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, das Demonstrationsrecht, die freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht sind sozusagen als Grundpfeiler in unserer Demokratie verankert. Das sind Grundelemente unserer Demokratie, wo wir lange gekämpft haben, dass wir diese erreichen bzw. ist es nicht in allen Ländern nach wie vor so, dass ich auf die Straße gehen kann und protestieren und demonstrieren, gegen etwas oder für etwas, was ich haben möchte? Das ist verbrieft und das ist wichtig und ich kann auch nicht hergehen und sagen, von der Gemeinde Graz aus möchte ich Teile da aushebeln. Das ist auch ein Verfassungsrecht, was Leuten nicht bewusst ist. Das andere ist auch, diese Routen, die werden gewählt von den Leuten, dass sie Aufmerksamkeit bekommen. Das heißt, die werden nicht irgendwo in einer kleinen Ecke sich hinsetzen und demonstrieren, sondern wo viele Menschen, wo das sichtbar ist. Das ist einmal sichtbar in der

Herrengasse, und ob es mir auch dann passt oder nicht, mir passen vielleicht auch nicht alle Themen, ich werde es als Demokrat, als Demokratin hinnehmen müssen, dass niemals alle Leute der gleichen Meinung sind und das haben wir auch zu akzeptieren. Es ist auch interessant, dass Sie von der FPÖ dann diese Anträge einbringen, wenn es natürlich Ihnen inhaltlich nicht passt. Fridays for Future oder Black lives matter, dass man sich hierherstellt und dann diesen Antrag einbringt. Sie haben auch die Möglichkeit Demonstrationen, das Recht in Anspruch zu nehmen, aufzutreten und Ihre Meinungen kundzutun und zu sagen. Deshalb finden wir, dass diese Dringlichkeit nicht, wir werden dem natürlich nicht zustimmen und die Dringlichkeit ist, dass man da dagegen stimmt. Danke.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzter Gemeinderat, lieber Herr Sippel. Mir kommt es ein wenig so vor, als hätte die FPÖ einen Katalog aus alten Anträgen, wo sie nur auf die nächste Gelegenheit warten, sie einfach wieder zu verwenden. Wir haben diesen Antrag schon diskutiert bei den Demos gegen schwarz-blau, den Donnerstagsdemos, wir haben diesen Antrag schon diskutiert bei den großen Demos von Fridays for Future und jetzt nach einer der größten Demos in Graz mit über 10.000 Menschen, bei Black lives matter, diskutieren wir wieder darüber, dass die FPÖ gerne die Versammlungsfreiheit einschränken will. Darum geht es hier. Wenn man noch einmal überlegt, wie absurd das ist, dass genau die FPÖ, die immer, wenn es um ihre Aufmärsche geht und um die Aufmärsche von Burschenschaftlern und um die Aufmärsche von Identitären, immer auf die Meinungsfreiheit und immer auf die Versammlungsfreiheit pocht, aber wenn es ihnen nicht passt und wenn quasi der Handel gefährdet ist, dann muss man die Versammlungsfreiheit ja einschränken. Ich finde es auch so lustig, eigentlich nicht lustig, eher traurig, dass man vor allem Black lives matter immer wieder sagt, wie sie zu protestieren haben. Das ist ein Protest, meine Damen und Herren. Da geht es darum, gegen ein System aufzustehen, da geht es nicht darum, ihnen zu diktieren, wie sie protestieren sollen. Da geht es darum aufzuzeigen, dass das System per se schlecht

ist und geändert gehört und auch in Graz. Ich kann mir auch schon nicht mehr anhören, dass das ja so schön ist, dass die Solidarität bis nach Österreich geht, aber das ist ja ein US-amerikanisches Problem. Es ist kein US-amerikanisches Problem, wir haben Rassismus in Österreich auch und wir haben systematischen Rassismus in Österreich auch und wir haben eine Polizeigewalt. Deswegen ist es umso schöner, dass so viele Leute auch unter Corona und auch mit den derzeitigen Bestimmungen vor allem in Graz auf die Straße gegangen sind und protestiert haben. Herr Sippel, weil Sie genau sich eigentlich ein Ei gelegt haben, indem Sie eine Route zitiert haben von Griesplatz, Griesgasse, Mariahilfer Platz, genau diese Route würde genau gleich mit der derzeitigen Verkehrssituation auch den Öffi-Verkehr lahmlegen. Weil sobald du in Graz irgendwo eine Schiene für ein paar Minuten sperrst dadurch, dass alle durch die Herrengasse müssen, steht der öffentliche Verkehr nach kurzer Zeit und wenn man als Stadt Graz es jahrzehntelang nicht schafft, eine Innenstadtentflechtung zu bauen, dann darf man sich auch nicht darüber beschweren, dass die Öffis bei einer kleinen Demo und bei einer Riesendemo stehen.

Im Endeffekt kann man diesen Antrag einfach, so wie er ist, in den Kübel werfen, aber ich habe mir trotzdem die Mühe gemacht, weil er so schön in Versform gehalten ist, auch mit einem Gedicht zu schließen und in dem Sinne:

„In einem Punkt, der Sippel irrt,
in Versform grober Unfug auch nicht besser wird.“

GR. Mag. **Egger:**

Herr Bürgermeister, werte Stadtregerungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher am Livestream. Das Thema ist ein wenig zu ernst, um das in Gedichtform abzuarbeiten, daher muss ich enttäuschen und werde weder am Beginn noch am Ende ein Gedicht bringen, aber ich möchte trotzdem ein paar Gedanken unemotional mit auf den Weg geben. Ich glaube, da geht es jetzt nicht darum, dass man irgendwelche demokratischen Errungenschaften beschneiden will.

Da geht es einfach darum, einen Gedanken mit auf den Weg zu geben, wie man all diese Dinge auch tun kann und vielleicht auf die eine oder andere Bevölkerungsgruppe Rücksicht nehmen kann. Weil da geht es nicht nur um den Innenstadthandel, sondern wenn die Straßenbahn z.B. nicht fährt, ist es vielleicht für ältere Menschen, für Frauen mit Kinderwägen oder sonstigen gebrechlichen Personen nicht ganz so leicht möglich, in die Stadt zu kommen. Wir reden immer davon und das ist gerade die vereinigte Opposition: Ja, wir müssen die Straßenbahnen ausbauen und wir müssen mehr öffentlichen Verkehr machen. Ja, super, aber wenn er nicht fährt, weil er behindert wird, ist das schwierig. Da geht es nur darum, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten gibt es, in einem gemeinsamen Miteinander, zusammen, in einem gemeinsamen Miteinander beides Platz haben zu lassen. Weil jetzt in den letzten Gemeinderatssitzungen immer wieder davon gesprochen wurde, wir müssen die Unternehmer unterstützen und sie sind schwer getroffen, damit Arbeitsplätze erhalten werden. Wenn zu Mittag in den Nachrichten kommt: „Vorsicht, heute ist Demonstration in der Innenstadt“...

*Zwischenruf StR. Mag. **Krotzer**: Die Demonstration war um 17 Uhr!*

Egger: Herr Stadtrat, Sie brauchen mir einfach nur zuzuhören. Jetzt rede ich. Wenn zu Mittag in den Nachrichten kommt, und lassen Sie mich ausreden, es ist am Nachmittag eine Demonstration um 17 Uhr, dann fährt dort keiner mehr hinein. Reden Sie mit den Unternehmern oder reden Sie mit den Unternehmen. Mach dir einmal die Mühe und beschäftige dich damit. Wenn am Nachmittag angekündigt wird ein Streik, dann fährt keiner mehr hinein. Wir können dort Wirtschaftsunterstützungsmaßnahmen noch und nöcher fordern, Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen noch und nöcher fordern, da funktioniert es am Nachmittag einfach nicht. Es geht nur darum zu überlegen, wie können wir das gemeinsam machen. Auch die vereinigte Opposition darf einmal ein bisschen eine Emotion herausnehmen. Es ist nicht alles ein Angriff, sondern einen

Gedanke mit auf den Weg geben. Vielleicht können die, die Toleranz fordern die ganze Zeit, auch einmal gegenüber anderen Gruppen tolerant sein (*Appl.*).

Nagl: Vielen Dank, Herr Gemeinderat und wir dürfen dir auch alle zum heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch (*Appl.*).

Sippel:

Ich möchte mich recht herzlich für die Debatte bedanken. Sie war dann ja doch sehr entlarvend. Auch ein Dankeschön an die KPÖ, dass sie uns wieder einmal bewiesen hat, dass sie wirtschaftliches Denken, dass das nicht unbedingt zu den Kernkompetenzen zählt. Die Grünen, doppelzünftig, nicht nur, wenn es darum geht, „Angstschober“, Maske auf, Abstand halten und die Grünen demonstrieren dicht an dicht, sondern auch, wenn man den dringlichen Antrag, der jetzt dann folgen wird, hernimmt. Die Veranstaltungen sollen wir auf irgendeine Wiese, Waldwiese irgendwohin verdrängen aus dem Stadtgebiet, aber demonstrieren, das soll man können. Da ist auch nicht irgendwie eine stringente Haltung zu erkennen. Bei der SPÖ, Michi Ehmann, ganz im Griff hast du deine Partei anscheinend auch noch nicht. Du willst eine Wirtschaftsunterstützung, in dem Fall willst du die Wirte, die Wirtschaft unterstützen, gleichzeitig blockiert deine Jugendorganisation die Innenstadtwirtschaft, das passt auch nicht irgendwie zusammen. Aber ich nehme zur Kenntnis, mein Appell, und mehr war es auch nicht, es ist auch kein Rechtstitel, der da irgendwie anwendbar wäre, es ist ein Appell, mein Appell ist verhallt. Sehr geehrte Grazer, Sie müssen sich darauf einstellen, dass es weiterhin auch Blockaden der Innenstadt gibt. Ich bitte nur, dann auch sich an die richtigen Adressen zu wenden, um die schweren Beschwerden dort entsprechend zu deponieren. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Nagl: Wünscht nun jemand zum Antrag das Wort?

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Ich wollte eigentlich vorher nur den Herrn Egger, aber jetzt hat der Herr Sippel das auch noch einmal wiederholt, fachlich berichtigen, denn was den öffentlichen Verkehr blockiert, mehrheitlich, das sind nicht Demonstrationen, sondern das ist der Mischverkehr, den Sie immer wieder fordern. Davon können sehr sehr viele, besonders die vom Süden mit Straßenbahn oder Bus reinkommen, täglich berichten und für alle die, die offensichtlich den Sinn von Demonstrationen und deren Routen nicht verstanden haben, denen möchte ich das Schaftal empfehlen, da gibt es nämlich auch keine Wirtschaftstreibenden, die darunter leiden könnten. Eine Anmerkung, wenn man über die Wirte reden, bei der Black-Lives-Matter-Demonstration waren die umliegenden Lokale voll und die Wirte haben mitapplaudiert.

StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon mehrmals gefallen, es dürfte offensichtlich ein traditioneller Antrag sein. Es ist zum ersten Mal, dass ich ihn erlebe und er lässt offensichtlich sehr großen Rückschluss aufweisen auf Ihr Verständnis von Demokratie. Wir haben es schon mehrmals gehört von Kolleginnen und Kollegen. Es geht um das Sichtbarmachen von Themen und Problemen und es geht auch darum, da hinzugehen, wo wir die Menschen sehen, wo wir ein Thema sichtbar machen können. Ich war eine von denen, die auf der Demo waren, Sie haben es, so glaube ich, angesprochen. Ich hatte die Gesichtsmaske auf, wie es auch jetzt empfohlen ist bei Demos, wenn man dabei ist. Sie werden kein Foto finden, wo ich das nicht aufgehabt habe. Was ich schon sehr befremdlich finde ist, dass wir noch kein einziges Mal hier und heute, und auch Sie nicht, darüber diskutiert oder gesprochen haben, warum an diesem Tag unter dem Motto Black Lives matter 10.000 junge Menschen auf der Straße waren. Ich finde es auch ganz interessant, dass in diesem Zusammenhang

immer so fällt, ja, wer anständig ist, der geht nicht auf die Straße, der stört nicht den Innenstadthandel, der stört überhaupt nicht die Leute, der geht am besten am Stadtrand demonstrieren. Ich sage, wer Anstand hat, der geht auf die Straße. Der geht genau dann auf die Straße, wenn es um Rassismus geht, wie in diesem Fall. Es ist, Herr Bürgermeister, kein Rassismus und nicht nur Solidarität mit Rassismus in Amerika und nicht ein Rassismus, der bei uns nicht vorkommt, sondern wer dabei war, hat es erlebt. Da waren viele junge Menschen, die davon erzählt haben, dass sie tagtäglich in der Schule, in der Ausbildung, Rassismus erleben, jeden Tag. Das war so berührend und beschämend und so wichtig, dass so viele junge Menschen auf der Straße waren, dass Sie sich eigentlich schämen müssen, Herr Sippel, überhaupt so einen Antrag mit so einem lächerlichen Gedicht zu stellen. Ich möchte noch etwas sagen...

*Zwischenruf GR. **Sippel**: Es gibt schon ein Foto ohne Maske!*

Schwentner: Ja, das war ein Foto mit Abstand von einem Meter, vom Herrn Rossi von der Kleinen Zeitung und er hat gesagt, wir sollen kurz die Maske abnehmen. Ich kann erklären, warum das so war und das ist jetzt nicht das Thema.

Zwischenrufe: Doch, oh ja!

Schwentner: Ja, das war eines, wo wir die Maske abgenommen haben für die Kleine Zeitung. Aber ich möchte noch auf eines hinweisen, worüber wir schon vorher diskutiert haben, nämlich bei der Anfrage meiner Kollegin Manu Wutte haben Sie, Herr Bürgermeister, gesagt, was den Rassismus und das Wohnen in Graz anbelangt, lässt die Demo Black Lives matter keinen Rückschluss auf die Situation in Graz. Auch das ist leider nicht der Fall. Es lässt sehr wohl Rückschlüsse übrig.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio: Ach so? Und zwar?

Schwentner: Ja, genau in dem Fall, in der Regelung, die Sie eingeführt haben, Herr Kollege Eustacchio, nämlich die Fünf-Jahres-Regelung, die Menschen fünf Jahre lang ausschließt vom Zugang zu Gemeindewohnungen.

Zwischenruf Eustacchio unverständlich.

Schwentner: Ja, das ist Diskriminierung von Menschen. Es gibt ein Urteil in München, bestätigt durch den OGH, dass das diskriminierend ist. Wir lassen das gerade prüfen für die Situation in Graz und es weist sich, dass es sehr wohl in Graz auch so sein wird, dass das System, das wir hier haben, ein diskriminierendes ist. Nämlich für Menschen, die zugewandert sind, die weniger als fünf Jahre hier leben, und auch Menschen, die vielleicht nicht durchgehende Meldeadressen haben, die dadurch ausgeschlossen sind vom Gemeindebau. Das ist diskriminierend und das werden wir Ihnen auch noch zeigen (*Appl.*).

Wir reden über Diskriminierung und Rassismus auf der Straße und warum 10.000 junge Menschen auf der Straße waren, Herr Kollege, und ich würde gerne darauf noch einmal hinweisen, das war wichtig, dass sie das mitten in Graz getan haben, mitten am Tag, an einem Tag, wo hoffentlich viele stehengeblieben sind und sich Gedanken darüber gemacht haben, warum 10.000 junge Menschen auf der Straße waren (*Appl.*).

Nagl:

Frau Stadträtin, zwei Anmerkungen. Die erste Anmerkung, und das möchte ich hier wiederholen, bevor Sie in Graz etwas überprüfen lassen, würde ich Wien überprüfen. Eine rot-grün geführte Stadt, die ein Punktesystem hat und dort kann man dann

nachschauen, ob nicht das Grazer Modell ein wesentlich faireres ist, wo man sich auch klar dazu bekennt, dass Menschen, die in Graz schon viele Jahre leben, bei einer Warteliste, die es gegeben hat, vielleicht früher drankommen als jemand, der gerade zuzieht. Ich betrachte das nicht als diskriminierend, sondern eher das Punktesystem von Wien, rot-grün regiert (*Appl.*). Das Zweite ist, und das möchte ich jetzt deutlich noch einmal sagen, dass die permanenten Uminterpretationen von Aussagen mich schon stören.

Zwischenruf Schwentner: Was?

Nagl: Diese Uminterpretationen von Aussagen. Ich höre gut zu. Aber ich beziehe mich ganz selten auf jemanden und drehe das Wort einfach um. Ich möchte jetzt auch dazu sagen, dass das eine permanente Problematik der Innenstadt ist. Es geht um Arbeitsplätze, es geht um den Verkehr, es geht jetzt vielleicht stärker denn je um die Wirtschaft und es ist nichts anderes als die Bitte eines Gemeinderates, darüber nachzudenken, dass jene Parteien und deren Organisationen, die etwas veranstalten, das vielleicht auch berücksichtigen sollten. Auf einmal wird diese Diskussion heruntergebrochen auf die Black-Lives-matter-Diskussion. Das ist ja nur eine von permanenten Demonstrationen und Aufrufen, die in der Innenstadt im Moment leider noch immer, und das gibt es in ganz Österreich nicht noch einmal, den gesamten Verkehr der Stadt Graz lahmlegen.

Zwischenruf Schwentner unverständlich.

Nagl: Ja, und ich sage noch einmal, aber in ganz Österreich gibt es keine Stadt, die auf ein Straßenbahnsystem setzt, das leider noch immer sternförmig organisiert ist und

damit der gesamte Verkehr, inklusive der Rettungsfahrzeuge und Einsatzfahrzeuge, im Verkehr stecken bleibt. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite, und die ist mir wichtig, klares Bekenntnis und das habe ich abgegeben, Frau Stadträtin, und zwar nicht nur heute, sondern die 22 Jahre, seitdem ich in dieser Stadtregierung mitarbeite: Wir sind eine Stadt, die ausgezeichnet wurde für einen Weg, den wir gehen und da hat Diskriminierung nichts verloren. Wenn ich Bezug darauf nehme, in einer speziellen Anfragebeantwortung zu sagen, dass das was da zu Recht gefordert wird, in Österreich auf unsere Institutionen, vor allem auf die Stadt Graz, nicht zutrifft, weil wir alles unternehmen, stadtintern, aber auch mit der gesamten Community, die es in Graz gibt, um das zu verhindern, dann kann man das nicht so interpretieren, wie das gerade stattgefunden hat (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Bürgermeister, wenn du und wenn wir alle das so wahrnehmen und das so sehen, dass es in unserer Stadt keine Diskriminierung oder Ausgrenzung oder eine Schlechterbehandlung gibt...

Zwischenruf Bgm. Nagl: Was für eine?

Kahr: Das ist gut, wenn das alles so nicht ist, dann ist es umso wichtiger, dass viele Menschen auf die Straße gegangen sind, die sagen, wir wollen ein anderes Graz künftig oder wir wollen ein Graz, wo das nie mehr passiert. Im Übrigen erlebe ich seit 10 Jahren in den täglichen Sprechstunden anderes. Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, Diskriminierung aufgrund der Herkunft, weil es einfach heißt, weil ich aus dem Viertel bin, bist heut schon schlechter. Diskriminierung, Ausgrenzung und auch Rassismus gibt es. Das ist eine Tatsache. Es ist gut, wenn wir uns hier im Gemeinderat eh verständigen und einer Meinung sind, dass das keinen Platz haben soll. Das ist

positiv und dazu können wir, so glaube ich, alle gut stehen und es ist auch positiv, dass eben vor kurzem so viele junge Menschen auf die Straße gegangen sind und gesagt haben, wir wollen nie solche Verhältnisse haben hier in unserer Stadt, die die Menschen auseinanderdividiert. Wurscht, ob ich aus der Triester-Siedlung komme, ob aus Geidorf, ob ich ein Andersfarbiger bin oder ein Weißer bin. Wir alle sind Grazer und Grazerinnen und wenn wir dazu stehen können und einen jeden verteidigen, der da ausgegrenzt oder diskriminiert wird, dann sind wir eh auf einem guten Weg.

Nagl: Nichts anderes behaupte ich, dass alle Personen hier im Grazer Gemeinderat zusammenarbeiten, damit wir möglichst das verhindern, was Einzelpersonen oder manchmal auch Gruppen noch immer von sich geben oder tun. Das ist mir wichtig zu unterscheiden und ich möchte es nicht auf die eine, sicherlich weltweit wichtige, Demonstration herabbrechen. Ich glaube, es geht darum, dass wir eine Reihe von Demonstrationen haben, wo es nur darum geht, und ich denke, auch du als Verkehrsstadträtin, die die Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr trägt, einmal darüber nachzudenken, vielleicht auch mit der kommunistischen Jugend und mit anderen, kann man Uhrzeiten anders wählen, kann man vielleicht auch Plätze so wählen, dass nicht Menschen betroffen sind. Ich denke, um mehr geht es gar nicht.

*Zwischenruf **Kahr:** Da muss ich aber kurz...*

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio:** Kannst aber nicht.*

*Zwischenruf **Kahr:** Doch, kann ich schon.*

Zwischenruf Eustacchio: Nein, es ist ja keine Diskussion, hallo.

Nagl: Frau Stadträtin, bitte.

Kahr: Danke lieber Mario, dass du hier die Moderation zwischen Herrn Bürgermeister und mir übernimmst.

Zwischenruf Eustacchio: Das ist eine Undiszipliniertheit, unwahrscheinlich.

Kahr: Das ist keine Undiszipliniertheit, ich möchte nur feststellen, dass es vollkommen richtig ist, was meine Gemeinderatskollegin sagt, dass der öffentliche Verkehr mehrheitlich deshalb im Stau steht, weil er im Mischverkehr steht und nicht durch die Demonstrationen.

Nagl: Es gibt jede Menge Menschen, die mich immer wieder anrufen und mir mitteilen, wie es ihnen gegangen ist wegen den Demos und ich kann auch das nur bestärken, was Herr Stadtrat Krotzer, so glaube ich, nicht gleich geglaubt hat, dass wenn Demonstrationen angekündigt sind, fahren viele Menschen aus Sorge, dass sie nicht mehr rechtzeitig nach Hause kommen, natürlich nicht mehr in die Stadt und das ist gerade jetzt ein sehr eminentes Problem für viele Wirtschaftstreibende, die um ihr Überleben kämpfen.

Aber ich glaube, es ist gescheit, wenn wir jetzt darüber abstimmen.

Der Inhalt des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

**10.4 SOS Grazer Altstadt: Unsere Altstadt ist zum (Er)Leben da!
(GR Dreisiebner, Grüne)**

Dreisiebner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Stadtregierungsbank bzw. zwei KollegInnen auf der Stadtregierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Damen und Herren am Livestream. Ich fange es jetzt mit den Telefonaten, die der Herr Bürgermeister empfängt, an. Ich nehme an, dass es auch Kontaktversuche, Telefonate, E-Mails usw. von BürgerInnen aus dem Bereich der Inneren Stadt, Karmeliterplatz und Umgebung bzw. Lendviertel, Lendplatz gegeben hat. Ich nehme an, der Herr Bürgermeister wird jeden Bürger und jede Bürgerin, die anruft, die ein E-Mail schreibt, die einen offenen Brief schreibt, dementsprechend beantworten und das dementsprechend ernst nehmen. Wir kommen nämlich jetzt wiederum auf das Thema, wie gehen wir mit unserem öffentlichen Raum um, wie gehen wir mit unserer Stadt um? Hier wurde lange über eine zweistündige Demonstration, die gegangen ist, geredet und ich rede und mein Antrag dreht sich um eine 11-wöchige Veranstaltung auf einem Platz, der einerseits gastronomisch und wirtschaftlich genutzt wird in der Oberstadt, der Karmeliterplatz. Respektive die Umgebung, die auch natürlich wirtschaftlich und gastronomisch genutzt wird, aber dieser Platz ist auch Wohnort und dieser Platz ist Ort für Aufenthalt, für soziales Treffen, für das Spielen von Kindern, die auch diese Wasserfläche dort sehr gerne benutzen und vieles andere in der Form mehr. Dieser Platz ist aber auch, Karmeliterplatz, ist aber auch ein Platz, der über das Jahr immer wieder für Veranstaltungen hergenommen wird und zwar sehr lange Veranstaltungen. Hier steht jetzt ein 11-wöchiges Festival an und es gibt zudem natürlich auch noch Tagesveranstaltungen oder andere längere Veranstaltungen. Wie die Winterzauber-Eiswelt oder Public-Viewings oder eben auch für das Formel-1-Wochenende, gab es dann auch schon Motorsportveranstaltungen in dem Raum. Das ist für die Menschen nicht so einfach. Ich habe mich mit Menschen unterhalten, weil auch uns rufen diese Menschen an, älteres Semester, die wirklich mir sehr eindringlich geschildert haben,

wie es ihnen geht in ihrer Gasse am Eck zum Karmeliterplatz. Wenn das Public-Viewing ist und sie die Fenster schließt, den Fernseher einschaltet, dann darf sie keinen Ton am Fernseher dazuschalten, weil es zu einer Rückkoppelung zwischen dem, was am Platz an Moderatorenton und an Sportkommentar kommt und dem, was aus dem Fernseher kommt. Das heißt, trotz geschlossenem Fenster hat sie wochen- und monatelang das Thema, in dem Fall ist es wirklich einen Monat lang, das Thema, dass sie das mithören darf. Jetzt kommt eine Veranstaltung, zurückgeführt soll das ja angeblich sein auf den dringlichen Antrag von Herrn Kollegen Sippel, der nicht davon geschrieben hat und es hat auch niemand beschlossen, dass es ein Innenstadtort oder Innenstadtorte wie der Lendplatz und der Karmeliterplatz sein müssen, das war nicht näher definiert. Es ist von Autodisco gesprochen worden, es ist von dementsprechenden Spielen und sonstigen Dingen im Freien gesprochen worden. Jetzt haben wir es mit einer Veranstaltung zu tun, die unsere Veranstaltungsrichtlinien so weit ausreizt, dass man den Ausnahmeparagraphen unter 2. Punkt 5 heranziehen muss, um sie überhaupt genehmigen zu können. Das so genannte öffentliche Interesse. Auf Basis dessen kann der Stadtsenat eine 11-wöchige Veranstaltung entgegen unserer Veranstaltungsrichtlinie beschließen, mit Mehrheit wahrscheinlich. Ich nehme nicht an, dass das ein einstimmiger Beschluss wird. Was ist dieses öffentliche Interesse? Da sagt die Rechtsauskunft dazu bzw. wenn man das googelt, dass es ein sehr unbestimmter Begriff ist, der die Belange des Gemeinwohls über die Individualinteressen stellt. Was ist Gemeinwohl? Ist das Gemeinwohl, wenn man der Nachtgastronomie eine Hilfestellung leistet? Möglicherweise, aber nur, wenn man möglichst vielen aus dieser Branche eine Hilfestellung leistet und nicht nur einigen wenigen Firmen, wie es in diesem Fall der Fall ist. Wie kann man das in Verhältnis setzen? Diese wenigen Unternehmen, die hier etwas veranstalten können über 11 Wochen, über alle unsere Prinzipien und Richtlinien hinausgehend über 11 Wochen veranstalten können. Andere Unternehmen oder aber eben die erwähnten Anrainer, die Vorort-Gastronomie haben genau gar nichts davon. Ich darf hier auch noch die Aussage einer Gastronomin aus der Sporgasse zitieren, mit der ich Kontakt hatte. Die sagt, bei solchen Dingen wie Winterwelt und Public Viewing haben wir meistens nur

mehr Toilettengänge, aber sonst kein einziges Produkt mehr verkauft, kein Getränk, keine Speise. Öffentlicher Raum ist natürlich für viele unterschiedliche Nutzungsnotwendigkeiten da. Aber wenn ich über einen ganzen Sommer, über so viel Zeit, einen Platz, mehrere Plätze so lange entziehe für das, was die Menschen dort tun, ob sie dort wohnen, ob sie dort als sonstige Nutzer hinkommen, dann ist das für mich sehr fragwürdig und sehr zweifelhaft und ich will auch diese und alle Veranstaltungen nicht hinausdrängen, aber ich will die Möglichkeit schaffen, dass eine gute Art von Jugend-Party, Pop-Rock und DJ-Kultur auch einen guten Platz in Graz haben kann und der ist unter Umständen besser aufgehoben in einer Situation, wo es keine belästigten Nachbarn gibt, vor allem nicht über so lange Zeit.

Zwischenruf GR. Sickl unverständlich.

Dreisiebner: Ja, Herr Sickl hat auch etwas zu sagen. Nicht über so lange Zeit, sondern wo man das wirklich auch in einer Form machen kann, wo die einen einen guten Nutzen haben und die anderen eben nicht diese Belastung und diese Belästigung. Das ist das Thema, um das es sich dreht. Einerseits diese Wahrnehmung unserer Richtlinien, diese Wahrnehmung, dieses Verhältnis zwischen öffentlicher Raum und Entziehung des selben öffentlichen Raumes und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und der Frage, können wir als 300.000-Einwohner-Stadt den Menschen etwas anbieten? Was können wir ihnen anbieten? Einen entsprechenden Ort, eine Veranstaltungs-Location, eine Veranstaltungswiese, wo man vieles und jedes Jahr einiges veranstalten kann. Auch natürlich unter Auflagen, das ist keine Frage, ist kein Thema. Das muss natürlich auch an solchen Orten sein. Aber wir haben jetzt z.B. auch einen Family-Prater, der ist an einem Ort, der ist nicht sehr zentral und trotzdem gut erreichbar und auch mit dem ÖV erreichbar.

Zwischenruf unverständlich.

Dreieibner: Doch, 10 Minuten zu Fuß, glaube es mir, lieber Kollege, 10 Minuten zu Fuß ist in der Stadt kein weiter Weg. Das wäre das Anliegen und mein Antrag bezieht sich in mehreren Punkten darauf, dass wir die gewachsenen Strukturen in unseren Innenstadt- und Altstadtbezirken sowohl Wirtschaft und Gastgewerbe mit der nötigen Rücksicht auf die Lebensqualität der BewohnerInnen unterstützen und anerkennen. Weiters das Bekenntnis, dass die Plätze und Straßen der Altstadt als soziale Treffpunkte für alle Generationen, von ganz jung, von den Kindern bis zu den ganz alten Menschen, bis zu den älteren Menschen, da sind und die Bedürfnisse der vielen sollen über die Bedürfnisse der wenigen oder der einzelnen gestellt werden. In dem Fall weniger Unternehmer.

Diesem Grundsatz folgend sollen weiterhin Altstadtplätze für Veranstaltungen genutzt werden können, jedoch sollen die nur mit ausreichend langen Planungsvorläufen, in guter Abstimmung mit den Bezirksvertretungen, den Stakeholdern, dem Primat der bewussten Rücksichtnahme der Stadt auf die essentiellen Grundbedürfnisse der BewohnerInnen der Altstadt-Bezirke geplant und durchgeführt werden.

Die zuständige Abteilung wird ersucht, die aus dem Jahr 2007 stammenden Veranstaltungsrichtlinien einer Überprüfung im Sinne des Motivenberichtes gemeinsam mit den lokalen AkteurInnen zu unterziehen und über den möglichen Änderungsbedarf bis Ende des Jahres zu berichten.

Der Herr Beteiligungsstadtrat möge Orte für diese Veranstaltungswiese suchen und schlussendlich ersucht der Gemeinderat den Stadtsenat in Bezug auf die in diesen Sommer geplanten Veranstaltungen auf dem Karmeliterplatz, zum Schutz der AnrainerInnen die Richtlinien nicht auszuhebeln. Vielen Dank, ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit einigen Wochen hat die geplante Förderung zweier – und nicht aller – Grazer Nachtgastronomen durch die Stadt Graz sehr viel Unmut und noch mehr Unverständnis unter den benachbarten BewohnerInnen, GastronomInnen und Handelsbetrieben in den beiden Altstadt-Vierteln Karmeliterplatz und Lendplatz ausgelöst. Mittlerweile haben sich viele Menschen aus den Bereichen Architektur, Kunst, Kultur und Wissenschaft sowie Stadtteilinitiativen den Bedenken der lokalen AkteurInnen angeschlossen.

Um was geht es? Laut den Aussagen von Bürgermeister Nagl und jenen der Nachtgastronomen selbst soll es zwischen 3. Juli und 20. September zur täglichen „Bespielung“ des Karmeliterplatzes sowie eventuell einer Wiese am Rand des Lendplatz kommen – am Nachmittag als ‘Familienfest’ und allabendlich mit Lautsprecher verstärkter Musik vom DJ-Pult. Alles natürlich im Rahmen der Möglichkeiten und der Regelungen, die die Veranstaltungsrichtlinie der Stadt Graz vorgibt.

(www.graz.at/cms/dokumente/10023260_7708549/cc719ebd/Veranstaltungen_oeffentlicheFlaechen_Richtlinien.pdf.) Oder zumindest beinahe.

So soll zwar lt. Medienberichten die Musik den Grenzwert von 70 dB nicht überschreiten, es wird aber sehr wohl an eine Bespielung bis 23 Uhr anstelle der vorgesehenen 22 Uhr gedacht. Auch die laut Richtlinie erlaubten maximalen Veranstaltungstage werden mehr als ausgereizt, denn entgegen der geltenden Richtlinie sollen es jedenfalls sechs Tage pro Woche werden und der Karmeliterplatz soll über elf Wochen als Veranstaltungsort dienen! Ob es auch am Lendplatz so sein wird, ist bis dato noch unklar, aber Vorfreude entwickelt sich auch im Lend nicht wirklich.

Was ist mit dem öffentlichen Raum, dem Platz wo sich Nachbarschaften treffen, sich alle Generationen aufhalten und viele Familien mit ihren Kindern den sommerlichen (Wasser-)Spielplatz nutzen wollen? Es wird so gut wie der gesamte Bereich, der nicht durch Schanigärten bespielt wird, von diesem Event genutzt werden und damit für

andere abgesperrt bleiben. Ist das die Stadt, in der wir alle miteinander gut leben können? Und wollen wir die verbleibenden konsumfreien Orte, die Plätze des sozialen Miteinanders und des Austausches in unserer gewachsenen Altstadt den Menschen wochenlang entziehen? Wollen wir die Angebote der Gastronomie und der Wirtschaft vor Ort ungefragt mit Veranstaltungen beglücken und ihnen damit eine zusätzliche Konkurrenz vorsetzen, die auf Wochen exklusiv einen großen und wichtigen Platz in Anspruch nehmen darf?

*Oder wollen wir nicht besser versuchen, einen Weg zu gehen, der die gemeinsamen Vorteile im Blick behält, der einen guten Kompromiss darstellt und so möglichst vielen viel bringt. Um diesen Weg gehen zu können, müssen vorab die lokalen Heroes, die Stakeholder, die Nachbar*innen und die Bezirksvertretung eingebunden werden und mit ihnen ein Dialog darüber gestartet werden, wie häufig und in welcher Form die öffentlichen Plätze wirtschaftlich und touristisch genutzt werden sollen und können.*

Wir waren schon einen Schritt weiter, wir führten schon eine Diskussion darüber, welche alternativen Möglichkeiten die Stadt abseits der innerstädtischen Plätze für Veranstaltungen anbieten kann. Bis heute fehlen jedoch die Konzepte und Initiativen für die oft schon versprochene, aber nie realisierte Veranstaltungswiese. Jugend-, Party- und Musik-Kultur ist ein wichtiger Teil städtischen Lebens. Sie sollte von der Stadt Möglichkeiten und einen Ort angeboten bekommen, wo wenig Nutzungskonflikte zu erwarten sind, wo es zu keinem Wettbewerb mit gewachsenen wirtschaftlichen und gastronomischen Angeboten kommt und wo nicht immer wieder auf allgemein nutzbare und konsumfreie Flächen im öffentlichen Raum zugegriffen wird.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgenden

dringlichen Antrag:

1. *Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz bekennt sich zur Unterstützung der gewachsene Wirtschafts- und Gastgewerbe-Strukturen in den Altstadtbezirken sowie zur nötigen Rücksicht auf die Lebensqualität ihrer BewohnerInnen. Weiters bekennt sich der Gemeinderat dazu, dass die Plätze und Straßen der Altstadt weiterhin zuerst soziale Treffpunkte für alle Generationen und für die Bedürfnisse der Vielen sein sollen und erst danach als Veranstaltungsort fungieren können.*
2. *Diesem Grundsatz folgend, sollen die Plätze und 'Bühnen' unserer Altstadtbezirke Innere Stadt, Lend, etc. auch weiterhin für Kultur-, Sport- und Touristik-Veranstaltungen genutzt werden. Jedoch sollen Veranstaltungen und Events zukünftig nur mit ausreichend langen Planungsvorläufen und in guter Abstimmung mit den Bezirksvertretungen, den Stakeholdern aus Gastronomie und Handel sowie unter dem Primat der bewussten Rücksichtnahme der Stadt auf die essentiellen Grundbedürfnisse der BewohnerInnen der Altstadt-Bezirke geplant und durchgeführt werden.*
3. *Die zuständige Abteilung wird ersucht, die aus dem Jahr 2007 stammenden Veranstaltungsrichtlinien einer Überprüfung im Sinne des Motivenberichtes gemeinsam mit lokalen AkteurInnen aus der Wirtschaft, der Bezirkspolitik und aus der AnwohnerInnenschaft zu unterziehen und über den möglichen Änderungsbedarf bis Ende des Jahres zu berichten.*
4. *Immobilien- und Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler wird in Zusammenarbeit mit der Holding und der GBG ersucht, für Events, welche belastende Lärmemissionen verursachen bzw. sich bis in die Nacht erstrecken oder mehrere Tage oder auch Wochen dauern, Orte und Plätze zu erkunden, die als sogenannte 'Veranstaltungswiese' geeignet sein könnten. Ein entsprechender Informationsbericht über die Ergebnisse sowie weitere Schritte für die Auswahl und schließlich Einrichtung einer Veranstaltungswiese sind dem Gemeinderat bis Oktober vorzulegen.*

5. *Der Gemeinderat ersucht den Stadtsenat in Bezug auf die für diesen Sommer geplanten Veranstaltungen auf dem Karmeliterplatz zum Schutz der AnrainerInnen, auf die Einhaltung der Richtlinien für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen GZ: Präs. 011962/2003, A 10/1 008065/2004 zu achten und von Ausnahmeregelungen gemäß § 2 Z 5 Abstand zu nehmen.*

Bgm. Mag. **Nagl**:

Vilen Dank, ich möchte auch wieder darauf hinweisen, dass die Redezeit um vier Minuten und 14 Sekunden überschritten wurde. Ich bitte, auf die Anzeige zu achten. Das war heute schon mehrfach der Wunsch.

GR. Mag. **Sippel**:

Ich werde jetzt die Redezeit nur um vier Minuten überschreiten. Nein, ich werde versuchen, mich kurz zu halten, obwohl das sehr schwer fällt. Ich finde es sehr schade, dass diese karitative Veranstaltung zu einem Politikum geworden ist.

Lachen aus den Reihen des Gemeinderates.

Sippel:

Findet ihr das witzig, dass es einer Branche wie der Nachtgastronomie schlecht geht? Ich hoffe nicht. Ich finde es schade, dass hier insbesondere zwei Parteien, nämlich Kommunisten und Grüne, versuchen, aus dieser Situation politisches Kleingeld zu wechseln. Nach dem Motto, zwei bis drei Stimmen sind mir wichtiger als dieses Hilfsprojekt für eine gebeutelte Branche. Ich glaube, Horst, du hast mir das letzte Mal

hier, wie ihr nach dem dringlichen Antrag die Zustimmung gegeben habt, du hast mich eingeladen, dass wir gemeinsam ein Bier trinken drauf. Das wird jetzt am Karmeliterplatz sehr schwierig werden nach dieser Aktion der KPÖ, wo ihr auch nach bester Manier der Fake-News und Falschbehauptungen herumläuft und Dinge behauptet, die einfach nicht richtig sind. Es ist nie von einer Partymeile gesprochen worden, es ist dort nie von Disco, etc. gesprochen worden, sondern um eine chillige Bespielung eines Platzes mit sanfter Hintergrundmusik. Weil du lachst, mir kommt vor, du hast die Veranstaltungsrichtlinien dieser Stadt nicht verstanden. Der Anrainerschutz spielt dort eine große Rolle. Das ist eine der restriktivsten Veranstaltungsrichtlinien, die es überhaupt gibt in Österreich. Der Anrainerschutz spielt dort eine wesentliche Rolle. Dort ist genau festgelegt, wie hoch die Dezibel-Belastung sein darf beispielsweise bei den Anrainern. Die darf nicht mehr als 70 Dezibel beispielsweise bei den Fenstern sein. Das ist im Übrigen weniger als die Lautstärke von dir, wenn du da in dieses Mikrofon, jetzt hätte ich fast gesagt, hineinstammelst. Ich möchte jetzt ausdrücklich mich einmal bedanken und zwar bei den Herrschaften, die innerhalb kürzester Zeit ein hervorragendes Konzept auch vorgelegt haben, wie wir in diesem Sommer diese Stadt bespielen können. Das ist namentlich ein Wolfgang Nushold, das ist auch ein Martin Fritz, großartige Unternehmen mit vielen gut gehenden, bis zur Krise, gut gehenden Veranstaltungslokalen, Diskotheken und das ist bedauerlich, dass dann auch solche Aktionen politisch aufgeladen auch auf die, die sich da wirklich bemühen, hereinprasseln. Ich möchte jetzt schon einmal auch, weil da so getan wird, als wenn das so viele Menschen wären, die sich hier betroffen fühlen und diese ganze Oberstadt quasi in Aufruhr ist. Das ist einfach nicht richtig. Das sind ein paar, natürlich Aktivbürger, wo versucht wird, oder Anrainer in dem Fall, wo versucht wird, auch auf die zuzugehen. Das machen die Veranstalter, sie gehen offen auf die Betroffenen zu. Das steht übrigens auch in der Veranstaltungsrichtlinie drinnen, dass man im Falle solcher Veranstaltungen auch auf die Anrainer zugehen soll und gemeinsam auch einen Konsens finden kann, wie man so etwas abführt und da ist jetzt gerade auch das Bemühen da, da irgendwie einen Konsens zu finden. Aber ich möchte jetzt noch ganz kurz, und vielleicht, Herr Bürgermeister, bekomme ich noch zwei Minuten, ich möchte

es hier schon einmal auch darlegen, um welche Leute handelt es sich dort, die da sozusagen als große Gegner auftreten. Das sind einerseits das Who-is-who des gut situierten linksintellektuellen Aktivbürgertums, das sind immer die Gleichen. Das sind auch hauptsächlich Leute, die gar nicht in dieser Gegend leben und es sind, man siehe, es sind andererseits die üblichen verdächtigen Kunst- und Kultureinrichtungen, die freie Szene etc. Forum Stadtpark, Camera Austria, IG-Kultur, Rotor, Grätzinitiative etc. Ich möchte schon einmal sagen, der hier vorgebrachte Protest gegen die Kommerzialisierung und gegen die Eventisierung, so wie es drinnen steht in diesem offenen Brief, das ist in Wirklichkeit auf doppelte Art und Weise ein Treppenwitz. Wenn man es mit Grazer-Bezug sagt, dann ist es eigentlich ein Doppelwendeltreppenwitz, der da passiert. Dass sich ausgerechnet diejenigen über den Kommerz beschweren, die wahrscheinlich keinen einzigen Monat am freien Markt überleben könnten und dem Steuerzahler mit privilegierten mehrjährigen Förderverträgen am Tropf hängen, dass sich ausgerechnet diejenigen über den Kommerz aufregen, das ist schon abenteuerlich. Ich frage die Herrschaften von dieser Stelle deutlich, was glaube Sie eigentlich, woher das Geld kommt, mit denen Ihre Förderungen bezahlt werden? Das Zweite, dass ausgerechnet diejenigen sich über Events beschweren, die sich selbst über Veranstaltungen definieren und den öffentlichen Raum für Installationen, für Veranstaltungen etc. nutzen. Das ist ja der nächste Witz. Wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, da zeigt sich schon die Absurdität dieser Argumentation. Das ist in Wirklichkeit antisolidarisch, was da passiert. Das ist egoistisch und das ist unsozial und ich empfinde es als Heuchelei, wenn eine finanziell abgesicherte Szene, und das ist sie, wenn ich mir die mehrjährigen Förderverträge anschau, da ist es auf einmal möglich, dass einmal ein paar Monate keine Veranstaltungen stattfinden können bei diesen Summen, die da auch seitens der Stadt ausgezahlt werden. Wenn dann eine finanziell abgesicherte Szene mit ideologischer Motivation gegen eine Branche zu Felde zieht, die nach wie vor auf einem wirtschaftlichen Totalausfall steht, und das gehört auch einmal an dieser Stelle gesagt. weil das ist der wahre Hintergrund. Abschließend, letzter Satz: Der Zusammenhalt hat uns, so denke ich, gut durch diese Krise gebracht. Leider kommt er

uns jetzt, hervorgerufen durch solche Aktionen bei der Aufarbeitung eben dieser Krise, sukzessive abhandeln und das finde ich persönlich sehr schade (*Appl.*).

GR. Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unvermutet komme ich doch zu Wort. Armin, nachdem du mich direkt angesprochen hast, ich werde mich kurzfassen. Ich werde nicht das Hemd ausziehen oder das Sakko, weil ich keines an habe, obwohl ich ein fesches Justiz-Unterleiberl an hab, aber ich bin nicht so gut trainiert wie du, Armin. Ganz kurz, du warst so oft am Wort, ich weiß jetzt in Wirklichkeit gar nicht mehr, welcher dringliche Antrag das ist. Aber das gilt eh allgemein für alles. Wir müssen da hinauskommen aus dem Kastendenken. Es ist nicht ein Antrag zu Lasten der anderen, sondern wir sind alle da. Wir sind die, die still auf ein Bier gehen, was wir übrigens gerne machen können und auch am Karmeliterplatz, wenn wir leise sind. Die, die still auf ein Bier gehen, die Partylöwen, die es lieber laut haben, die die länger bleiben, die Gewerbetreibenden, die Links-Intellektuellen, wir sind alle da in dieser Stadt und wir müssen aus diesem Kastendenken herausgehen und alle vertreten, ohne dass wir jetzt billig Stimmungsmache oder auf Stimmenfang gehen. Das ist egal und ich glaube nicht, dass der Antrag zu Lasten von irgendjemandem geht, sondern in Wirklichkeit zugunsten von mehreren. So gesehen war es das und auf ein Bier können wir gerne gehen. Danke.

Nagl: Gibt es nach den Terminvereinbarungen auch noch eine Wortmeldung?

GR. Ehmman:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, lieber Antragsteller, lieber Kollege Karl Dreisiebner. Du hast einen Punkt angesprochen, wo man meinen sollte, oder bzw. die Forderungen in

deinem Dringlichen sollten eigentlich Selbstverständlichkeiten für uns alle in der Stadt Graz sein. Denn ich glaube nämlich, dass zwischen dem Erlebnis Stadt Graz und einer lebenswerten Stadt Graz, dass sich das verbinden lässt und dass genau die Kunst von uns sein sollte, diese Balance zu finden innerhalb selbstverständlich der gültigen Rechtslagen, Richtlinien etc. Aber trotzdem in der Unterstützungsleistung, in der politischen, dass wir genau diesen Spagat zu schaffen hätten und ich finde es schade, dass, da gebe ich dem Kollegen Sippel in dem Fall sogar Recht, dass es hier zu einem Politikum geworden ist. Ich glaube, dass wir ja gemeinsam ein Bekenntnis zum Thema der Nachtgastronomie abgegeben haben. Was auch wichtig und richtig war. Jetzt der Zugang, wie es dann nachträglich passiert ist, vielleicht ist da wirklich einiges schiefgelaufen. Sei es in der Einbindung der Betroffenen vor Ort, sei es in den Schlagzeilen, die teilweise stattgefunden haben und vielleicht sogar ein falsches Bild dessen vermittelt, was man eigentlich als Intention haben wollte. Weil wir haben nämlich nicht nur, namentlich der Leon Swoboda von uns als Bezirksvertreter, sondern auch ich, Gespräche nicht nur mit Betroffenen, auch mit den Initiatoren, also mit dem Wolfgang Nushold konnte ich persönlich auch ein Telefonat führen, wo er mich persönlich davon überzeugt hat, dass es ihm wichtig war, eben keine Partymeile stattfinden zu lassen. Aber wie gesagt, es hat sich leider in diese Richtung verklärt und in diese veröffentlichte Meinung gedreht. Das ist schade zum einen, aber zum anderen, wie gesagt, würde es für mich das nicht ausschließen. Wenn man jetzt wirklich den Punkten des dringlichen Antrages des Karl Dreisiebners, oder der Grünen, hier Folge leisten und sagen, wie wollen wir das in Zukunft schaffen und da sind durchaus einige Punkte drinnen, die das eben befürworten würden und wenn man diese Begleitmaßnahmen hernehmen würde, da im Vorfeld vielleicht schon die Sachlichkeit in den Vordergrund kommen lässt und die Emotionalität herausnimmt, dann hätten wahrscheinlich alle etwas davon. Nämlich letztendlich die Bewohnerinnen und Bewohner und die Betroffenen, die es eigentlich zu retten gilt. Nämlich auch die Nachtgastronomie, wir kommen ja heute noch zu einem Antrag in ähnlicher Form. Auch die Gastronomie betreffend, aber, wie gesagt, die Wirtschaft, die auch Arbeitsplätze beinhaltet, sollte uns ja auch wichtig sein. Genauso wie die Interessen der

AnrainerInnen vor Ort. In dem Fall ist es offensichtlich leider auf Grund einiger fehlgeleiteter Wege, warum das jetzt auch immer so entstanden ist, ich will da jetzt keine reine Schuldzuweisung machen, aber offensichtlich sind diese Interessensgruppen hier auseinander gegangen und eigentlich ist etwas daraus geworden, was keiner wollte. Die ursprüngliche Intention des dringlichen Antrages, war ja eine andere, des damaligen Dringlichen vom Armin, aber wie gesagt, wir sollten hier besser werden, wir sollten lernen daraus, aber ich würde auch hier dem sachlichen, vor allem unemotionalen Antrag des Karl Dreisiebners einiges abgewinnen und deswegen werden wir hier auch zustimmen, danke.

GR. Piffl-Percevic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet. Bevor mein Kollege Dreisiebner als Antragsteller noch sein Schlusswort dann halten wird, darf ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass zuletzt die Wortmeldungen dazu durchaus sehr sachlich waren. Der Kollege Sippel hat gesprochen von der Solidarität, mit der wir aus Rücksicht auf einander in die Krise hineingegangen sind, ganz spontan erkennt man jetzt beim Exit, in diesem Fall, bis jetzt, bis kurz vorher, kaum, an diesem Beispiel, aus diesem Shutdown und Lockdown, das sind die beiden Ausdrücke, müssen wir wieder einen Exit finden. Da bin ich am Ende meiner Fremdwortgebung und dieser Shutdown ist das Schließen der Wirtschaftsbetriebe. So ist das definiert und genau, wir wollen der Stadt wieder ihre Funktion, auch der Innenstadt, geben, möglichst rasch und nicht mit der Brechstange, die sie vorher schon hatte, nämlich Begegnung zu sein für Leute, Wirtschaftsstandort und Wohnqualitätsstandort für die Anrainer. Seit 2007 ist es uns gelungen in verschiedenen Koalitionen, auch mit den Grünen, Karl Dreisiebner, die Veranstaltungsrichtlinien, die es seit 2007 eben gibt, sehr wohl summa summarum zufriedenstellend, ich möchte jetzt nicht zynisch sein gegenüber gewissen Anrainern, die subjektiv möglicherweise auch objektiv betroffen sind, aber es gibt eine Reihe von Klauseln und eines möchte ich gleich in Abrede stelle: Selbst wenn, das ist ja noch

offen, wir können der Entscheidung nicht vorgreifen, der endgültige Antrag liegt ja auch noch nicht zumindest allen zur Einsicht vor, wir sollten auch nicht jetzt einer Untugend beim Exit aus dem Shutdown, dass wir jetzt uns herausnehmen, mit dringlichen Anträgen, alle Verfahren, wie wir wieder hochfahren, vom Gemeinderat aus, bevor die Anträge überhaupt noch lesbar da sind, auch schon zu stringent oder wie ein Finale hier bestimmen. Wir leben in einem Rechtsstaat, wir haben diese Richtlinien und jetzt zu dir noch einmal. Es ist selbst bei öffentlichem Interesse grundsätzlich der Punkt 1 nicht ausgehebelt. Ich wollte nur sagen, weil dein Antrag verbal formuliert, dass keine Richtlinie gilt, wenn es ein öffentliches Interesse gibt. Auch hier ist, gerade was den Lärm betrifft, vorgesorgt. Also zurück an den Start. Nehmen wir uns nicht heraus, bewährte Verfahren seit 2007 zu präjudizieren mit halbem Wissen. Nochmals danke für die zuletzt sachlichen Debattenbeiträge. Sind wir solidarisch mit uns im Hochfahren der Wirtschaft, auch der Innenstadtwirtschaft. Wir wollen eine lebenswerte Begegnungszone mit den Gastwirten, die dort sind, aber selbstverständlich, wie bisher, unter Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Anrainer. Vielen Dank (*Appl.*).

Nagl:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich nur einen kurzen Gedanken noch miteinbringen. Es ist für mich immer spannend, wie in unserer Stadt schon Dinge diskutiert werden, auch medial diskutiert werden, ohne dass wir in der Stadtregierung, auch letzten Endes zuständig als Stadtsenat, überhaupt ein fertiges Konzept auf dem Tisch haben. Bewertet dann durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie Hofrat Piffli-Percevic das gesagt hat. Deswegen fällt es mir schwer, eigentlich überhaupt jetzt schon irgendeine Zusage oder sonst etwas zu machen. Die einzige Zusage, die es von Seiten der Stadtregierung, ich glaube, ich spreche im Namen von uns allen, gibt es, dass wir uns das Konzept und die Bewertung unserer Beamten mit all den Richtlinien sehr gut anschauen werden, ob es dann durchführbar ist oder nicht.

Dreisiebner:

Ja, Herr Bürgermeister, ich gebe Ihnen ja Recht. Es ist noch nicht alles am Tisch und trotzdem so vieles schon in den Medien gestanden, aus dem Munde des Kollegen Sippel, aus dem Munde des Herrn Nushold, der Name ist ja schon von anderer Seite gefallen. Ich möchte jetzt noch ganz kurz auf den Peter Piffli-Percevic eingehen. Ja, natürlich gibt es die Richtlinien. Die Richtlinien besagen, dass bis maximal 80 Dezibel Veranstaltungen stattfinden dürfen, dass aber lärm erhöhende Veranstaltungen, § 2 Zif 3, Erhebungslärm erhöhende Veranstaltungen maximal 3 Tage dauern dürfen und solche dann so lange zu unterbrechen sind, dass es nur zwei Mal im Monat stattfinden kann. So in etwa, das war jetzt ein wenig schlampig, trotzdem das ist so im Großen und Ganzen der Punkt. Wir reden, und das sagt ja der Nushold selber, auch mit dem habe ich geredet, dass er das 11 Wochen ansuchen will. Dass er nicht nur bis 22 Uhr, sondern bis 23 Uhr ansuchen will und offensichtlich gibt es da eine Vorabstimmung mit zumindest der Koalition. Das scheint mir schon etwas, wo man sich hinstellen kann und sagen kann als AnrainerIn, als jemand, der sich sonst betroffen fühlt, im Übrigen der Herr Sippel ist auch von öffentlichen Zuwendungen abhängig, wie Kunst- und Kulturschaffende bezieht er ein politisches Gehalt, meines Wissens, ich auch. Da ist das, worauf wir jetzt alle die Diskussion aufsetzen. Ich weiß, dass es keinerlei Kommunikation des Herrn Bürgermeisters oder des Bürgermeisterbüros mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gegeben hat, dass sagen diese mir zumindest und es ist anscheinend auch auf den offenen Brief noch nicht reagiert worden. Aber gut, der ist erst vor kurzem gekommen. Vielleicht passiert das ja auch noch. Da will ich ja die Hoffnung nicht fahren lassen. Zur chilligen Hintergrundmusik, ja 70 dB, bis 23 Uhr, sechs oder sieben Tage die Woche, ist ungefähr das, was ich mit der Beschreibung dieser älteren Dame zum Public Viewing umreißen wollte. Sie kann im Sommer ihr Fenster nicht aufmachen. Sie kann nicht etwas anderes im Fernsehen anschauen oder in Ruhe ein Buch lesen, weil es durch die Fenster durch geht, das sind 70 dB. Das ist keine chillige Hintergrundmusik. Noch einmal, allein diese Gequatsche, dieses Gequatsche von einer Branche helfen und am Ende sind es ein paar Unternehmen, zwei Personen...

Zwischenruf GR. Sippel: Und auch die Mitarbeiter!

Dreisiebner:

Noch einmal, die Branche der Nachtgastronomie ist weitaus umfassender und mit denen hast du auch nie geredet und auch sonst niemand hat sie einbezogen, die Branche der Nachtgastronomie ist weitaus mehr als diese Lokale, die, ja, das ist gut, mehrere hundert Mitarbeiter beschäftigen. Das ist gut, das ist wichtig, es braucht die Hilfen dafür. Da brauchen wir nicht darüber reden und egal, wie du den Gesundheitsminister nennst und egal wie du sonst zur Regierungsarbeit und Corona stehst, das ist mir ehrlich gesagt wirklich wurscht, aber du redest dich selbst in ein Branche vertreten hinein und meinst aber ein, zwei Unternehmen, oder von mir aus vier Unternehmen. Du meinst nicht die ganze Branche (*Appl.*). Darüber haben wir im Mai auch schon diskutiert. Aber das ist scheinbar das, was die FPÖ schon immer getan hat und heute noch tut: Ich tu den Privatkrankenanstaltenfonds einfach ein wenig erweitern. Nicht um viele oder um mehrere, sondern um einen. Du weißt, was ich meine. Das ist scheinbar ein ganz normales Tun und Ibiza war so quasi der Tiefpunkt, der Höhepunkt oder zumindest irgendein Punkt im Schnee. Vielen Dank.

Nagl: Herr Klubobmann, ich darf Ihnen durchaus mitteilen, dass ich mit einigen Bewohnern schon gesprochen habe, dass mein Büro mit allen Persönlichkeiten im Kontakt steht. Dass der Herr Stadtrat Günter Riegler nicht nur im Kontakt steht, sondern diese Personen auch zu einem Runden Tisch eingeladen hat und dass ich auf alle Fälle, und das möchte ich hier jetzt noch einmal betonen, Herr Klubobmann, weil Sie wischen alles weg und sagen, der Stadtsenat wird das alles genehmigen, was einige Privatpersonen mit vielen dahinterstehenden Dienstnehmern sich ausgedacht haben, automatisch genehmigen. Das war nie so und das wird nie so sein. Wenn ein Konzept angepasst ist, wie gesagt, es liegt mir noch keines vor, ich kann darüber nicht urteilen. Im Vornhinein urteilen in dem Fall tut dieser Antrag sehr stark, weil es anscheinend,

wie es der Kollege Ehmann gesagt hat und das ist mir wichtig, in der Öffentlichkeit gleich eine Diskussion gegeben hat auch eine sehr stark politische. Und veröffentlichte Dinge, die wir als Stadtregerungsmitglieder noch nicht am Tisch haben.

Zwischenruf unverständlich.

Nagl: Ich habe gar nichts kommuniziert. Dass eine Privatperson sagt, ich möchte eine Veranstaltung machen, das gibt es oft und dann gibt es sehr lange Gespräche und manches Mal sehr viel Ärger, bis wir so weit sind, dass wir sagen, ja, wir können das genehmigen. In manchen Fällen machen wir Ausnahmen, ob das in einer solch langen Dimension möglich ist, werden wir erst sehen. Aber es muss einmal das Konzept fertig sein. Jetzt ist eine Besprechungsphase, ich glaube auch mit Bewohnern, und dann werden wir es irgendwann am Stadtsenatstisch haben und die Kollegin Kahr wird es uns vorlegen und dann haben wir darüber zu bestimmen. Wir stimmen darüber ab, wer für den Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

GRⁱⁿ **Hopper** zur Geschäftsordnung:

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf die Möglichkeit kurz nutzen, ich kann es mir nicht verkneifen, etwas loszuwerden, was mich irgendwie den ganzen Tag schon wurmt, aber auch schon davor, aber es ist mir heute wieder passiert und ich möchte es hier ansprechen. Es ist keine persönliche Geschichte, wir haben jetzt auch gerade in der Diskussion gesehen, dass wir als dieses Gremium hier eigentlich sehr wertschätzend miteinander umgehen, auch wenn wir

anderer Meinung sind. Hier uns trotzdem in einer Art und Weise ausdrücken, die diesem Gremium auch würdig ist und das im analogen Bereich sehr wohl leben. Mir ist heute wieder passiert, dass ich im digitalen Bereich sehr lange etwas gelesen habe, wo ich mir gedacht habe, eigentlich leben und leben lassen, aber es ist doch etwas, was ich in meinem Verständnis als Gemeinderätin und als Mitglied dieses Gremiums nicht in Ordnung finde und es daher hier ansprechen möchte.

Diese Gemeinderatssitzung und auch Passagen aus dieser Gemeinderatssitzung als sinnlose Shitshow zu bezeichnen und ähnliche Formulierungen, wovon das noch die eine war, die ich mich hier auch aussprechen wollen würde trauen, ist für mich dieses Gremiums nicht würdig, es deformiert dieses Gremium und dabei auch die Arbeit von allen Leuten, jetzt nicht nur von denen, die sich gerade selbst betroffen fühlen, sondern von allen Mitgliedern von diesem Gremium, die, und diese Annahme habe ich schon und davon bin ich auch fest überzeugt, völlig unabhängig von ihren politischen Überzeugungen den Anspruch haben, für die Stadt Graz zu arbeiten und das Bestmögliche für alle Grazerinnen und Grazer zu tun. In dem gleichen Posting, und die Tamara Ussner weiß eh, dass ich von ihren Sachen rede und ab und zu passiert es mir, dass ich sie durchlese und dass es mich furchtbar ärgert, weil ich mir denke, das ist wirklich nicht notwendig, dass wir uns als Mitglieder dieses Gemeinderates so über dieses Gremium äußern. Gleichzeitig spricht sie von inhaltlich differenzierter politischer Arbeit, die ich mit ganz vielen KollegInnen, völlig wurscht von welcher Fraktion in diesem Gremium, eigentlich leben und sehen kann, außer von Menschen, die immer wieder da hervorkommen und dann erklären, was richtig und was falsch ist und ich weiß, dass das eine Formulierung ist, die ich normalerweise nicht treffe, aber es stört mich insofern, als dass du in deinen Postings sehr klar Formulierungen auch von unserem Herrn Bürgermeister hernimmst, die aus dem Kontext heraus, also ohne die vorherigen Wortmeldungen oder ohne die Wortmeldungen danach hernimmst und urteilst über das. Ich glaube, die Verantwortung von uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ist sehr wohl auch, den Hintergrund und alles, was darum herum passiert, genauso mitzukommunizieren und gleichzeitig nimmst du dir heraus, nicht zu sagen, aus meiner Sicht ist es falsch, sondern das festzulegen. Das zieht sich konstant

durch durch all diese Postings, wo ich versuche, möglichst wenig oft sie zu lesen, weil es mich stört, weil genau diese inhaltlich differenzierte politische Arbeit von dir, und ich bin mit dir nicht in Ausschüssen, ich kann dich in den Ausschüssen nicht beurteilen, aber das, was ich in den Gemeinderatssitzungen mitbekomme, genau das nicht ist. Es gibt die konkreten Anschuldigungen, von wegen, dass Parteien, in dem Fall meine, deswegen stört es mich wahrscheinlich natürlich umso mehr, aber trotzdem Minderheiten und Diskriminierungen deren Existenz anzweifeln, das ist schlichtweg falsch und du hast aber keine Filter hier drinnen und das stört mich insofern, als dass ich glaube, dass die Mehrheit hier sehr wohl versucht, auch andere politische Einstellungen entsprechend zu kommunizieren und vielleicht auch zu hinterfragen. Das gehört für mich zu dieser inhaltlich differenzierten politischen Arbeit, die du ja auch in deinen Postings einforderst. Es werden Sachen herausgenommen und aus meinem Verständnis und aus unserem Verständnis für Graz zu arbeiten, ist es einfach dieses Gremiums nicht würdig, auch im digitalen Raum sich in einer Art und Weise auszudrücken, die du auch hier nicht wählen würdest. Ich weiß, dass das im Sinne der Information einer bestimmten Zielgruppe ist, aber zur Information gehört für mich ein bisschen mehr dazu als Schlagwörter und Schlagsätze und ich finde es eigentlich nicht nur schade, ich finde, es ist auch eine Schande, wenn Mitglieder dieses Gremiums dieses Gremium derart deformieren und sich da nicht reglementieren können, wie sie kommunizieren, wie wir das eigentlich auch jedes Monat mindestens einmal in dieser Gemeinderatssitzung machen. Grundsätzlich, wenn ich das in diesem Gremium so furchtbar finde, das als, ich sage es noch einmal, sinnlose Shitshow sehe, dann muss ich mich auch selber fragen, ob das, was ist, wo ich mich aktiv versuche einzubringen, wie so viele deiner KlubkollegInnen, deswegen tut es mir umso mehr leid, dass ich da vor Manuelas Antrag kurz reden muss, wie das so viele in diesem Gremium machen, weil dann muss man sich vielleicht überlegen, ob es nicht andere Leute auf der Liste gibt, die sich da effektiver einbringen und vielleicht ein wenig wertschätzender mit diesem Gremium, mit den Möglichkeiten, die sie in diesem Gremium haben, umgehen. Vielen Dank (*Appl.*).

Nagl:

Frau Gemeinderätin, vielen Dank. Die digitalen Medien waren, wenn ich so sagen darf, in der Form noch gar nie Inhalt der Diskussion. Frau Gemeinderätin, wir sind alle des Englischen mächtig. Es hat überhaupt noch nie jemanden gegeben, der als Mitglied dieses Gemeinderates eine solche Beleidigung aller Mitglieder des Gemeinderates und damit auch der Stadtregierung von sich gegeben hat. Nachdem heute gerade die Grüne Fraktion mich aufgefordert hat aufzupassen, dass ich eine Gemeinderatskollegin nicht als jung bezeichnen darf, darf ich den Herrn Klubobmann Dreisiebner aber auch bitten, künftig dafür zu sorgen, dass solche Meinungsäußerungen über unser Gremium unterlassen werden und darf auch die Frau Gemeinderätin ersuchen, darüber nachzudenken, ob hier nicht eine Entschuldigung angebracht wäre (*Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Ja, liebe Frau Gemeinderätin Hopper, weil du davon geredet hast, Dinge aus dem Kontext zu reißen, du hast das jetzt auch gemacht. Damit jetzt alle, und da es ein öffentliches Posting ist, kann auch ein jeder nachlesen, ich werde es dann verändern, möchte mich entschuldigen, falls das jemanden persönlich getroffen hat. Was ich damit gemeint habe und worum es gegangen ist, ist, dass wir in der Klubobleutekonferenz ausgemacht haben, immer getrennte Abstimmungen möglich zu machen. Was aber de facto in diesem Gremium hier passiert ist, dass jedes Mal darüber abgestimmt wird, nicht getrennt abzustimmen über Punkte und das macht inhaltlich differenzierte politische Arbeit schwierig. Das ist in diesem Posting drinnen gestanden und es ärgert mich einfach, zu Recht, finde ich, wenn einfach diese inhaltlich differenzierte Arbeit aus Machtdemonstrationsgründen verhindert wird. Ich entschuldige mich trotzdem für dieses Posting, weil, wenn ich dieses Gremium nicht sehr schätzen würde, wäre ich hier nicht dabei. Wenn ich diese Arbeit nicht sehr wichtig finden würde, dann wäre ich nicht dabei und hätte schon lange aufgehört und das will ich schon in aller Schärfe zurückweisen, mir das hier vorzuwerfen, dass ich diese Arbeit nicht wertschätze, weil sonst würde ich nicht fast jede

Gemeinderatssitzung eine Initiative hier einbringen. Das, was ihr hier, Schwarz-Blau hier aber auch abzieht mit sinnlosen Machtdemonstrationen, darum ist es gegangen und dazu stehe ich auch nach wie vor.

Nagl:

Danke vielmals für die Entschuldigung. Es bleibt für den Gemeinderat trotzdem eine Geschäftsordnung übrig und diese Gemeinderatsordnung besagt, dass ich als Bürgermeister vorweg vom Gemeinderat abzustimmen habe, ob wir punktuell abstimmen oder nicht. Das ist unterschiedlich angenommen worden. Das ist im Laufe der Jahre unterschiedlichst angenommen worden, vielleicht in letzter Zeit nicht, aber das mag auch Gründe haben und ich darf bitten, die Klubobleutekonferenz diesbezüglich auch wieder einzuberufen, um das zu klären.

Dann darf ich nun zum nächsten dringlichen Antrag kommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.20 Uhr).

10.5 Mehr und besser genutzte Wohnstraßen für Graz (GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste im Livestream. Bevor ich zu meinem dringlichen Antrag komme, möchte ich auch noch zwei Sätze zu dem Thema sagen, worüber wir gerade geredet haben, weil es mich auch persönlich betroffen gemacht hat. Man mag über dieses Posting denken, was man will und ich finde es auch gut, dass die Tamara sich da entschuldigt hat, aber ich finde es irgendwie auch seltsam, das auf diese Art jetzt breitzutreten, wie das gemacht wurde. Ich finde, wenn es von einem Kollegen irgendwie eine Aussage gibt, die mir nicht passt,

kann ich auch zu der Person hingehen und ihr das persönlich rückmelden und mit der Person besprechen und muss das hier nicht auf der öffentlichen Bühne in der Art breittreten, wie das gerade passiert ist.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Wutte: Ich finde das einfach einen seltsamen Umgang miteinander, das muss ich an der Stelle einfach sagen und fand das einfach unfreundlich gegenüber der Tamara, das so abzuziehen.

Ich komme zu meinem dringlichen Antrag.

Unverständliche Zwischenrufe.

Wutte: Wir sind fertig mit der Debatte, oder?

Ich nehme an, dass das ein Thema ist, wo wir mehr Einigkeit haben werden und freue mich von dem her auch auf die Diskussion.

Die Corona-Krise hat, wie wir eh schon öfters hier diskutiert haben, manche Probleme und Ungerechtigkeiten vergrößert und aufgezeigt, aber in anderen Bereichen hat sie auch eine vorübergehende Verbesserung gebracht.

Ich glaube, sehr viele Menschen in Graz haben das genossen, wie über ein paar Wochen hinweg die Grazer Straßen sehr ruhig waren und viele BürgerInnen haben jetzt das Bedürfnis, Straßen wieder vielfältiger nutzen zu können. Erinnern wir uns zurück, für die älteren Menschen in unserem Raum ist das vielleicht noch eine lebendige Erinnerung, dass das vor 50 Jahren oder so noch ganz normal war, wenn Kinder auf der Straße Ball gespielt haben oder mit Straßenkreide gemalt haben. Heute ist das eigentlich ganz oft undenkbar, ist aber grundsätzlich in Wohnstraßen erlaubt.

Die Straßenverkehrsordnung sieht das ja extra vor, dass in Wohnstraßen eben das Betreten und insbesondere Spielen auf der Straße erlaubt ist und Autos im Schrittempo zu- und abfahren dürfen. Die Situation in Graz ist aber relativ bescheiden, was Wohnstraßen betrifft. Derzeit gibt es 18 Wohnstraßen, das sind nur 0,3% des gesamten Straßennetzes. Vor dem Sommer soll erfreulicherweise die 19. Wohnstraße, die Nepomukgasse in Andritz, dazukommen.

Das ist positiv, wenn man sich aber die Grazer Wohnstraßen anschaut, sticht eines ins Auge: Gerade in den innerstädtischen Bezirken mit wenig Grünraum, wo der Bedarf an zusätzlich Spielflächen für Kinder besonders groß wäre, gibt es keine Wohnstraßen.

Auch im Fall der Nepomukgasse macht man eine Straße zur Wohnstraße mit vielen Einfamilienhäusern, geringer Bebauungsdichte und wo es eh schon keinen Durchzugsverkehr gibt.

Das ist zwar für die Menschen, die dort wohnen, sicher sehr positiv, ich denke, es geht auch etwas ambitionierter. Es würde überhaupt Sinn machen, wenn wir nicht nur einen einzelnen Straßenabschnitt, sondern ein ganzes Gebiet von Straßen, wie es damals auch in Eggenberg passiert ist, zum Wohnstraßengebiet macht.

Ein weiteres Problem, weil wir über Wohnstraßen reden, ist, dass die bestehenden Wohnstraßen ganz oft von den AutofahrerInnen leider ignoriert werden. Ich habe schon einmal eine Initiative zu Wohnstraßen im Gemeinderat gemacht und habe dann echt von vielen AnrainerInnen Rückmeldungen bekommen, dass es in ihren Wohnstraßen nach wie vor den Durchzugsverkehr gibt. Das ist halt der Teufelskreis. Es führt dazu, dass die Eltern ihre Kinder wieder nicht rausgehen lassen zum Spielen und die Wohnstraße dann de facto nicht genutzt wird. Die AnrainerInnen wünschen sich deswegen verstärkte Kontrollen in den Wohnstraßen. Ein weiterer Punkt ist, dass viele Menschen gar nicht wissen, was in einer Wohnstraße alles erlaubt ist und da hat zum Glück der Ernst Muhr von Fratz Graz zusammen mit dem Karl Reiter von der FGM ein kleines „Wohnstraßenspielbuch“ herausgegeben. Ich habe mir gedacht, das wäre eine klasse Sache, wenn die Stadt z.B. die AnrainerInnen von Wohnstraßen mit dieser Broschüre beschicken könnte, damit die Leute Ideen bekommen, wie sie die

Wohnstraßen nutzen könnten und Ernst Muhr von Fratz Graz plant, diesen Sommer auch Spielaktionen in Wohnstraßen zu machen.

Das ist so das Thema, wie man die bestehenden Wohnstraßen besser nutzen kann. Der andere Aspekt ist, wie mehr Straßen in Graz zu Wohnstraßen werden können.

Wenn man es mit Freiburg vergleicht, einer Stadt mit ähnlicher Größe, dort gibt es beispielsweise 180 verkehrsberuhigter Bereiche, die mit unseren Wohnstraßen vergleichbar sind. Da gibt es auch mehrere Vorschläge von mir. Zum einen müsste man das jetzige relativ komplizierte Prozedere zur Wohnstraßenernennung überarbeiten.

Derzeit ist es so, dass BürgerInnen, die gerne eine Wohnstraße in ihrer Nachbarschaft hätten, zuerst Unterschriften von den AnrainerInnen sammeln müssen und dann kommt ein Kriterienkatalog zum Einsatz und danach werden noch einmal alle AnwohnerInnen befragt. Die meisten Initiativen, denn es gibt eigentlich viele Initiativen für Wohnstraßen, sind in letzter Zeit eben an diesem Kriterienkatalog anscheinend gescheitert. Da geht es um Kfz-Verkehrsmengen, den LKW-Anteil, die Verkehrssicherheit, die Altersstruktur der AnrainerInnen usw.

Zweiter Vorschlag, wie man mehr Wohnstraßen in Graz bekommen könnte, ist die Wiener Idee der temporären Spielstraßen. Da geht es darum, dass man wenig befahrene Straßen regelmäßig für einen Nachmittag sperrt und mit Spielmobil-Vereinen, wie z.B. Fratz Graz oder Wiki in Graz betreut. Solche Aktionen ermutigen Familien und Kinder überhaupt einmal, wieder auf die Straße zum Spielen zu gehen...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**: Meine Damen und Herren, ich darf Sie ersuchen, der Antragstellerin das Ohr zu schenken, es ist nur fair.*

Wutte: Dankeschön. Die eine oder andere Wohnstraßen-Initiative würde so auch in Gang gebracht werden können.

Ich stelle daher für die Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, mit der Polizei Gespräche aufzunehmen, um zu erreichen, dass mehr Schwerpunktkontrollen in den bestehenden Grazer Wohnstraßen durchgeführt werden, bei denen zunächst nur verwarnt werden soll.
- 2.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht zu prüfen, ob eine Verteilung der Broschüre „Wohnstraßenspielbuch“ an alle AnrainerInnen von Wohnstraßen möglich ist.
- 3.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Vereinen, die mobile Spielaktionen (z.B. FRATZ Graz, WIKI) anbieten, Vorschläge für temporäre Spielstraßen nach Wiener Vorbild zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung im Juli vorzulegen, damit die temporären Spielstraßen noch diesen Sommer starten können.
- 4.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, dem Verkehrsausschuss bis Oktober 2020 eine Übersicht über alle Wohnstraßen-Initiativen, die in den letzten Jahren gestartet, jedoch nie realisiert wurden, sowie einen Überarbeitungsvorschlag für das vorher geschilderte Wohnstraßen-Prozedere, das eben eine niederschwelligere Beantragung ermöglicht, zu präsentieren.
- 5.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Einrichtung einer Wohnstraße in der Grenadiergasse, die sich aus mehreren Gründen (kaum Autoverkehr, drei Schulen, innerstädtischer Bezirk mit wenig Grünraum) sehr gut als Wohnstraße eignen würde, zu prüfen und damit auch dem einstimmigen Beschluss des Bezirksrates Gries nachzukommen.

Ich hoffe auf breite Annahme, danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Corona-Krise hat wie ein Vergrößerungsglas manche Probleme und

Ungerechtigkeiten aufgezeigt. Andere Probleme wie die Dominanz des Autoverkehrs

haben sich vorübergehend verbessert - kaum ein Grazer oder eine Grazerin hat nicht genossen, wie ruhig die Grazer Straßen zwischenzeitlich waren. Viele BürgerInnen haben nun das Bedürfnis, Straßen wieder vielfältiger nutzen zu können. Noch vor 50 Jahren war es völlig normal, dass Kinder auf wenig befahrenen Straßen Ball gespielt haben oder mit Straßenmalkreide gemalt haben. Heute ist das nur in Wohnstraßen tatsächlich erlaubt. In einer Wohnstraße ist laut StVO das Betreten und insbesondere das Spielen gestattet, Autos dürfen im Schritttempo zu- und abfahren.

In Graz gibt es derzeit 18 Wohnstraßen, das sind nur 0,3 % des gesamten Straßennetzes. Noch vor dem Sommer soll erfreulicherweise die Nepomukgasse in Andritz in eine Wohnstraße verwandelt werden. Das ist zwar grundsätzlich positiv, geht man aber die Liste der Grazer Wohnstraßen durch, sticht eines ins Auge: Gerade in den innerstädtischen Bezirken mit wenig Grünraum, wo der Bedarf an zusätzlich Spielflächen für Kinder besonders groß wäre, gibt es keine Wohnstraßen. Im Fall der Nepomukgasse wurde in einer Gegend mit vielen Einfamilienhäusern und Gärten und so gut wie keinem Durchzugsverkehr eine Wohnstraße ausgewiesen. Das ist zwar für die Menschen, die dort wohnen, positiv, es geht aber doch noch etwas ambitionierter! Außerdem macht es Sinn, nicht nur eine Straße oder einen Straßenabschnitt, sondern ein ganzes Gebiet, wie es in Eggenberg rund um die Thaddäus-Stammel-Straße und den Eppensteinerweg passiert ist, als Wohnstraßengebiet auszuweisen.

Redet man mit AnrainerInnen bestehender Wohnstraßen, bekommt man oft auch die Rückmeldung, dass die Wohnstraßen von vielen AutofahrerInnen ignoriert werden, nach wie vor gebe es viel Durchzugsverkehr. Das führt dazu, dass Eltern ihre Kinder erst wieder nicht auf der Straße spielen lassen, obwohl es grundsätzlich erlaubt wäre.

AnrainerInnen wünschen sich deswegen verstärkte Kontrollen in ihren Wohnstraßen. Viele Menschen wissen auch gar nicht, was auf einer Wohnstraße erlaubt ist. Ernst Muhr (Fratz Graz) und Karl Reiter (Forschungsgesellschaft Mobilität) haben deshalb unlängst ein kleines „Wohnstraßenspielbuch“ herausgegeben. Diese Broschüre könnte vonseiten der Stadt an alle AnrainerInnen von Wohnstraßen verteilt werden. Fratz Graz plant diesen Sommer außerdem Spielaktionen in einigen der bestehenden

Wohnstraßen, um mit Kindern spielerisch zu erproben, wie sie „ihre“ Wohnstraße nutzen können.

Wie könnten mehr Straßen in Graz zu Wohnstraßen werden? In Freiburg, einer Stadt mit ähnlicher Größe, gibt es beispielsweise 180 sogenannter „verkehrsberuhigter Bereiche“, die mit unseren Wohnstraßen vergleichbar sind. Erstens wäre eine Überarbeitung des jetzigen, relativ komplexen Prozederes zur Wohnstraßenernennung sinnvoll. So müssen derzeit von BürgerInnen, die gerne eine Wohnstraße in ihrer Nachbarschaft hätten, zuerst Unterschriften den AnrainerInnen gesammelt werden, dann kommt ein Kriterienkatalog der Verkehrsplanung zum Einsatz und danach werden alle AnwohnerInnen befragt. Die meisten Initiativen für Wohnstraßen sind in letzter Zeit anscheinend an dem Kriterienkatalog, der etwa die Kfz-Verkehrsmengen, den LKW-Anteil, die Verkehrssicherheit, die Funktion der Straße und die Altersstruktur der AnrainerInnen umfasst, gescheitert.

Zweitens könnten im Sommer wenig befahrene Straßen, einem Wiener Beispiel folgend, zu temporären Spielstraßen erklärt werden. Dabei werden wenig befahrene Straßen regelmäßig für einen Nachmittag gesperrt und von Spielmobil-Vereinen betreut.

Derartige Aktionen ermutigen Familien und Kinder, die Straße überhaupt wieder als Ort des Spieles und Aufenthalts wahrzunehmen und würden sicher die eine oder andere Wohnstraßen-Initiative in Gang bringen. Meine bereits vor zwei Jahren eingebrachte Frage, ob solche temporären Spielstraßen auch für Graz denkbar wären, wurde zwar grundsätzlich positiv und wohlwollend beantwortet, getan hat sich aber noch nichts. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, mit der Polizei Gespräche aufzunehmen, um zu erreichen, dass mehr Schwerpunktkontrollen in den bestehenden Grazer Wohnstraßen durchgeführt werden, bei denen zunächst nur verwarnt werden soll.*

- 2.) *Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht zu prüfen, ob eine Verteilung der Broschüre „Wohnstraßenspielbuch“ an alle AnrainerInnen von Wohnstraßen möglich ist.*
- 3.) *Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, in Zusammenarbeit mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Vereinen, die mobile Spielaktionen (z.B. FRATZ Graz, WIKI) anbieten, Vorschläge für temporäre Spielstraßen nach Wiener Vorbild zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung im Juli vorzulegen, damit die temporären Spielstraßen noch diesen Sommer starten können.*
- 4.) *Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, dem Verkehrsausschuss bis Oktober 2020 eine Übersicht über alle Wohnstraßen-Initiativen, die in den letzten Jahren gestartet, jedoch nie realisiert wurden, sowie einen Überarbeitungsvorschlag für das Wohnstraßen-Prozedere, der eine niederschwelligere Beantragung ermöglicht, zu präsentieren.*
- 5.) *Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Einrichtung einer Wohnstraße in der Grenadiergasse, die sich aus mehreren Gründen (kaum Autoverkehr, 3 Schulen) sehr gut als Wohnstraße eignen würde, zu prüfen und damit auch dem einstimmigen Beschluss des Bezirksrates Gries nachzukommen.*

Eustacchio:

Dankeschön, zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Muhr. Der guten Ordnung halber darf ich für das Protokoll noch festhalten, dass beim Antrag von Herrn Klubobmann Dreisiebner die Dringlichkeit abgelehnt wurde.

GR Mag. Muhr:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Antragsteller, liebe Manuela. Vielen Dank für deinen Antrag, den wir von der SPÖ auch gerne hinsichtlich der Dringlichkeit und des Inhaltes unterstützen werden. Du hast da vollkommen Recht, leider ist es so, dass in den Wohnstraßen es oft nicht reicht, dass nur ein Schild

aufgestellt wird und da beginnt die Wohnstraße, sie wird dann trotzdem mit überhöhter Geschwindigkeit oft als Schleichweg benutzt und da sind natürlich die Kontrollen und Schwerpunktkontrollen ein ganz wichtiger Punkt, dass man das auch ernst nimmt und dass man damit auch das Ziel erreicht, den dein Antrag eigentlich verfolgt. Hinsichtlich der gestatteten und nicht realisierten Initiativen kann ich mich noch erinnern, dass die ehemalige Vizebürgermeisterin Lisa Rücker schon so eine Initiative gestartet hat, wobei mir das Ergebnis nicht bekannt ist. Das ist auch interessant zu erfahren, was ist aus diesen alten Initiativen geworden. Warum man sie eigentlich nicht weiter verfolgt hat. Ebenso haben wir von der SPÖ auch im letzten Jahr schon einen ähnlichen Antrag eingebracht, der auch genau auf das abzielt, mit Hilfe der Wohnstraßen Schleichwege zu unterbinden. Wir haben bis heute noch keine Antwort auf diesen Antrag, wie auch bei so vielen Anträgen, wo wir noch auf Antworten warten. Also die Mühlen mahlen in diesem Gremium doch ein wenig langsam. Es ist natürlich auch zu berücksichtigen, dass man auch in den 30-iger-Zonen Wohnstraßen überlegt, denn auch diese bereits verkehrsberuhigten Zonen werden sehr oft als Schleichwege benutzt. Sie sind zwar von der Geschwindigkeit begrenzt, aber man weicht dadurch den Staus etc. aus und versucht, damit auch schneller an das Ziel zu kommen. Abschließend wende ich noch meinen Blick zu Elke Kahr, als unsere Verkehrsstadträtin, und würde auch sagen, das wäre eventuell auch für die Hans-Brandstetter-Gasse eine gangbare Variante, zusätzlich zu den Maßnahmen, die ich mit dir schon einmal besprochen habe, vielleicht ist das auch ein Weg, dass man dort eine Lösung herbeiführen kann.

StRⁱⁿ Kahr:

Danke, Herr Vizebürgermeister, gleich vorweg, liebe Gemeinderätin Wutte, wir werden der Dringlichkeit in allen Punkten und auch allen fünf Punkten zustimmen und ich möchte nur noch ein paar Anmerkungen machen. Zum Punkt 1, Schwerpunktkontrollen Grazer Wohnstraßen. Das gehört zum Tagesgeschäft der Polizei und auch des Straßenamtes, deshalb nehme ich das gerne auf, dass wir vor allem bei den

Wohnstraßen hier einen besonderen Blick hinwerfen und werde auch diesbezüglich an die Verkehrspolizeiüberwachung herantreten. Punkt zwei, dieses Wohnstraßenspielbuch, was du hier ansprichst, von Graz Fratz, das in Zusammenarbeit mit FGM sehr, sehr gut und schön gelungen ist, ist die Frage, wie hoch die Anzahl dieser vorhandenen Wohnstraßenspielbücher vorhanden ist. Wir haben im Straßenamt dafür so gesehen kein Budget, aber dass wir das veranlassen können, die vorhandenen Broschüren in den Wohnstraßen den AnrainerInnen dort zur Verfügung zu stellen, gerne. Punkt drei, bin ich dir dankbar, dass du diesen Punkt präzisiert hast, weil natürlich die Spielestraßen an sich jetzt ja schon, wenn es einen Verein oder Initiativen gibt, temporär möglich sind. Das hat auch schon in den letzten Jahren stattgefunden. Beispielsweise in der Gabelsberger Straße, Marschall Straße oder rund um den Fröbelpark. Eh von dir angesprochen Fratz Graz und FGM. Ob das jetzt ein Tag, ein Nachmittag, oder mehrere Tage sind, das Straßenamt prüft das. In der Regel wird das auch bewilligt. Wichtig ist aber natürlich, dass das auch eine Betreuung erfährt. Insofern können wir zwar die Kosten vielleicht vom Straßenamt erlassen, es gäbe sogar ein Budget dafür, aber die Betreuung und das Personal können wir nicht aus unserem Ressort bezahlen. Aber sehr gerne können wir trotzdem, und da bin ich auch gerne mit dem Stadtrat Hohensinner bereit, mit Fratz Graz zu sprechen, ob darüber hinaus Vorschläge da sind, wo sie solche Spielstraßen-Betreuung gerne vornehmen möchten. Punkt 4, bezüglich Übersicht aller Wohnstraßeninitiativen können wir selbstverständlich gerne vorlegen. Das Erste, was wir damals 2017, wie ich das Ressort übernommen habe, weil eine Wohnstraßenimplementierung absolut auch ein Ziel immer von mir war und ist, dass wir uns angeschaut haben, was bisher umgesetzt worden ist und welche Wohnstraßen noch offen sind und da war ich sehr überrascht, dass eigentlich seit 2008 ein riesiger Rückstau war und die Kollegin Urban vor allem ein Jahr lang damit beschäftigt war, alle noch einmal anzuschreiben, ob die Wünsche überhaupt noch aufrecht bleiben. Welche sind technisch möglich, welche nicht und die, die übrig geblieben sind, haben wir auch umgesetzt. Im Übrigen möchte ich nur sagen, was die Prozedere betrifft, das ist unter der Lisa Rücker so eingeführt worden, ich bin aber selbst auch der Meinung, dass das Prozedere zu schwerfällig ist und

niederschwelliger gemacht gehört, aber was ganz sicher notwendig ist, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner befragt werden müssen. Punkt fünf, Wohnstraße in der Grenadiergasse, kann ich dir jetzt schon sagen, ist in Prüfung und werden die Bewohnerinnen und Bewohner von uns verständigt werden, weil das ja eine Initiative vom Bezirksrat ist (*Appl.*)

GR Topf:

Werte Antragstellerin, ich darf gleich zu Beginn den Herrn Vorsitzenden bitten, dass wir die Punkte getrennt abstimmen. Wir sind mit den Punkten 1, 2, 4 und 5 durchaus einverstanden. Beim Punkt 3 haben wir, und das ist eine persönliche Erfahrung, doch unsere Bedenken und zwar insbesondere, dass auch der Begriff der Spielstraße dazu animiert und dazu führt, auch wenn das auch temporär wäre, sozusagen diese Straße nur durch das Spielen bespielbar zu machen. Wir haben diese Situation, ich habe einen persönlichen Antrag in diese Richtung erstellen dürfen, tatsächlich dann die Situation gehabt, dass diese Straße abgesperrt werden muss, weil das Spielen auf der Straße notwendig ist. Zum Unterschied zur Wohnstraße, wo das Spielen erlaubt ist, aber die Zu- und Abfahrt ohnedies ermöglicht wird. Wir haben damals, weil heute das auch angesprochen wurde, die Diskussion mit der Lisa Rücker seinerzeit in der Thaddäus-Stammel-Straße gehabt. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern. Eine heftige Diskussion mit den Anrainern, das wird uns bei den Wohnstraßen nicht erspart bleiben. Das sage ich dazu. Hier ist es durchaus auch sehr heftig zugegangen. Insbesondere auch in der Form, dass natürlich moniert wurde, wie schaut es jetzt aus, wenn man Wohnstraßen in fast flächendeckender Form, sage ich jetzt etwas überspitzt, macht, wie schaut es dann mit dem zusätzlichen Verkehr in den anderen Straßen aus? Das ist ein Thema, das ganz, ganz stark damals bei der Thaddäus-Stammel-Straße angesprochen wurde. Wir stimmen also der Dringlichkeit in den Punkten 1, 2, 4 und 5 zu. Beim Punkt 3 haben wir große Bedenken, auch was die Gefährlichkeit des Spielens anbelangt und daraus stammt sozusagen die Möglichkeit der Kinder über diese temporäre Geschichte hinaus, möglicherweise tatsächlich als

Spielstraße im eigentlichen Sinn zu nutzen. Da würde ich etwas davor warnen, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit in diesem Punkt 3 nicht zu. Eben aus der Vorsicht hinaus, hier mit dem Titel Spielstraße das ständige Spielen auf der Straße vielleicht auch über die temporäre Begrenzung hinaus zu ermöglichen. Deshalb Punkt 3 findet unsere Zustimmung der Dringlichkeit nicht.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde in den Punkten 1, 2, 4 und 5, einstimmig angenommen, in Punkt 3. wurde sie mit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat, liebe Kollegen der GrünInnen. Auch von unserer Seite ganz kurz, die Dringlichkeit ist ja schon durch. Zum Inhalt selbst, mit dem Motivenbericht können wir uns nicht ganz identifizieren. Wenn du da schreibst, andere Probleme wie die Dominanz des Autoverkehrs haben sich vorübergehend verbessert, die martialische Sprache, das können wir nur ablehnen.

Zu den Wohnstraßen selbst, dass man die 18 Wohnstraßen, die wir haben, besser kontrollieren durch die Polizei, das ist auch ihre Aufgabe, dem werden wir natürlich nähertreten. Punkt 3 hat der Kollege Topf schon ausgeführt, wenn man den Kindern suggeriert, dass eine Straße zum Spielen da ist, temporär, das heißt im Sommer darf man spielen, im Herbst dann ist wieder Autoverkehr, das würde ich als sehr gefährlich halten. Das ist wirklich für die Kinder im kleineren Alter nicht ganz verständlich, bringt sie in Gefahr, ist schlecht für die Verkehrserziehung. Wir haben so und so Probleme bei den Fahrradprüfungen, dass die Kinder die Regeln anständig lernen und umsetzen. Es machen auch immer weniger Moped-Führerscheine, L 17, das wäre für die Verkehrserziehung wahrscheinlich schlecht. Das Prozedere, dass man Anrainer anbinden, einbinden muss, das muss man auf jeden Fall auch beibehalten. Auch in der Grenadiergasse, und die anderen Punkte können wir gerne prüfen lassen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Eigentlich wollte ich zum Inhalt reden, aber ganz kurz noch, weil das Wort, ich möchte es gar nicht wiederholen, ein Schimpfwort auf die Grünen gefallen ist und vorher schon mehrmals das Wort „Angstschober“, möchte ich schon darauf hinweise, dass dann wir mit gleichem Maß messen und auch hier uns im Ton nicht vergreifen sollten. Ich bitte darum, diese Dinge, diese Namen, Verballhornungen von Namen in Zukunft zu unterlassen, dankeschön.

Ich wollte noch zum Inhalt reden, das war nur der Auftakt, weil das jetzt gerade gefallen ist. Ich finde es sonst sehr erfreulich, dass es da Einigkeit gibt, dass man auf das Thema Wohnstraßen genauer schaut. Das Thema nach Veränderungen an der fairen Verteilung des öffentlichen Raumes zieht sich in Graz wie ein roter Faden durch. Wir erleben das fast jeden Tag in Debatten, dass sich Menschen mehr Platz wünschen für die FußgängerInnen, fürs Spielen, wie schon erwähnt, für den Fahrradverkehr. Wir wissen aus Statistiken, nicht zuletzt vom VCÖ, dass 92 % des ruhenden Verkehrs den Autos gehört in Graz, da braucht es dringend Veränderung. Insofern ist es sehr schön, dass wir mehr Wohnstraßen wollen und dass es dieses Commitment gibt und nennen Sie es, wie Sie wollen, ich nenne es grüne Meilen, es braucht darüber hinaus mehr Straßen mit besserer Aufenthaltsqualität, wo es Bäume gibt, wo es Sitzgelegenheiten gibt, wo wir den Raum besser und fairer verteilen in Zukunft. Es geht um unsere Lebensqualität in der Stadt, es geht um die Gesundheit und ich bin froh, dass wir da ein Stückchen weiter kommen mit diesen Wohnstraßen. Was ich nicht verstehe ist, warum man sich so ablehnend verhält in Bezug auf temporäre Möglichkeiten, auch im Sommer, also Spielstraßen im Sommer temporär zu bespielen, im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist eine Chance, mit dem öffentlichen Raum anders umzugehen. Ich würde mir wünschen, dass wir in der Stadt die eigenen Beschlüsse ernster nehmen. Nämlich wenn wir tatsächlich dem Mobilitätskonzept 2020, wir haben jetzt 2020, Folge leisten und das ernst nehmen, dann sind wir eine Stadt der kurzen Wege. Das heißt, eine Stadt, wo wir viel zu Fuß gehen und mit dem Fahrrad fahren und dem sollten wir mehr Raum bieten. Insofern sehe ich das als guten Auftakt, aber es ist viel Luft nach oben. Danke.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst herzlichen Dank für den Antrag, den wir, wie die Elke schon gesagt hat, natürlich gerne unterstützen. Ich bin jetzt zunächst schon einmal sehr gespannt, ob jetzt bei diesem Antrag die getrennte Abstimmung durchgeht oder nicht, bin aber doch ein bisschen zuversichtlich, muss ich sagen. Ich möchte nur zum dritten Punkt, weil da der Georg Topf auch einiges dazu gesagt hat, zu Recht, ein paar Worte dazu sagen. In der Straßenverkehrsordnung ist ja sehr viel geregelt, unter anderem, wie Fuhrwerke beschaffen sein müssen, wie man sie koppeln kann, wie der Zustand der Tiere sein muss, um Fuhrwerke einzusetzen. Nicht geregelt in der Straßenverkehrsordnung ist allerdings der Begriff Spielstraße. Den gibt es ja so in der Art und Weise nicht. Es gibt zum einen die Wohnstraße, wo natürlich auch gespielt werden kann, aber wo natürlich jederzeit Fahrräder oder zu- und abfahrende Autos durchgelassen werden müssen. Bei Spielstraßen, temporären, wie sie hier auch gemeint sind und auch in Wien schon seit geraumer Zeit, seit einigen Jahren diese bespielt werden, die sind im Prinzip ja nichts anderes als Veranstaltungen im öffentlichen Raum, auf öffentlichem Gut. Das kann genauso gut ein Nachbarschaftsfest sein, das kann genauso gut ein kleines Konzert sein, das kann aber auch sein, wie es von dir vorgeschlagen wird, eine Bespielung im wahrsten Sinne des Wortes sozusagen, eben in Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen und da ist natürlich der Kollege Hohensinner dann auch gefordert, wenn man da natürlich die entsprechenden Mittel auch aufbringen muss. Was vielleicht bei dem Punkt mir persönlich jetzt ein bisschen ein kleines Problem ist, sozusagen, dass dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung im Juli bereits quasi ein Konzept vorgelegt werden soll. Ich glaube, es geht vor allem auch darum, dass man die Bevölkerung sozusagen ermutigt, von sich auch aktiv zu werden und dann sozusagen unterstützend natürlich mithilft, das dann auch zu verwirklichen. Nachdem die Redezeit aus ist, sage ich nur mehr danke und stimme gerne zu.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich die Antragstellerin zum Schlusswort bitten und möchte auch noch eine Anmerkung bringen. Nachdem ich ja auch das Vergnügen hatte, und ich meine es auch so, für den Verkehr zuständig sein zu dürfen, auch dieses Thema mich beschäftigt hatte, darf ich nur eines sagen: Die Problematik, die es ja oft bei diesen Befragungen gibt, und das wirst du haben, Elke, ist, dass du Gegenden hast, wo 47 % sagen, möchte ich und 53 % nicht, oder umgekehrt. Das ist die große Problematik, die wir oft in diesen Themenbereichen haben. Aber wir haben das, so glaube ich, von der Kollegin Rücker über mich und jetzt auch über dich so gehalten. Es ist kein leichtes Thema und eines ist richtig angesprochen worden vom Herrn Gemeinderat Topf, wenn ich in ein System eingreife, losgelöst von allen anderen umliegenden Bereichen, dann ist das zu kurz gegriffen, da muss man schon immer ein bisschen mehr denken, als nur eine Einzellösung hier voranzutreiben. Das gebe ich nur aus meiner Erfahrung, die ich selbst sammeln konnte, mit. Aber bitte, Frau Antragstellerin zum Schlusswort.

Wutte:

Ja, da bleibt mir auch nicht mehr viel zu sagen, außer dass ich mich ganz herzlich bedanken möchte für die breite Unterstützung dieses Anliegens. Es ist immer schön zu sehen, dass es dann doch Themen gibt, die uns scheinbar allen ein großes Anliegen sind und wo wir eigentlich alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen an einem Strang ziehen können. Das ist einfach sehr erfreulich und toll. Ein paar kleine Anmerkungen, weil das von dir, Georg, gekommen ist. Flächendeckend, davon sind wir in Graz wirklich meilenweit entfernt. Ich glaube, die Befürchtung brauchen wir nicht haben, dass demnächst jede zweite Straße irgendwie eine Wohnstraße wird. Wir haben da wirklich viel Aufholbedarf und ich freue mich einfach, dass es jetzt das Commitment von allen gibt, dass wir es angehen wollen und dass man da einfach verstärkt unsere Energie reinstecken wollen. Zu den Spielstraßen, ich habe die Bedenken gehört, aber es funktioniert halt in Wien wahnsinnig gut und ich glaube,

dass die Kinder schon unterscheiden können, ob eine Straße abgesperrt ist und auch von Vereinen betreut ist, oder ob die eben nicht abgesperrt ist und keine Spielgeräte auf der Straße stehen. Ich glaube, das ist relativ gut ersichtlich und da besteht keine Gefahr für die Kinder dann an anderen Tagen und ich glaube, dass es diesen Effekt hat, dass sich dann einfach Menschen ermutigt fühlen, vielleicht eine Wohnstraße in Erwägung zu ziehen in der Gegend, wenn sie sehen, wie klasse das ist und wie die Straße anders genutzt werden könnte. Das habe ich auch deswegen in dem Antrag drinnen gehabt, weil ich es als einen Weg sehe, Menschen zu motivieren für das Thema. Von dem her ist es schade, dass der Punkt jetzt nicht durchgeht, aber ich freue mich über alle anderen und es freut mich, dass wir so gut zusammenarbeiten in diesem Thema. Dankeschön.

Der Antrag wurde in den Punkten 1, 2, 4 und 5 einstimmig angenommen, der Punkt 3 mehrheitlich (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

10.6 Initiative „Unser Wirt ums Eck“ (GR. Ehmann, SPÖ)

Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, geschätzte KollegInnen im Gemeinderat und Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream.

Genau, unsere Initiative nennt sich „Unser Wirt ums Eck“, er kann natürlich auch auf der Geraden sein, falls das der Ablehnungsgrund wäre, aber ich glaube, es ist bei allem Ernst der Lage die von unseren Wirten wirklich dramatisch. Wir erleben das in den persönlichen Gesprächen mit den in Aussicht gestellten Hilfen. Einige bekommen sie in ausreichender Form, offensichtlich andere weniger. Ich treffe eher viel mehr Wirte, und das sind meistens kleinere, die zwei Monate lang Zettel ausfüllen, aber bis heute noch keinen Cent bekommen haben. Ich weiß nicht, wie es euch geht, ich nehme an, ihr habt ähnliche Erfahrungen und daher ist es höchst an der Zeit, dass wir hier in

unserem Wirkungsbereich, wo wir tätig sind, eingreifen und hier eine Unterstützungsleistung den Betroffenen zukommen lassen.

Wir haben heute schon diskutiert über die Nachtgastronomie, dass es hier wichtig ist, einen Beitrag zu leisten, aber auch die generelle Gastronomie, die Dreh- und Angelpunkt letztendlich für gute Gespräche, für ein Treffen, für ein Miteinander und Wirtshauskultur ist, ja, mehr als nur eine Konsumation, sondern es ist auch ein Stück österreichische Kultur. Letztendlich auch im Umkreis der betroffenen Gasthäuser, Cafés etc. befinden sich auch Geschäftslokale anderer Art, beispielsweise im Handel oder was auch immer. Das kommt oftmals zusammen, dass man dann gleich shoppen geht, oder, umgekehrt, zuerst shoppen und dann ins Wirtshaus, oder die Partnerin shoppt, der Mann sitzt im Wirtshaus. Ich will jetzt kein Klischee hier aufbrechen oder Rollen hier zuschreiben. Es ist eine ernste Sache und ich glaube, wir hätten im eigenen Wirkungsbereich eine Möglichkeit, dass wir hier eine Unterstützungsleistung geben. Wien hat das ja beispielhaft gemacht, nämlich auch gemeinsam, und deswegen glaube ich, dass hier die Sachlichkeit wirklich im Vordergrund gestanden ist, weil nämlich die Regierung in Wien das gemeinsam mit der Wirtschaftskammer vor Ort gemacht hat. Nämlich auch die Wirtschaftskammer Wien hat das unterstützt dieses Unterfangen und hat diesen Gastro-Gutschein ins Leben gerufen, um den betroffenen Wirten hier Hilfestellung zu sein und Hilfestellung zu leisten. Ich denke, auch bei uns wäre das möglich. Ich hätte es nur in einer abgeänderten Form vorgeschlagen. Und zwar, dass wir hergehen und unsere Bezirkswirte letztendlich unterstützen, weil für die Innenstadt tun wir schon einiges und wir haben ja heute hier schon Beispiele gehört, die im innerstädtischen Bereich angeregt werden. Jetzt würde ich sagen, unser Vorschlag geht ein wenig in die Richtung, der Gastro-Gutschein ist eine gute Sache, eine gute Idee, wir würden das auch so sehen und übernehmen und auch vorschlagen, aber bei uns soll der Gastro-Gutschein gekoppelt sein mit dem Wohnbezirk. Das heißt, wo der Hauptwohnsitz ist, dort soll auch der Wirt/die Wirtin, das Café, das Gasthaus, was auch immer, besucht werden, um auch hier lokal letztendlich die Förderung zukommen zu lassen. Weil ihr wisst ja, dass natürlich viele Menschen auch in die Innenstadt drängen, das ist ja eh richtig und wichtig und gut und auch dem Beispiel

Summer in the City folgend, wie es heute schon angesprochen wurde. Aber ich glaube, wir sollten auch an unsere Wirtinnen und Wirte am Rande der Stadt denken, oder, wie gesagt, in den Bezirken, die vielleicht nicht immer diese Frequentation haben wie in anderen Bereichen. Da würde dieser Gutschein gut abzielen.

Ich habe gesehen, wir haben einen formalen Fehler, falls das ein Ablehnungsgrund sein sollte, wir haben nämlich geschrieben, dass die Stadt Wien beabsichtigt, den im Wert von 30 € im Einpersonenhaushalt und 50 € für Mehrpersonenhaushalte zu fördern. Es sind 25 € im Einzelhaushalt und 50 € im Mehrpersonenhaushalt. Wir haben aber gesagt, wir wollen hier im Einzelpersonenhaushalt die 30 € wählen und 50 € für den Mehrpersonenhaushalt, weil eben natürlich ein großer Teil auch Singlehaushalte betroffen sind von den Gesamthaushalten in Graz und Singles natürlich auch das eine oder andere Mal öfter dazu tendieren, die Innenstadt zu nutzen, als im Bezirk letztendlich zum Wirten zu gehen.

Aber, wie gesagt, der Antrag geht ja noch weiter, wir haben ihn ja in zwei Punkte gegliedert, also auch eine punktuelle Abstimmung wäre hier möglich, nämlich zum einen den Gastro-Gutschein, wie im Punkt 1 angeführt, anzunehmen und letztendlich unter Punkt zwei die Einbindung für Abteilungen, oder die Abteilungen für die Wirtschaft und Tourismuskommunikation, beispielsweise die Agentur 8010, die wir auch hier haben und auch unter Ein- bzw. Mitwirkung der Wirtschaftskammer, die hier einzubinden wäre, die Wirte bzw. die Betriebe auch zusätzlich zu unterstützen mit Modellen, mit Anreizmodellen bzw. auch mit der Präsentation, vielleicht Onlineauftritt und, und, und. Es gäbe hier viele Möglichkeiten, noch zusätzlich Pakete zu schnüren und deshalb haben wir hier noch diesen zweiten Punkt zusätzlich eingefügt. Ich werde jetzt aber nicht zu lange sein, weil ich schon die Zeit überschritten habe und hoffe auf eure Zustimmung und möchte euch den Antragstext, nachdem er euch vorliegt, jetzt nicht extra noch einmal ausführen, weil ich es eh argumentiert habe und freue mich auf eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gastronomie gilt allgemein als ein entscheidender Faktor zur Belebung eines Stadtviertels. Dem will man ja auch über die Initiative „Summer in the City“ Rechnung tragen, die man eben aus diesem Grund auch seitens der Stadt unterstützen will. Wobei nicht allein nur die Gastronomie selbst im Focus steht – über diesen Weg erwartet man sich, auch den innerstädtischen Handel nach den schweren Corona-bedingten Einbrüchen wieder zu stärken.

Zu bedenken ist aber auch, dass Graz nicht nur aus den 14 an diesem Schwerpunkt mitwirkenden Innenstadt-GastronomInnen besteht, Graz nicht allein die Innenstadtwirtschaft im Auge haben soll: Genauso wichtig sind unsere Gastronominnen und Gastronomen in den anderen 16 Stadtbezirken, ebenso wichtig sind die vielen Handelsunternehmen und Gewerbetreibenden in den übrigen 16 Stadtbezirken. Auch hier gilt es, Akzente zu setzen – denn auch hier geht es um tausende Arbeitsplätze, um regionale Wertschöpfung.

Denn auch in den Bezirken – in Mariatrost ebenso wie in Straßgang, in Andritz ebenso wie in Puntigam – ist der sprichwörtliche „Wirt ums Eck“ oftmals ein Dreh- und Angelpunkt für das Bezirksleben, der jetzt aber aufgrund der dramatischen Folgen der Corona-Krise in größter existentieller Bedrängnis ist und dringend auch durch die Stadt Unterstützung braucht. Denn die „Wirte ums Eck“, das sind oftmals alteingesessene Traditionsbetriebe, kleine Kommunikationszentren, gleichsam die pulsierenden Herzen eines Grätzels, eines Viertels, eines Bezirks. Wovon dann meist auch der umliegende Handel, benachbarte Gewerbebetriebe profitieren, denn aus Lokalgästen werden nicht selten – weil Tür an Tür oder eine Straße weiter - GeschäftskundInnen. Was somit zur Stärkung der wichtigen Nahversorgung, zur Belebung der Bezirke beiträgt und somit auch der Idee der „Stadt der kurzen Wege“ zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs entspricht.

Alles also gute Gründe, ebenso wie für den innerstädtischen Bereich eine breitangelegte Initiative zur Unterstützung der Gastronomie auch in den 16 nicht innerstädtischen Bezirken zu starten. Ansatzpunkte dafür gäbe es viele: Die Stadt Wien beabsichtigt etwa, die Gastronomie durch Gutscheine – im Wert von 30 Euro pro Einpersonenhaushalt, 50 Euro für Mehrpersonenhaushalte zu fördern. Graz könnte diesem Beispiel durchaus folgen, aber im Sinne des regionalen Gedankens ein wenig adaptiert, indem Haushalte solche Gastrogutscheine nur bei der Gastronomie im eigenen Bezirk einlösen können.

Es gäbe aber auch weitergehende Möglichkeiten, wie seitens der Stadt die Gastronomie in dieser schwierigen Situation in den Bezirken unterstützt werden könnte, zum Beispiel

- unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer und der jeweiligen GastronomInnen die Herausgabe von Bezirks-BIG, in denen sich die Wirtshäuser, Restaurants und Cafés des betreffenden Bezirks präsentieren*
- bei Bedarf Hilfestellung bei Online-Auftritten durch die Agentur 8010*
- Errichtung von überdachten Fahrrad-Abstellplätzen im Umfeld der Lokale*
- Bereitstellung von Informationsmaterial über Naherholungsmöglichkeiten, Spazierwege, Radwege, Sehenswürdigkeiten im Umfeld*
- Hilfestellungen bei der Entwicklung und Durchführung von Bezirks-/Grätzelfesten*

Der Fantasie sind in der Hinsicht keine Grenzen gesetzt, denn Möglichkeiten gibt es viele – und die Kreativität und die Professionalität im Haus Graz sind ebenfalls bekannt grenzenlos: Die Kommunikationsabteilung, die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus und die Agentur 8010 wären durchaus in der Lage, im Verein mit der WK und interessierten GastronomInnen ein sehr innovatives, gutes Paket zu entwickeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, prüfen zu lassen, ob über eine Initiative „Unser Wirt ums Eck“

- 1. analog zur Stadt Wien gemäß Motivenbericht durch die Stadt Graz Gastro-Gutscheine für jeden Grazer Haushalt in der Höhe von 50 Euro pro Mehrpersonenhaushalt und 30 Euro pro Einpersonenhaushalt ausgegeben werden können, wobei diese Gutscheine jedoch ausschließlich in der Gastronomie im Wohn-Stadtbezirk eingelöst werden können und*
- 2. unter Einbindung der Abteilungen für Wirtschaft und Tourismus, Kommunikation und der Agentur 8010 und mit Mitwirkung von Wirtschaftskammer und interessierten GastronomInnen – wie im Motivenbericht beschrieben und anhand von Beispielen skizziert – ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Gastronomie in allen 17 Grazer Stadtbezirken entwickelt werden kann.*

Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.

GR. DI Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen, lieber Michi Ehmann. Deine Grundintention, die unterstützen wir, die ist gut. Auch deine Erfahrung, dass die Wirte eher schlechte Erfahrungen gemacht haben als gute Erfahrungen mit den Hilfen, die, die etwas bekommen haben, haben einfach teilweise nur die Stromkosten bekommen, um überhaupt ihre Kühllhäuser betreiben zu können, damit ihnen die Ware nicht total flöten geht. Wir unterstützen die Grundintention deines Antrages. Es entspricht auch der Intention einer Initiative der FPÖ Steiermark im Landtag, wo es genau darum geht, Traditionsgasthäuser unterstützen zu können. Die Gutschein-Aktion in dem Fall ist eine Idee, da heißt es vielleicht, kreativ sein. Mir fällt vielleicht ein, dass eine Erleichterung bei der Errichtung von Schanigärten, Erleichterung bei Einstellungen von Hilfskräften etc. Da heißt es, einfach kreativ sein, oder günstige Essensgutscheine für Firmen für

ihre Mitarbeiter oder, oder. Eine gute Idee, die werden wir unterstützen. Die Wirte haben wirklich jede Form von Unterstützung notwendig. Die Nachtgastronomie, die normalen Gasthäuser, die Traditionsgasthäuser und diese Kultur ist wichtig und gut und da stehen wir dahinter. Danke (*Applaus*).

StR. Dr. **Riegler**:

Es ist ja interessant, da bilden sich völlig neue Allianzen. Ich muss leider für unsere Fraktion sagen, dass ich da leider Gottes, dass wir da nicht mitkönnen. Wobei ich vielleicht ganz zu Beginn und ganz wichtig von vorneherein einmal betonen möchte, selbstverständlich hat die Gastronomie und hat die Hotellerie unsere vollste Unterstützung, unser vollstes Verständnis und selbstverständlich wird man noch viele Maßnahmen setzen müssen, oder hat schon viele Maßnahmen gesetzt, um eben der Hotellerie und der Gastronomie zu helfen. Wir in Graz, ich kann mich gut erinnern, saßen mit Herrn Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister und ich und Herrn Stadtrat Hohensinner an jenem besagten legendären Sonntag im März beisammen am Abend und haben das erste Wirtschaftspaket geschnürt. Wir haben Mietnachlässe ausgesprochen für Mieter in städtischen Immobilien und wir haben unter anderem auch die Gastgartenabgabe für das heurige Jahr erlassen, weil wir gesagt haben, natürlich sollen die Wirte unterstützt werden in einer Zeit, in der es ohnedies schwer ist. Aber, es gibt auch noch weitere Maßnahmen. Es gibt, wie Sie wissen, letzte Woche wurde es angekündigt, ein 1-Mrd.-Euro-Paket umsatzsteuerlich zur Entlastung der Gastwirte und auch im Übrigen der Kunst- und Kulturschaffenden und Veranstalter. Das heißt, 1 Mrd. Euro an Umsatzsteuerentfall, der sozusagen in Richtung dieser Veranstalter sowie der Gastronomie und Hotellerie geht. Es gibt Stundungsmöglichkeiten, es gibt eine Steuerreform, es gibt Geld für insbesondere die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Das heißt, es gibt ohnedies schon genug Maßnahmen. Insgesamt 50 Mrd. Euro, die der Bund beschlossen hat, die helfen sollen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bekommen. Insofern bin ich ehrlich gesagt etwas verwundert, dass wir jetzt auch noch zusätzlich glauben, eine eigenständige

Maßnahme als Stadt Graz setzen zu müssen, die noch dazu asozial ist. Denn es ist keine Sozialpolitik, wenn der Wiener Bürgermeister einem Wiener Villenbesitzer in Hitzing 50 € gibt, damit er in Hitzing zum Plachutta einen Tafelspitz essen gehen kann. Ich habe es dir schon das letzte Mal gesagt in der letzten Gemeinderatssitzung. Was daran sozial sein soll, weiß ich nicht. Das ist eine reine, pure Gießkanne, viel besser ist es, man gibt das Geld Sozialvereinen, man gibt es in einen Sozialfonds, man tut etwas, damit man die Ärmsten erwischt. Aber es ist eigentlich völlig sinnlos, wenn jetzt nach der Reihe der Wiener Bürgermeister, die Frau Wiener Bundesparteivorsitzende und jetzt am Schluss auch noch die SPÖ-Graz daherkommen und sagen, jetzt verteilen wir „Helikoptergeld“. Das ist eben nicht differenziert und das ist eigentlich eher, muss man sagen, dem Wahlkampf in Wien geschuldet, dass man eben hier eine gute Ausgangsposition haben möchte und jetzt glaubt ihr heute, ihr müsst euch da hinten dranhängen.

Ehmann:

Erstmals einmal vielen Dank der FPÖ. Die dürfte sich doch mehr mit den UnternehmerInnen auseinandersetzen, als ich erwartet hätte. Bei der ÖVP merke ich offensichtlich eher anderes. Da bin ich einigermaßen erschüttert über diese Aussagen, denn wenn der Walter Ruck nämlich als Präsident der Wirtschaftskammer Wien hier spricht, das starke Echo der Wiener Gastronomen und Kaffeehausbetreiber ist äußerst positiv und zeigt, wie wichtig diese Aktion für die von Corona betroffene Branche ist, wenn davon gesprochen wird bei der Wiener Wirtschaftskammer, 9000 Betriebe, mehr als 40.000 Arbeitsplätze profitieren davon, dann wundert mich das schon einigermaßen, dass hier die ÖVP offensichtlich hier in Graz derart argumentiert, wenn ihr Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler in der ZIB am 18. März die Koste-es-was-es-wolle-Strategie ausruft und dann wird plötzlich hier herumgeritten am Rücken der Kleinen, dann werden die armen Leute strapaziert. Übrigens, Leute denen es nicht so gut geht, die würden sich vielleicht auch einmal freuen, dass sie ein Schnitzel beim

Wirt essen können und etwas dazu trinken können, weil sie einmal den Euro vielleicht nicht umdrehen müssen, weil Sie eben einen Schein, einen Gutschein dafür zur Verfügung gestellt bekommen haben. Wie gesagt, ich finde das ein wenig dramatisch, wie hier gedacht wird. Aber gut, soll so sein, die Wirte wissen, wer für sie steht, wer dahintersteht und wer eben nicht.

Eustacchio:

Wir bringen die Dringlichkeit zur Abstimmung, wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich bitte jetzt festzuhalten, wir müssen es langsam machen, es fehlen einige Damen und Herren auf den Plätzen offensichtlich.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen (19:15 gegen ÖVP).

*Zwischenruf GR. **Haberler:** Moment, es sind alle anwesend. Ich zähle 19 dagegen.*

Eustacchio:

Vielleicht machen wir es so, meine Damen und Herren, wenn Sie einverstanden sind, dass jene, die dafür bzw. dann dagegen sind, aufstehen, dann tun wir uns leichter.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen der Gemeinderäte.

Eustacchio:

Im Verständnis der Aufregung darf ich kurz den Herrn Magistratsdirektor zu mir bitten, um mir einen inhaltlichen Überblick schaffen zu können. Ich darf ersuchen, die Aufregung etwas zu drosseln.

Herr Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel bespricht mit Herrn Vizebürgermeister die weitere Vorgehensweise.

Eustacchio:

Ich darf versuchen, die Worte des Herrn Magistratsdirektors wiederzugeben. Die Situation gab es schon öfters. Es kann jederzeit der Antrag gestellt werden auf eine neuerliche Abstimmung und das ist jetzt hiermit der Fall.

GR. Piffli-Percevic zur Geschäftsordnung:

Herr Vorsitzender, ich stelle ausdrücklich den Antrag, nicht auf eine neuerliche Abstimmung, weil da hat sich die Personenanzahl ständig verändert, sondern auf eine neuerliche Auszählung der letzten Zählung. Hier (*er zeigt auf die Reihen der ÖVP*) hat sich nichts verändert, alle, die zuletzt von der ÖVP abgestimmt haben, sind nach wie vor auf ihren Plätzen und hier.

Eustacchio:

Ich bringe den Antrag, den Herr Piffli-Percevic gestellt hat, zur Abstimmung. Das heißt, die Situation, so wie sie davor war, zählen zu lassen, wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag von GR Piffli-Percevic wurde nicht angenommen.

Eustacchio:

Es gibt einen Antrag von Herrn Gemeinderat Haßler, das Abstimmungsergebnis neuerlich zählen zu lassen. Wer für den Inhalt dieses Antrages ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf neuerliche Abstimmung wurde mehrheitlich (gg. ÖVP) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit 19:20 (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne, SPÖ) abgelehnt.

10.7 Prüfung der Notwendigkeiten/Erfordernisse für eine Leerstandserhebung (GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)

Bauer:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung. Ums Zählen geht es auch in meinem Antrag. Nicht um das Zählen hier herinnen, sondern um das Zählen draußen. Ich möchte nämlich gerne mit meinem dringlichen Antrag feststellen lassen, wie viele Wohnungen sind derzeit in Graz leer und nicht bewohnt, denn der Wohnungsleerstand ist ein Thema. Viele Städte in Europa, auch in Österreich, haben mit dem Thema zu kämpfen und warum, weil Wohnungen vorhanden sind und dadurch eigentlich eine Knappheit vorgetäuscht wird, die es gar nicht gibt. Die Verknappung führt zu zusätzlich verbauten Flächen, führt zu steigenden Preisen, und mir geht es in meinem Antrag insbesondere darum, auch mit der Erhebung die Motive feststellen zu lassen.

Zwischenruf Eustacchio (betätigt die Ordnungsglocke): Ich darf Sie bitten, sich auf das Thema, das jetzt ist, zu konzentrieren, ich danke.

Bauer:

Ich danke, Herr Vorsitzender. Mir geht es in meinem dringlichen Antrag auch insbesondere darum, die Motive feststellen zu lassen, warum sind Wohnungen leer, denn es gilt nicht eine Antwort auf jede Leerstehung zu haben und zu sagen, wir können alles gleichzeitig behandeln oder mit einem gleichen Instrument. Wohnungen stehen leer, weil sie als Geldanlage verwendet werden, zur Gewinnabsicht, weil es vielleicht nicht vermietbar ist, „vielleicht eine Bruchbude“, oder weil Menschen sich gar nicht um die Vermietung kümmern wollen oder können, bis hin zu einem Eigenbedarf. Der Sohn, oder die Tochter kommt zum Studieren und dafür wird die Wohnung vorgehalten. Viele Kommunen haben sich damit schon beschäftigt, haben gezählt in ihrem Bereich. In Österreich, in Europa, in Deutschland beispielsweise auch und haben Gegenstrategien entwickelt. Die Gegenstrategien sind sehr weitgreifend, von Anreizmodellen bis hin zu Strafandrohungen ist alles möglich, was hier angewandt wird. In Graz wird der Leerstand schon lange debattiert, wir wissen aber nicht, wie hoch der Leerstand ist. Es werden Zahlen genannt, aber sie sind halt eine Abschätzung oder eine Annäherung. Ich möchte hier an dieser Stelle ein Danke sagen, nämlich an Patrick Maierhofer. Patrick Maierhofer ist auf mich zugekommen und hat zu mir gesagt: „Versuchen wir, den Leerstand in Graz abzuschätzen.“ Er ist Volkswirt und hat sich die Mühe gemacht, viele, viele Zahlen, die es über Graz zum Wohnungswesen gibt, zusammenzutragen vom Wohnungsbedarf und vom Wohnungsangebot, von den Baubewilligungen, von den Fertigstellungen, von den Personen, von den Privathaushalten, von der durchschnittlichen Haushaltsgröße bis hin zum Überschussangebot. Ich möchte hier allen Kolleginnen und Kollegen, auch der Stadtregierung, den Beamten das Angebot machen, ich übermittle gerne diese Zusammenstellung, damit man auch sieht, woher das Wissen dieser Unterlage kommt und wie viel wir hier gefunden haben. Die Bandbreite dieser Leerstehungen geht in unserer Schätzung, je nachdem, welche Datenquelle wir herangezogen haben, zwischen 7.000 und 23.000. Es hat sich dann eher die Zahl 11.000 verdichtet. Ein Experte der Immobilienbranche hat einmal gemeint: „Naja, es werden schon 15.000 sein.“ Das ist eine Zahl, die wir nicht ignorieren können und sollen. Insbesondere auch,

weil die Bauentwicklung in der Stadt soll gut gestaltet werden und wir sollten zumindest wissen, was ist in unserer Stadt los. Deswegen meine Initiative, den Leerstand zu zählen. Die weitere Folge, die dann kommt, ist natürlich die Frage, wie kann man den Leerstand mobilisieren, aber ohne Motiv und Zählung wird man hier nicht herankommen. Wir wissen, dass die vorhandenen kommunalen Möglichkeiten nicht ausreichen für eine Leerstandserhebung. Es wird auch eine gesetzliche Basis brauchen, oder der Stromzähler war noch immer ein Thema, möglich ist es. Ich möchte hier namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den dringlichen Antrag stellen, dass Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio werden ersucht, unter Berücksichtigung der Erfahrungen bereits durchgeführter Leerstandserhebungen von österreichischen, deutschen und Schweizer Städten, eine Anmerkung noch dazu, das haben wir hier aufgelistet, was gemacht wurde, wie es gemacht wurde und was gezählt wurde, über das Stadtplanungsamt bzw. Wohnen Graz prüfen zu lassen, inwieweit Graz selbständig eine Leerstandserhebung durchführen kann bzw. welcher Parameter/Voraussetzungen/Rahmenbedingungen es bedarf, um eine Leerstandserhebung realisieren zu können, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung des Landes- und Bundesgesetzgebers. Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.

Vielen herzlichen Dank, ich ersuche, die KollegInnen aller Fraktionen um Zustimmung zu meinem dringlichen Antrag (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Wohnungsleerstand ist ein Problem, mit dem fast alle Städte zu kämpfen haben und ist gesellschaftlich unerwünscht, weil Wohnungsknappheit vorgespielt wird, obwohl Wohnraum vorhanden ist und Grund und Boden zusätzlich verbaut wird. Was wiederum zu Verknappung von Flächen für sozialen/geförderten Wohnbau und dessen Verteuerung führt. Leerstand fördert somit sogar steigende Wohnungspreise und

verursacht durch zu leistende kommunale Infrastrukturaufwendungen – wenn für Leerstand aufgewendet – zusätzliche Kosten.

Die Motive, warum Wohnungen leer stehen, sind vielfältig und reichen von Spekulation, Geldanlage und Gewinnabsicht, Unvermietbarkeit von „Bruchbuden“, Ablehnung des Kümmerns rund um die Vermietung (Scherereien) bis hin zu Eigenbedarf, Abwicklung von Verlassenschaften bzw. Zweitwohnsitzen.

Deshalb sind viele Kommunen in Österreich, in Deutschland und auch in der Schweiz dazu übergegangen, den Leerstand hinsichtlich Umfang und Motiv zu erheben und Maßnahmen bzw. Gegenstrategien zu entwickeln: Die Bandbreite reicht von Anreizmodellen bis hin zu – Paradebeispiel deutsche Städte – Strafandrohungen in Verbindung mit Zweckentfremdungsverordnungen bei überlangem Leerstand.

Dass es auch in Graz einen nicht unerheblichen Leerstand gibt und dieser zuletzt aufgrund des enormen Baubooms, und da speziell wegen der Anlegerwohnungen sogar noch deutlich größer wurde, wird von allen Fachleuten auch aus der Immobilienbranche angesprochen. Uneinigkeit herrscht nur, was das Ausmaß betrifft. Sehr konservative, extrem vorsichtige Schätzungen sprechen von 7.000 leerstehenden Wohnungen in Graz. Was allein schon, könnte deren Einbringung in den Wohnungsmarkt gelingen, ein enormer Gewinn wäre. Es gibt aber auch Berechnungsmodelle, die mit weiteren realistischen Annahmen bis zu 11.000 Wohnungen gehen können. Und das in einer Stadt, in der gleichzeitig an allen Ecken und Enden gebaut wird und in der – zum Unmut vieler GrazerInnen – bislang freie Wiesen zubetoniert werden, in der in Einfamilienhaus-Siedlungen große Wohnblöcke hineingepflanzt werden, in der alte Villen abgerissen und diese architektonischen Juwele durch Betonquader ersetzt werden.

Um diese Bauentwicklung maß- und sinnvoll zu gestalten, um gleichzeitig auch mehr Möglichkeiten für leistbares Wohnen – sowohl in Hinblick auf das Mieten als auch

betreffend das Errichten von gefördertem Wohnbau und Gemeindewohnungen – zu schaffen, ist es unumgänglich, auch in Graz in Hinblick auf den Wohnungsleerstand zu einem aussagekräftigen Ergebnis zu kommen, um darauf aufbauend in weiterer Folge Überlegungen anzustellen, wie dieser Leerstand mobilisiert, sprich für den Wohnungsmarkt gewonnen werden könnte. In diesem Zusammenhang soll auf jeden Fall auch auf die Erfahrungen bzw. Maßnahmen österreichischer, deutscher und Schweizer Städte zurückgegriffen werden, wie diese den Leerstand ermittelt haben und auch darauf, welche Strategien sie zur Verringerung des Leerstandes entwickelten: Werden doch vielfältige Erhebungsmethoden angewandt, von Stromverbrauchsmessungen bis hin zu verpflichtenden Leerstandmeldungen, wie es in weiterer Folge auch unterschiedlichste Mobilisierungsmaßnahmen gibt. Entscheidend dabei ist, sofern die vorhandenen kommunalen Möglichkeiten nicht ausreichen, für eine Leerstandserhebung eine gesetzliche Basis zu schaffen, etwa über einen Vorstoß über den Städtebund oder eine Initiative im Parlament.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio werden ersucht, unter Berücksichtigung der Erfahrungen bereits durchgeführter Leerstandserhebungen von österreichischen, deutschen und Schweizer Städten über das Stadtplanungsamt bzw. Wohnen Graz prüfen zu lassen, inwieweit Graz selbständig eine Leerstandserhebung durchführen kann bzw. welcher Parameter/Voraussetzungen/Rahmenbedingungen es bedarf, um eine Leerstandserhebung realisieren zu können, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung des Landes- und Bundesgesetzgebers. Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Mario, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst vielen Dank, Susi Bauer, für diesen Antrag. In dieser und ähnlicher Form haben wir den ja in den letzten Jahren immer wieder gehabt. Sei es Leerstandserhebung, sei es auch, wie es von uns zum Teil gefordert worden ist, Meldepflicht für leerstehende Wohnungen, Ulli Taberhofer hat das vor 11 Jahren, ich habe nachgeschaut, schon eingebracht, Siegrid Zitek vor, ich glaube, zwei Monaten. Nichtsdestotrotz, das ist natürlich jetzt ein sehr fundierter Antrag sozusagen, der uns jetzt vorliegt und es stellt sich nun die Frage, zunächst hoffe ich natürlich auch, dass er angenommen wird, und es stellt sich natürlich die Frage, was macht man dann mit dem Wissen? Ob das jetzt 7.500 oder 11.000 oder wie viel auch immer leerstehende Wohnungen sind und da denke ich mir, ich glaube, im Grünen Zusatzantrag kommt das auch irgendwie vor sinngemäß, es braucht auch eine Beratung für mögliche Vermieter, weil natürlich gerade auch Leute, die gerade eine Wohnung haben, nicht genau wissen, wie tun sie damit, kennen sich auch im Mietrecht nicht aus und haben da natürlich auch bestimmte Ängste. Was natürlich dann jene anbelangt, die viele Wohnungen sozusagen hätten, stellt sich die Frage, Leerstandsabgabe natürlich, oder im radikalsten Fall, sozusagen, ob man nicht ein Einweisungsrecht für die Gemeinde hier andenken kann oder diskutieren kann, wie es das ja in manchen Städten bereits gibt. Darüber hinaus ist dieser Antrag natürlich ein sehr wichtiger Punkt, aber natürlich gibt es im Bereich des Wohnens sehr viele Fragen, die man natürlich auch oft einmal hier diskutiert haben. Ich glaube, besonders wichtig ist die Frage der befristeten Mietverhältnisse. Da bin ich der Meinung, dass unbefristete Mietverträge eigentlich wieder der Normalzustand werden sollen, wenn man ansonsten nur so ein Nomadentum fördert, von dem einige wenige vielleicht profitieren, aber die Mehrheit der Menschen in unserer Stadt natürlich nichts davon hat. Maklerprovision, hoffen wir natürlich auch, dass die jetzt auf Bundesebene dann abgeschafft wird und, ganz wichtig natürlich auch, es muss Obergrenzen für alle Mieten irgendwo geben. Jedenfalls danke noch einmal für den Antrag, dem wir natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt nach natürlich sehr gerne zustimmen werden, danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Live-Stream und auch liebe Kollegin Susi Bauer, ich kann mich da meinem Vorredner ganz anschließen. Wir sind auch dankbar für diesen Antrag. Das ist ein total wichtiges Thema, was du da ansprichst. Wir haben auch immer wieder schon Gemeinderatsinitiativen dazu eingebracht, weil es natürlich ganz klar ist, dass es in Graz einen großen Mangel an leistbarem Wohnraum gibt und dass wir eigentlich über alle Parteigrenzen hinweg uns massiv darum bemühen müssten, mehr leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Einerseits durch Fusionierung des Gemeindewohnbaues, aber andererseits auch sicher durch Leerstands-Aktivierung. Du hast da einige Vorschläge eh schon in deinem Antragstext angesprochen. Worauf ich noch einmal hinweisen möchte, es gibt aus den verschiedensten österreichischen Städten und Bundesländern auch Beispiele, wo auch die FPÖ und die ÖVP für eine Leerstandserhebung und für eine Leerstandsabgabe waren. Ich glaube, das ist eigentlich ein Thema, was wirklich über Parteigrenzen hinweg mittlerweile, wo die Wichtigkeit mittlerweile erkannt wird. Z.B. in Wels ist unter einem FPÖ-Bürgermeister, Andreas Rabl, eine Leerstandsabgabe eingeführt worden und in Salzburg haben wir im Dezember 2019 auch vom Landeshauptmann Haslauer gehört, dass er eine Leerstandsabgabe zumindest prüfen möchte. Ich habe den Eindruck, da tut sich gerade etwas in puncto Leerstand, Sensibilität für das Thema vor allem auch und von dem her würde ich mich sehr freuen, wenn der Antrag heute eine Zustimmung findet. Falls das aber nicht passieren sollte, kündige ich sicherheitshalber schon jetzt einmal den Zusatzantrag an, weil wir eben der Meinung sind, ja klar, Leerstandserhebung ist der erste wichtige Schritt, aber wir müssen als Stadt auch ganz konkrete Maßnahmen in puncto Leerstandsmobilisierung andenken. Deswegen stelle ich folgenden Zusatzantrag: Wohnungsstadtrat Eustacchio wird ersucht, zum Thema Leerstandsmobilisierung einen Runden Tisch mit ExpertInnen aus dem Bereich Wohnen und VertreterInnen der Gemeinderatsfraktionen einzuberufen. Dort sollen verschiedene Maßnahmen zur Leerstandsmobilisierung, wie städtische Sanierungsförderungen und Modelle, in denen die Stadt als Vermieterin auftritt,

diskutiert werden. Zweitens, die Stadt Graz ersucht auf dem Petitionsweg das Land Steiermark, die gesetzlichen Grundlagen für die Einhebung einer Leerstandsabgabe auf Gemeindeebene zu schaffen und hoffe natürlich, dass der dringliche Antrag mit samt dem Zusatzantrag angenommen wird.

GR DI. Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen. Die Dringlichkeit ist für uns nicht gegeben, weil ja jetzt sowieso über den Stromverbrauch der Leerstand versucht wird, erhoben zu werden. Was aber für mich viel mehr die Frage stellt, was machen wir denn dann mit der Information? Jetzt habe ich von dir, lieber Manfred Eber, gehört, Einweisungsrecht, Einweisungspflicht, also wir sehen da schon noch die Freiheit des Eigentümers und dass der Eigentümer bestimmen kann, was mit seiner Wohnung passiert. Entweder müssen wir jetzt verpflichten oder wir werden entsprechende Anreize schaffen, das uns wieder Geld kostet. Das heißt, wenn ich jetzt ein Wohnungseigentümer bin, dann lass ich es ein Jahr lang freistehen, um dann das Geld von der Stadt zu kassieren, also das ist beides kein Weg, den wir gehen wollen und deswegen sehen wir erstens die Dringlichkeit nicht und in der Sache können wir hier auch nicht mitgehen.

Bauer:

Dankesehr, die ÖVP hat sich nicht geäußert, ich habe auch im Vorfeld etwas gefragt und keine Antwort erhalten, ich weiß nicht, ob die ÖVP zustimmen wird der Dringlichkeit bzw. dem Antrag und es ist sehr schade, ich hätte gerne die Argumente vorab gehört. Es ist jetzt ein Schlusswort zur Dringlichkeit und ich weiß nicht, ob wir noch einmal die Möglichkeit haben, zum Antrag zu sprechen. Der Punkt ist erstens, ich mache noch einmal das Angebot, wir haben Zahlen zusammengetragen aus Graz zum Wohnen bzw. welche Städte, welche Bundesländer schon etwas gemacht haben. Es sind 18 Seiten, wer es haben möchte, vom Patrick Maierhofer und von mir, ein E-Mail an mich und ihr bekommt das zugeschickt. Wir haben da auch drinnen, wie und wann

welche Methode bzw. auch noch der rechtliche Zugang zu welchen Maßnahmen wir schreiten können. Die Feststellung des Leerstandes ist ein Thema auch für die Türkisen auf Bundesebene, habe ich gesehen und für die Grünen auf Bundesebene, denn im Regierungsprogramm 2020 bis 2024 steht auch drinnen, dass die Bundesregierung möchte das Angebot an Wohnungen vergrößern und wird zu diesem Zweck gemeinsam auch mit den Ländern den Leerstand mobilisieren. Das heißt, die ÖVP hat auch die Maßnahme im Bundesprogramm, aber damit wir wissen, wie wir mobilisieren, ist es notwendig festzustellen, was sind die Gründe und der Kollege von der KPÖ hat gesagt, ja, ich habe es drinnen. Die Gründe sind ganz, ganz wichtig, weil wenn man die Gründe nicht haben, werden wir ein falsches Instrument einsetzen. Mich hat nämlich im Zuge dessen eine Person, ich bedanke mich, eine E-Mail geschrieben. Diese Person hat eine Wohnung geerbt und diese Wohnung nicht vermietet. Sie steht leer. Diese Person bekennt sich dazu und hat gesagt, ich will nichts mit dem Mietrecht zu tun haben, ich will eigentlich nicht diese Wohnung mir die Scherereien, auf gut Deutsch, antun. Dann habe ich mich ein wenig umgeschaut und siehe da, in Vorarlberg hat es eine Leerstandsfeststellung gegeben und diese Leerstandsfeststellung hat zu einer Maßnahme geführt, wo das Land tätig war bzw. auch die Stadt, die Stadt Dornbirn. Diesen Folder, Flyer könnt ihr auch auf der Homepage finden. Hier hat man schon mobilisiert und ist dazu gekommen. Eine andere Person hat mich angerufen, die hat gesagt, die Wohnung neben mir ist leer. Die ist schon sehr lange leer. Diese Wohnung ist leer im Umfeld der Stadt Graz und im Einflussbereich der Stadt Graz. Hier wäre es sehr einfach, ok, da geht man dem nach. Ist sie zu mobilisieren oder nicht, da brauche ich keine Abgabe oder kein sonstiges Instrument. Das kann ich auch jetzt, das könnten Sie, Herr Stadtrat, auch von sich aus tun. Dann gibt es, wurde mir erzählt, und das habe ich mir dann auch angeschaut, in unserer Stadt Wohnungen, die der Geldanlage dienen und deswegen nicht vermietet werden können, weil die Mieten so hoch sind und die Menschen wollen diese Mieten nicht akzeptieren und der Vermieter, ein Pensionsfonds, den wir sehr gut kennen, sagt, ich warte einfach ab, bis die Leute bereit sind, das zu zahlen, ich vermiete sie nicht unterpreisig und ich habe ein Inserat gefunden, das einiges sehr sehr gut beschreibt,

was hier mit Geldanlage gemeint ist, nämlich das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: „Wohnt ihr Geld gut, bekommt es Nachwuchs.“ Da ist etwas verschoben in unserer Realität. Wir brauchen Wohnungen, damit Menschen darin leben können, nicht, damit das Geld Nachwuchs bekommt. Oder eine Annonce einer uns bekannten Zeitung, da steht: „Sozial- und Serviceimmobilien, attraktive Investorennische“. Das sind Dinge, die im Gange sind und hier ist es notwendig, darauf zu achten und mein Vorschlag ist, in abschließender Bemerkung, eine Erhebung und auf die Motiven zu schauen und nur wenn wir das Motiv erkennen, werden wir ein gutes Instrument finden, vielleicht von der Stadt aus, vielleicht braucht man gar nichts anwenden, wir brauchen gar nichts tun, vielleicht brauchen wir aber auch eine gesetzliche Änderung auf Bundes- oder Landesebene, das ist durchaus möglich, aber erster Schritt, wir müssen ja wohl wissen, was ist in unserer Stadt los. Dankeschön.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Eustacchio:

Damit wir die Dringlichkeit abgelehnt und der Zusatzantrag obsolet. Ich darf Frau Gemeinderätin Reininghaus herausbitten, die den letzten dringlichen Antrag vortragen wird.

10.8 Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos)

Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte GemeinderätInnen und Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause. Der letzte dringliche

Antrag ist eine Absprache, eine Vereinbarung zwischen der SPÖ, den Grünen, der KPÖ und ich stelle jetzt den Antrag, also ein Gemeinschaftsprojekt.

Ich möchte vielleicht auch gleich anfangs um getrennte Abstimmung ersuchen, denn einer der Punkte in meinem dringlichen Antrag wurde ja heute vom Bürgermeister bereits definitiv abgesagt. Das wäre jetzt die Beflaggung des Rathauses oder die Beflaggung der Straßenbahnen. Aber ich beginne jetzt einmal von vorne. Ich poppe jetzt wieder das Thema auf, dass Anna ja in der Fragestunde schon einmal angedeutet hat.

Am 08.02.2001 erklärte sich die Stadt Graz, unter Altbürgermeister Stingl, zur „Menschenrechtsstadt“, wie wir wissen und brachte natürlich damit ihr Verständnis für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft zum Ausdruck. Im Gemeinderatsbeschluss desselben Tages hieß es damals unter anderem: „Die Stadt Graz, insbesondere die Stadtregierung und der Gemeinderat, werden sich in ihrem Handeln von den internationalen Menschenrechten leiten lassen.“

Der weltweit am 28.06. abgehaltene Christopher Street Day (CSD) erinnert an jenen Aufstand vor 51 Jahren in New York, in welchem sich Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung auflehnten. Um den Christopher Street Day im Bewusstsein zu halten, werden an diesem Tag jährlich weltweit Regenbogenflaggen gehisst. Das geht jetzt in Graz eben nicht mehr.

Natürlich, es ist viel passiert zwischen 1969 und heute, aber die Thematik hat natürlich an Aktualität nichts verloren. Ich möchte daher im Sinne einer lebensbejahenden, toleranten und vielfältigen Stadt den

dringlichen Antrag

stellen:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2020

1. Die Stadt Graz bekennt sich als Menschenrechtsstadt zur vollen Gleichstellung aller Menschen unabhängig von sexueller Orientierung und Lebensstil.
2. Das wäre der Punkt, der jetzt nicht mehr möglich ist, weil es hier um die Beflaggung ginge von Bussen, von Straßenbahnen und Flaggenmasten.
3. Der Punkt drei wäre wieder ein schönes Thema für uns, nämlich: Die Stadt Graz tritt an die Holding Graz heran, um die Umsetzung sogenannter "Regenbogenbänke" an passenden Orten zu prüfen. Ich möchte schon sagen, ich mag ohne fünf Regenbogenbankerl heute nicht nach Hause gehen. Vielleicht schaffen wir wenigstens, uns hier zu einigen (*Appl.*)
4. In der „BIG“ und anderen stadt eigenen Medien möge während dem Pride-Monat über die Hintergründe und Abhaltung des CSD informiert werden.
5. Das Datum des CSD möge als Konstante im Kalender der Stadt Graz vermerkt werden.

Soweit zu meinem Antrag. Übrigens vielleicht noch ein Wort dazu, zum Regenbogenbankerl. Das Lokal der LilaRosa Pantherinnen, befindet sich in der Annenstraße direkt in einem Haltestellenbereich. Das heißt, du gehst quasi einen Meter neben der Haltestelle für die Straßenbahn in dieses Lokal und die wollten diese Bank schon längst anmalen (*Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Entschuldigung, bin gleich fertig, nur noch den Satz.

Zwischenruf Eustacchio: Das hatte nichts mit Ihnen zu tun, das hat mit den Kolleginnen und Kollegen zu tun.

Reininghaus:

Bitte zuhören. Dieses Bankerl würden die so gerne streichen, das wäre eines von fünf, und die würden diesen Haltestellenbereich auch pflegen und da sind auch zwei Pflanzkisterln, die würden die Pflanzen gießen, die würden die Zigarettenstummel

dort wegräumen, die würden die Bänke quasi auch instandhalten und immer wieder neu streichen. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam vereinbaren können. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am 08.02.2001 erklärte sich die Stadt Graz, unter Altbürgermeister Stingl, zur „Menschenrechtsstadt“ und brachte damit ihr Verständnis für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft zum Ausdruck. Im Gemeinderatsbeschluss desselben Tages hieß es unter anderem: „Die Stadt Graz, insbesondere die Stadtregierung und der Gemeinderat, werden sich in ihrem Handeln von den internationalen Menschenrechten leiten lassen.“

Die Stadt Graz hat mit dieser Erklärung ein Bekenntnis zur Akzeptanz von Vielfalt in unserer Gesellschaft abgelegt. In den kommenden Wochen hat die Stadt Graz wieder die Möglichkeit, sich für eine weltoffene und gerechte Gesellschaft auszusprechen und entsprechende Zeichen zu setzen. Der weltweit am 28.06. abgehaltene Christopher Street Day (CSD) erinnert an jenen Aufstand vor 51 Jahren in New York, in welchem sich Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung auflehnten. Um den Christopher Street Day weiter ins Bewusstsein zu rücken, stellt das Hissen von Regenbogenflaggen für die Stadt Graz und Holding eine einfache und kostengünstige Initiative dar.

Natürlich, es ist viel passiert zwischen 1969 und heute, aber die Thematik hat an Aktualität nichts verloren. Für die Menschenrechtsstadt Graz darf es daher keine Ausrede sein, die Lebensfreude und den Stolz der LGBTQ-Community dieses Jahr nicht teilen und unterstützen zu wollen.

Im Sinne einer lebensbejahenden, toleranten und vielfältigen Stadt, stelle ich daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. *Die Stadt Graz bekennt sich als Menschenrechtsstadt zur vollen Gleichstellung aller Menschen unabhängig von sexueller Orientierung und Lebensstil.*
2. *Die Stadt Graz setzt ein deutliches Zeichen für eine tolerante Stadt und wird an die Holding Graz herantreten, um im „Pride“-Monat Juni und insbesondere am Christopher Street Day (CSD) zu prüfen, dass alle Grazer Straßenbahnen und Busse, sowie die Herrengasse an den vorhandenen Flaggenmasten mit Regenbogenfahnen versehen werden.*
3. *Die Stadt Graz tritt an die Holding Graz heran, um die Umsetzung sogenannter "Regenbogenbänke" an passenden Orten (beispielsweise in der Annenstraße, Bank direkt vor dem LilaRosa-PantherInnen-Lokal, im Haltestellenbereich) zu prüfen.*
4. *In der „BIG" und anderen stadteigenen Medien möge während dem Pride-Monat über die Hintergründe und Abhaltung des CSD informiert werden.*
5. *Das Datum des CSD möge als Konstante im Kalender der Stadt Graz vermerkt werden.*

Eustacchio:

Wir befinden uns beim Thema Dringlichkeit. Möchte zur Dringlichkeit jemand das Wort?

GR Mag. Kuhn:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen. Der Bürgermeister hat heute schon ganz am Anfang in der Fragestunde gesagt, es ist schon Gleichbehandlung da. Es gibt Umfragen, Studien, die besagen, dass in Österreich sich nur jede dritte Person outet. Das heißt, sagt am Arbeitsplatz, ja, ich bin schwul, ich bin lesbisch, bisexuell, Transgender-Person. Ich finde das jetzt nicht so witzig, das lächerlich zu machen und hier zu lachen in der ersten Reihe von Ihnen. In anderen Ländern sieht das anders aus. Es gibt auch eine Umfrage aus dem Jahr 2019 für ganz Europa, wo dann die Frage

gestellt wurde, ob sie kein Problem haben mit homosexuellen Paaren. Da sagen in Schweden 95 %, ich habe kein Problem. In den Niederlanden 92 %, ich habe kein Problem. In Dänemark sagen 90 %, ich habe kein Problem. In Österreich sind es zwar immerhin 65 %, aber da ist noch Luft nach oben. Hier ist es ganz wichtig, eben Sichtbarkeit zu zeigen. Sichtbarkeit zu zeigen ist, wenn ich eben das Thema in der Schule in den Schulbüchern habe, auch da sind die Niederlande schon voraus und haben einfach als Aufgabenstellung in Mathematikaufgaben oder in Englisch-Grammatik oder Deutsch-Grammatik, einfach werden gleichgeschlechtliche Paare in Grammatikätzen dargestellt. Das heißt, es fließt in den Alltag ein. In den Alltag einfließen, heißt auch, sichtbar zu sein mit Regenbogenflaggen auf den Straßenbahnen, auf den Bussen. Das wir Vorreiter wären als Menschenrechtsstadt stimmt leider überhaupt nicht. Wien beflaggt die Straßenbahnen, alle Straßenbahnen schon seit dem Jahr 2001 als Zeichen und nicht, weil alle möglichen Fahnen gehisst werden, sondern eben auch als klares Zeichen zum Thema Wir. Das ist dort möglich. Auch möglich ist es, Regenbogenpark-Sitzbänke aufzustellen in Innsbruck. Dort sind es 11 Regenbogenbänke. Ich habe versucht, als Bezirksrat im Oktober 2019 einen so einen Antrag noch zu stellen. Er wurde von allen Fraktionen, die im Bezirksrat Jakomini sind, einstimmig beschlossen, alle Fraktionen haben dem zugestimmt. Das Interessante daran ist, auch Grünraum und Gewässer hat gesagt, prinzipiell ja, das geht und man hat mich auf die Holding verwiesen und da hat es sich dann zum Drehen begonnen. Das heißt, man hat es dann wieder zurückgespielt und hat gesagt, ja vielleicht braucht man dazu einen Gemeinderatsbeschluss. Da stelle ich mir dann schon die Frage, werden Bezirksratsbeschlüsse dann ignoriert, wenn sie einstimmig beschlossen worden sind? Warum haben wir dann Bezirksräte und warum haben wir dann diese Struktur? Das ist ganz eigenartig und es macht was, diese Sichtbarkeit in Form von Sitzbänken. Das tut niemandem weh. Es macht auch etwas, wenn man Zebrastreifen in Regenbogenfarben färbt, das machen ganz viele Kommunen und Gemeinden in Schweden und in den Niederlanden und das macht etwas mit der Gesellschaft. Da entsteht ein Diskurs, dann wird nachgefragt auf einer ganz niederschweligen Ebene und das würde ich für Graz mindestens, wenn sie sich als Menschenrechtsstadt sieht,

mindestens fordern und dringlich beantragen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, und da ist es zu wenig, nur den Uhrturm zu beleuchten...

*Zwischenruf **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen, Sie sind schon weit über die Zeit.*

Kuhn:

Ok. Sondern eben auch auf den Straßenbahnen und Bussen ein klares Signal für die Vielfalt zu zeigen. Danke.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuseherInnen, ZuhörerInnen zu Hause, sehr geehrte, liebe Sabine Reininghaus. Vielen Dank erstmals, dass du diesen Antrag gestellt hast, der in all unserem Interesse und in unserer aller Namen ist. Ich denke einmal, wenn es hier gelingt, quasi regenbogenmäßig über so viele Fraktionen zusammenzuarbeiten und für so ein Thema zu sein, dann sollte es schon ein deutliches Zeichen und eine Botschaft an die Stadtregierung sein, dass man da wirklich darauf reagieren und etwas tun sollte. Ich setze jetzt gleich fort bei dem, zu dem der Gerald Kuhn nicht mehr gekommen ist. Es gab das Angebot des Bürgermeisters, den Uhrturm in Regenbogenfarben zu beleuchten. Offensichtlich hat man sich da nicht erkundigt, ob das technisch möglich ist. Es ist nämlich technisch nicht möglich, denn diese Beleuchtung, die kann man nicht gleichzeitig in Regenbogenfarben, also als Regenbogen machen, sondern abgesehen davon, dass die Beleuchtung nicht alle Farben des Regenbogens ermöglicht, ist der Wechsel der Farbe nur alle 15 Minuten möglich. Das ergibt dann für die Leute keinen wirklichen Regenbogen, die das sehen, denn wer setzt sich hin und schaut eine Stunde lang den Uhrturm an? Ich meine, es mag schön sein, aber es ist kein wirkungsvolles Mittel. Es ist ein ganz anderes Mittel, es

wurde gesagt, von der Beflaggung soll generell Abstand genommen werden in der Innenstadt, weil man nicht mehr so viel Werbung möchte und weil die Innenstadt nicht nur Kulisse sein soll. Ich möchte einmal ganz kurz anmerken, ich finde, die Innenstadt, nicht nur die Grazer Innenstadt, sondern Innenstädte generell sind mittlerweile nur noch Kulisse, nämlich Kulisse für Großkonzerne, die dort ihre Geschäfte eröffnen können, weil kleine Geschäftsbetreiber können sich die Mieten überhaupt nicht mehr leisten, und eine Regenbogenfahne zu hissen, ist alles andere, als Werbung zu treiben. Eine Regenbogenfarbe zu hissen, ist ein Bekenntnis. Das finde ich einer Menschenrechtsstadt nur angemessen, denn da zeigt man wirklich deutlich nach außen, dass man solidarisch mit allen ist. Das tut man eben, indem man auch Demonstrationen gegen Rassismus gutheißt, das heißt, dass man sich deutlich zu einer LGBTQI-Community bekennt, dass man deren Lebensweise unterstützt und dass man sie alle auch verteidigt gegen alle, die sie angreifen und die Gleichstellung ist leider noch lange nicht erreicht und deswegen braucht es solche Zeichen ganz dringend und ich hoffe deswegen, dass auch die Beflaggung auf den Bussen, Straßenbahnen und am Rathaus möglich ist und dass diese Rathausbeflaggung auch von der Stadt Graz getragen wird und nicht wie bisher immer nur vom Büro einer Stadträtin finanziert und gemacht wird. Die weiteren Punkte, dass man darüber informiert, wobei es darum geht, das finde ich, ist auch dringend notwendig, denn Kinder finden das sonst ganz nett und lustig, so ein Regenbogenfähnchen, aber es gibt ja ganz vieles, was dahintersteht und darüber muss man natürlich auch informieren (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Ich wollte nur etwas klarstellen. Unsere beiden Bezirksräte im Bezirk Jakomini waren bei dieser Sitzung nicht anwesend, weil sonst hätten sie selbstverständlich dagegen gestimmt. Das war ein Ersatztermin und auf Bitte an den Bezirksvorsteher, einen anderen Termin zu wählen, war man dazu nicht bereit, also das jetzt so darzustellen, dass das einstimmig gewesen wäre, das ist einfach unrichtig. Diese Debatte haben wir hier schon auch vor Ihnen und auch bevor Sie jetzt in den Gemeinderat gekommen

sind, schon öfters geführt. Für uns Freiheitliche ist völlig klar, Sexualität ist Privatsache. Welche Neigung auch immer, es ist nicht Aufgabe der Stadt, hier auch öffentlichen Raum dafür zu geben, ganz einfach.

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Das ist der Antrag, auch wenn es der letzte ist, auf den ich mich wirklich am meisten gefreut habe. Einfach auch wegen der Tatsache, dass wir es wirklich geschafft haben als alle Oppositionsparteien, alle vier Oppositionsparteien, SPÖ, Grüne, KPÖ und die Neos, gemeinsam ein Zeichen zu setzen für eine bunte Stadt und für eine Stadt, die wirklich den Menschenrechtsstadttitel verdient, weil sie nicht nur im Pride-Monat, sondern eigentlich das ganze Jahr über Toleranz, Akzeptanz und die Menschenrechte lebt. Das wollen wir eigentlich mit diesem Antrag wirklich erreichen. Es ist oft so, wir reden über Symbolik und wir reden über Symbolpolitik, aber sehen nicht, was wirklich dahinter steckt und ich möchte das jetzt ganz kurz noch in meiner Wortmeldung noch sagen, weil sehr viel ist schon gefallen, aber eine Regenbogenfahne irgendwo aufzuhängen, heißt nicht nur, quasi tolerant und quasi für die Homolobby, wie sie so oft gerne genannt wird, Politik zu machen, sondern bedeutet für Menschen, die betroffen sind, für LGBTQI-Personen, dass sie in ihrer Lebensform akzeptiert werden von der Stadt und von der Öffentlichkeit. Vor allem für Jugendliche, die in ihrer Coming-out-Erfahrung damit, wie soll man sagen, damit sehr mit sich ins Gericht gehen und sehr oft Schwierigkeiten haben, das offen zu sagen im Familienkreis, offen zu sagen am Arbeitsplatz, ich bin schwul, ich bin lesbisch, ich bin bi, das ist ein großer Schritt vor allem für junge Menschen und dieser Schritt wird einfach leichter gemacht, wenn man in einer Stadt aufwächst und in einer Stadt durch die Gassen geht, die eben ganz klar und offen sagt, ich bin stolz auf euch, ich bin stolz, so wie ihr seid und wir sind eine bunte Stadt. Wenn man hier sagt, dass es Studien gibt, die eben beweisen, je offener diese Kultur gelebt wird, diese Kultur der Akzeptanz und der Menschenrechte, desto weniger Suizide gibt es. Die Öffnung der Ehe hat einfach die Suizidrate von LGBTQI-Personen gesenkt und

da kann man nicht nur von Symbolik und von schönen Farben und von einmal im Jahr die Regenbogenfahne irgendwo aufhängen reden, sondern da redet man von wirklichen Menschen und wirklichen Schicksalen und wirklichen einfach Lebensformen und Akzeptanz. Ich glaube, wenn wir heute hier wieder hinausgehen und als Menschenrechtsstadt wieder so einen Antrag ablehnen, und wie du gesagt hast, ohne eine einzige Regenbogenbank und eigentlich mit mindestens 5 nach Hause gehen sollten, was ich natürlich nicht hoffe, aber dann ist es eigentlich ein weiteres Zeichen dafür, dass in den letzten 19 Jahren, wo wir Menschenrechtsstadt sind, gewisse Sachen noch immer nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind. Weil es hat scheinbar auch 19 Jahre gebraucht, damit Gerichte die Ehe öffnen, damit Gerichte und nicht die Politik die Adoption für Lesben und Schwule und die Adoption von Kindern für Lesben und Schwule geöffnet hat. Eigentlich sollten wir hier heute ein Zeichen setzen, dass die Politik Verantwortung übernimmt und dass die Politik sagt, wir machen das selbst. Wir brauchen nicht das dritte Gerichtsurteil, das uns einen Schritt weiter bringt in Richtung echte Gleichstellung und ich habe es heute schon erwähnt und ich sage es noch einmal, wenn man von der Antidiskriminierungsstelle redet und sagt, von wegen, da kann man solche Beschwerden eh einreichen, es ist bis heute rechtlich nicht strafbar, Leute aufgrund ihrer sexuellen Orientierung aus einer Bar zu schmeißen, es ist bis heute nicht strafbar, Leute aus Lokalen oder von Wohnungen quasi fernzuhalten...

*Zwischenruf Bgm. Stv. **Eustacchio**: Bitte zum Schluss kommen, Sie sind über der Redezeit!*

Robosch:

Deswegen glaube ich, dass es eben auch um mehr geht, als nur um ein bisschen Regenbogenfahne irgendwo aufhängen, sondern es geht wirklich darum, dass wir feiern, dass Graz bunt ist und dass wir das auch anerkennen und ich glaube, es ist

wirklich auch an der Zeit, dass gewisse Fraktionen hier im Saal diese Farbe der Menschenrechtsstadt bekennen und diese Farbe ist bunt.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf mich recht kurz halten, weil recht viele von den Ausführungen und unsere Haltung davon bereits in der Fragestunde ja auch von unserem Bürgermeister näher im Detail auch erläutert wurden. Ein paar Gedanken möchte ich trotzdem auch mitgeben. Vor allem vielen Dank für den Antrag auch, weil vor allem dieser erste Punkt ist, so glaube ich, etwas, was aus unserer Sicht jeden Monat dringlich ist und eigentlich bei jeder Sitzung dringlich sein sollte und für was wir uns als Stadt Graz, als Menschenrechtsstadt, auch durchgehend einsetzen von der Gleichstellung aller Menschen, und das nicht nur im Juni. Natürlich auch wird es hier vermehrt zelebriert und ich glaube, das ist auch etwas sehr Positives. Gleichzeitig ist es was, das wir durchgehend eigentlich für relevant und wichtig erachten und deswegen auch die diversesten Maßnahmen in diese Richtung auch schon gesehen haben und hoffentlich auch in Zukunft sehen werden. Ich bin auch voll bei der Anna, wenn sie sagt, dass Signale nach außen hin wichtig sind und ich glaube, dass wir ganz immens dazu beitragen, hier Sensibilisierung zu schaffen und das auch in den Köpfen von mancher, die vielleicht diese Akzeptanz noch nicht so verinnerlicht haben, das einerseits ein bisschen weiter zu schrauben und auf der anderen Seite auch den Menschen, die sich in solchen Situationen befinden, die Möglichkeit zu geben, hier in Lichtern auch Unterstützung zu finden, weshalb wir voll und ganz hinter der Uhrsturmbelichtung auch stehen, es sei angemerkt, die auch optimierbar ist. Wir haben eh kurz vorher gesprochen, Anna. Ich glaube, diese Sensibilisierung ist auch dahingehend wichtig, dass das vielleicht auch mit Fahnen passiert, aber vor allem auch bei den Menschen selber und dem eigenen Umfeld. Das ist eher so der Zugang, den wir da auch wählen und wir da auch sehen, und was die Sichtbarkeit auch noch angeht und die Beflaggung, möchte ich noch einen Gedanken mitgeben, als Menschenrechtsstadt wäre es ja eigentlich genial, wenn genau unsere

Innenstadt, unsere Fassaden keine Fahnen und Flaggen brauchen, um das auszudrücken, sondern an sich wir selbst als Stadt diese Akzeptanz und diese Menschenrechtsstadt ausstrahlen. Aus diesem Grund ist dieser Antrag für uns nicht dringlich, sowohl wir voll und ganz, wie auch der Herr Bürgermeister in der Fragestunde schon gesagt hat, diese Beleuchtung vom Uhrturm auch als Zeichen der Stadt Graz und der Sensibilisierung und der Akzeptanz und der Freude, die auch die Anna vorher beschrieben hat, verstehen und unterstützen.

Eustacchio:

Dankeschön. Bevor wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit kommen, Frau Gemeinderätin Reininghaus, möchten Sie ein Schlusswort?

Reininghaus:

Ich finde diese Idee mit dem beleuchteten Uhrturm natürlich wunderbar und ich würde mich jetzt auch nicht auf Beflaggungen versteifen, muss ich Ihnen sagen. Zeichen müssen gesetzt werden, das können Bänke sein, das können beleuchtete Uhrtürme sein, irgendetwas sollte halt passieren. Ich bitte Sie, meinem Antrag für die Punkte 1, 3, 4 und 5 zuzustimmen, weil 2, wie wir gehört haben, nicht möglich ist. Ich bedanke mich.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.